

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 5.30 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift 10 Pf. Post-Abonnement: 2.30 Mk. pro Quartal, unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 50 Pf. Monat. Abg. in der Post-Beilage-Veranstaltung für 1993 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Insetts für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 21. November 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die neue Tabaksteuer.

Es ist selbstverständlich, daß die Fabriksteuer zur Verhütung von Unterschlagungen Kontroll-Einrichtungen erfordert, die weit über die bloße Aufsichtigung der Fabrikation hinausgehen. In erster Linie muß der Fabrikant seinen ganzen Betrieb und sein ganzes Geschäft offenlegen, damit keine Zigarre unversteuert oder unter zu geringer Wertangabe oder Steuerberechnung heraus kam. Aber um die Angaben des Fabrikanten über Absatzmengen und Absatzpreise gründlich zu prüfen, muß man weiter auf der einen Seite beim Händler nachforschen, der das Produkt kauft, und auf der anderen Seite beim Rohstoffab-Lieferanten und Pflanzler, von dem das zu verarbeitende Material bezogen war. Alle, die mit Tabakhandel und -Fabrikation zu thun haben, sind daher wie Militärpersonen besonders meldepflichtig.

Der Tabakfabrikant hat alle Geschäftsräume der Behörde genau anzugeben; wo er die Rohstoffe aufbewahrt, wo er fabriziert, wo er die fertige Waare lagert. Es ist ihm (von amtlichen Lagern abgesehen) jede Aufbewahrung an einer anderen wie der angezeigten Stelle verboten. Aus der Buchführung muß sich mit einem Blick der Zugang an Tabakmaterial, die Menge des hergestellten Produkts und der Verkaufsertrag bestimmbare Abfälle, endlich der Abgang von Rohstoffen, Halb- und Ganzfabrikaten erkennen lassen. Endlich kommt der für die Steuerbemessung wichtige Augenblick: der Verkauf, nach dessen Erlös die Steuer sich abflusst. Ueber den Verkauf der Fabrikate müssen Fakturen ausgestellt und dem Abnehmer eingehändigt, vor der Entfernung der Fabrikate aus der Fabrik die Angaben der Fakturen in ein Fakturenbuch eingetragen werden. . . . Der Steuerbehörde sind in bestimmten Zeiträumen Auszüge aus dem Fakturenbuch vorzulegen, nach welchen die Steuer festgesetzt wird. Die Behörde führt die Kontrolle über die Fabrikations- und Fakturenbücher. . . . Einmal im Jahre muß von der Bezirks-Steuerbehörde eine Bestandsaufnahme vorgenommen werden, doch steht es den Behörden frei, außerordentliche Aufnahmen zu bewirken.

Das genügt Alles nicht. Denn wenn es sich um einen möglichen Gewinn von 33 1/2 pCt. (des Umsatzes!) handelt, wird mancher Zigarrenfabrikant sich leicht versucht fühlen, seinen Absatz geringer erscheinen zu lassen und entsprechend natürlich allerlei Fiktuspunkte mit den Rohmaterialangaben zu treiben, aus denen die Steuerbehörde sonst die Fabrikations- und Absatzmengen berechnen könnte. Es heißt also, vorn und hinten weiter zu spionieren. Auch der Zigarrenhändler — und ebenso der Händler mit anderen Tabakfabrikaten, mit Rauch- und Schnupftabak, die wir der Kürze wegen hier neben den Zigarren nie besonders erwähnen — muß daher seine Räume genau anmelden und darf ohne Anzeige keine Aenderung vornehmen. Die Buchführung, welche den Händlern auferlegt ist, bildet die Gegenkontrolle gegen

die Fakturenbücher der Fabrikanten. . . . Bücher und Fakturen sind mindestens drei Jahre aufzubewahren. — Die Rohstoffhändler ihrerseits sollen ihre Vorräte nur in einer öffentlichen Niederlage oder in einem Privatlager unter amtlichem Mitverschluß lagern dürfen. — Der Verkehr in Rohabak, entrippten Blättern, Abfällen und Tabakfabrikaten darf nur zwischen diesen kontrollierten Händlern und Fabrikanten erfolgen, sodaß jeder unkontrollierte Zugang oder Abgang von Tabak an irgend einer Stelle ausgeschlossen sein soll. Man kann den Arbeitsjaal eines Gefängnisses nicht sorgfamer nach außen hin absperrern.

Und auch die Pflanzler bleiben, trotz Aufhebung der alten Rohabaksteuer, nicht verschont. Sie haben der Steuerbehörde immer bis zum 15. Juli die von ihnen mit Tabak bepflanzten Grundstücke nach Lage und Größe und zugleich den Ort anzugeben, wo der Tabak getrocknet werden soll. Der Tabakpflanzler hat für die Verwiegung des Tabaks und dessen rechtzeitige Räumung zu haften. Die Ablieferung des Tabaks an die Händler oder Fabrikanten oder die Niederlegung desselben in eine öffentliche Niederlage soll bis zum 1. August des auf die Ernte folgenden Jahres geschehen; bis zum 10. August ist seitens des Pflanzers die Räumung der festgestellten Tabakmengen nachzuweisen. Besondere Vorschriften sind für die Behandlung der Tabakpflanzungen, für die amtliche Feststellung der Blätterzahl und Gewichtsmenge getroffen.

Das wird eine schöne Schnüffelei werden — meinte Herr Vornhausen in einer Versammlung in Mannheim; es wird bald so weit kommen, daß heute der Händler oder der Fabrikant nicht in sein eigenes Tabakmagazin kam, außer der Herr Steueranfänger schließt auf, daß künftig die einlaufende Post zuerst von dem Beamten geöffnet würde. . . . Man hat nach der Enquete von 1878 in Deutschland 18 000 Zigarrenhändler und 860 000 Geschäfte, welche den Vertrieb von Tabakfabrikaten als Nebenbeschäftigung betreiben, gezählt. Also diese 378 000 Verkäufer in Zigarrenläden, Kolonialwaarenhandlungen, Wirthschaften, Freizeitanlagen etc. sollen Aufzeichnungen ihrer Einkäufe in Tabakfabrikaten führen und diese soll der Staat dann durch seine Beamten nebst den dazu gehörigen Fakturen kontrollieren lassen. Das wird ja wirklich nett; ich weiß nicht, ob die deutsche Armee so viel aktive Unteroffiziere hat, als man nöthig hätte, diese Kontrolle auszuüben, und wenn man die einen revidiren will, muß man gleich auch alle revidiren, z. B. auch die Wirths, von denen viele mehr Zigarren verkaufen wie der eigentliche Zigarrenhändler. Jetzt denken Sie sich die Spioniererei, das Denunziantenthum, die Masse Schreibereien aus, die wir da in Deutschland erleben würden.

Und die alte Erfahrung wird sich hier wiederholen: die Scheererien, die der Große durch eine andere Organisation seines Betriebes ohne Mühe überwindet, werden überall und sofort für die Kleinen zum Ruin.

Der Gesetzentwurf verspricht ihnen zwar alle mögliche Nachsicht, aber selbst die gemilderten Bestimmungen über Lagerung, Herstellung, Buchführung kann der Kleinbetriebshaber gar nicht oder nur unter ganz unverhältnismäßigen Opfern erfüllen.

Dazu kommt, daß die Erhöhung der Tabaksteuer eine Erhöhung des Betriebskapitals bei den Fabrikanten voraussetzt; sie müssen den kolossalen Steuerbetrag auslegen, der ihnen (bei der langen Kreditgewährung gerade im Zigarrenhandel) erst nach Monaten wieder vom Zigarrenhändler zurückfließt. Sie kommen jetzt in eine ähnliche bedrückte Lage, wie die, über die der kleine Pflanzler bisher sich beklagte, nur daß mit der Höhe der Steuer die Bedrückung wächst. Alle Zusicherungen von Steuerkreditirung helfen den Kleinen wiederum nichts, denn gerade ihnen kann die Regierung schwer solche Kredite gewähren und gerade sie müssen dem Händler, der von ihnen bezieht, am längsten pumpen. In dieser Zwischmühle werden sie zu Grunde gehen — wenn sie die neue Steuer-Ära überhaupt noch erleben.

Denn ehe die Tabakindustrie sich den neuen staatlichen Anforderungen angepaßt haben wird, muß sie eine Uebergangszeit durchmachen, in der das Würfelpiel des Zufalls an die Stelle aller festen Verhältnisse und aller sicheren Berechnungen treten wird. Wie weit die ganze Arbeitstheilung in der Zigarrenproduktion eine andere werden und die Sortirung und Verpackung von der Fabrikation sich trennen wird, lassen wir dahingestellt sein. Sicher ist, daß in der ersten Zeit niemand wissen wird, wie der Absatz der einzelnen Zigarrensorten sich verschiebt und wie daher überall die Produktion geändert werden muß. Wird die Rundschicht bei der alten Sorte bleiben und mehr zahlen? Wird sie beim alten Preise bleiben und geringere Zigarren verlangen? Welche Sorten, welche Formen, welche Mischungen, welche Preislagen werden später gangbar sein? Man wolle sich — schreibt Herr Dreier, ein Bremer Fabrikant — man wolle sich einmal hineinreden, wie ein Zigarrenfabrik-Geschäft betrieben wird. Da ist durch jahrelange Mühe ein Kundenkreis gewonnen, man hat durch eingehendes Studium, durch häufiges Besuchen seiner Abnehmer deren Geschmackrichtung kennen gelernt und danach seine Fabrikation eingerichtet. Die Aufträge, welche man erhält, sind zu fünf Sechstel Nachbestellungen auf beiderseits mühsam eingeführte Marken. Da kommt die Umsatzsteuer — und mit einem Schlag sind wir Fabrikanten aus unserem Einfuhrboden herausgerissen, das vielgliedrige, mit jahrelanger Sorgfalt gesponnene Gewebe ist zerstört, und langsam und in kleinen Versuchen kauft der Kunde, wenn der Vorrath sich neigt, im zweiten Halbjahr die neuen theureren Fabrikate, aber nur versuchsweise, zur Probe, denn er weiß selber nicht, was gangbar sein wird.

Freilich, auch diese Zeit des Abwartens und der ewigen kostspieligen Experimente wird einstmals vorüber sein. Ueber-

Feuilleton.

nachdruck verboten.)

[13

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Rußland.

(Aus dem Russischen übersetzt)

Anton wußte, daß die sozialistische Revolution nicht schon in zwei bis drei Jahren in Rußland möglich war, daß das Volk sich noch in vollkommener Sklaverei befand und daher nicht im stande war, auf den Ruf seiner intelligenten Freunde sich zu einer sozialistischen Volksumwandlung. — Erzogen in dem traditionellen Glauben an den Zaren, ist es nicht im stande, sich plötzlich zum Herren seines Schicksals zu machen. Eine instinktive Erhebung des Volkes konnte Anton auch nicht befriedigen; er hatte aus der Geschichte gelernt, daß wenn ein Volk seiner Leiden überdrüssig geworden war und keinen Ausweg fand, es seine alles zerstörende Kraft gezeigt hatte, wie der Dampf den Kessel sprengt, wenn der Regulator abgeschlossen ist. Das Resultat war dann aber nicht immer zum Vortheile des Volkes ausgefallen. Diese instinktiven revolutionären Bewegungen verstanden stets Leute, die da wußten, was sie wollten, für sich anzunehmen, und das Volk hatte sein Blut nicht für sich, sondern für die Interessen der ihn exploitirenden Gesellschaft vergossen. Und so wird es immer bleiben, dachte Anton, so lange die revolutionäre Volksbewegung ohne Verständnis unternommen werden wird.

Wenn erst in jedem Dorfe einige Peter Alexejewitsche sich befinden werden, dann erst kann man eine sozialistisch-revolutionäre Bewegung des Volkes erwarten; dann erst wird es den liberalen Schwärmern nicht mehr gelingen, die Revolution für sich anzunehmen, sondern die Frucht wird dann das Volk selbst ernten.

Den phantastischen Sozialisten gefiel diese Ansicht Anton's nicht.

Sie nannten ihn verächtlich eine Kabinettskatte und sogar einen Bourgeois. Da sein logisch denkender Verstand ihm nicht gestattete, an der allgemeinen Bewegung fürs Volk theilzunehmen, sahen viele darin die Bestätigung, daß Anton ein Bourgeois sei, und prophezeiten, daß er als Beamter in irgend eine Kreisverwaltung eintreten, und so die Bauern beglücken würde.

Anton blieb in der Stadt und begab sich zum besten Schmied in die Lehre. Da er große physische Kräfte besaß, erschien ihm das Gewerbe eines Schmiedes das beste zu sein, durch welches er sich am schnellsten mit dem Volke in Verbindung setzen konnte. Sein Lehrer, der Schmied, welcher seinen Schüler als ein Herrchen betrachtete, der ihn für die Befriedigung seiner Laune gut bezahlt, konnte nicht umhin, am Ende seiner Lehrzeit Anton zu loben, indem er ihn einen richtigen Schmiedemeister nannte.

Im Winter wurde in einem großen Dorfe, das fünf Werst von der Eisenbahn entfernt lag, eine neue Schmiede eröffnet. Der Besitzer derselben, der Kleinbürger Zwanow, wie er laut seines Passes hieß, erregte die allgemeine Neugierde, und die Bauern beobachteten ihn aufmerksam. Zuerst erfuhren sie, daß der Schmied keinen Schnaps tränke, für zwei arbeits und verständig und zusammenhängend spräche. Weiter stellte es sich heraus, daß der Schmied ein gutmüthiger Mensch war; er pflegte seinen kranken Nachbar wie seinen eigenen Bruder,

und zahlte einem Bauern Geld dafür, daß dieser in die Stadt fuhr, um den Doktor zu holen. Tante Marja gab der Schmied irgend eine gute Medizin für ihre Geschwulst, und zweien Bauern half er aus ihrer Noth durch Geld. Man wunderte sich, wo er das Geld hernahm, solange er wenig Arbeit hatte, und dann wurden Vermuthungen laut, daß er mit dem Teufel im Bunde stände.

Da man wußte, daß der Schmied zu lesen und schreiben verstand, gingen die Bauern zu ihm hin, um sich von ihm ihre Briefe schreiben und vorlesen zu lassen. Der Schmied that dies gern und ließ sich nichts dafür bezahlen, wie es der Gemeindefreiber that. Allmählig wurde der aus der Stadt zugereiste Schmied, welcher gleichsam aus dem Himmel in das Dorf gefallen war, den Dorfbewohnern unentbehrlich; sowohl guter Rath, als auch Hilfe und gute Worte und nebenbei auch noch gute Bücher für die Kinder, alles dies war in der Schmiede zu haben.

Männer und Weiber sprachen viel über diesen ungewöhnlichen Schmied — der noch so jung und schon so ernst war, daß man ihn unwillkürlich achten mußte.

Aber woher weiß er so viel Dinge und weshalb wurde er Schmied, wenn er so viel Geld besaß, mit dem man in der Stadt bessere Geschäfte machen konnte, als mit dem Schmiedehandwerk im Dorfe. Man zerbrach sich den Kopf darüber, aber ihn zu fragen wagte Niemand, da er selbst nicht davon sprach, was soviel heißt, als daß er es nicht wünschte. Niemand sollte sich um fremde Dinge bekümmern.

Im Laufe des Winters wurde der Schmied immer beliebter im Dorfe. Die Bauern liebten es, seinen Reden zuzuhören, da diese ihren Verhältnissen angepaßt waren. Jemand etwas ihnen Verwandtes, gar nichts Herrliches klang heraus. Er sprach nur immer von dem, was den Bauern bedrückte, von seinen Nothen, aber auf ganz andere Art, als die Bauern unter sich sprachen. Von ihm hörten sie

standen jedoch wird sie nur derjenige haben, der es aus- halten kann", der Große, der Kapitalkräftige, der unter der alten niedrigen Steuer vielleicht noch einmal alle seine Bäger füllte oder der doch seine vorübergehenden Verluste später reichlich wieder einbringt. Der Kleine kann nicht experimentieren und eine Zeit lang zusehen, bis wieder normale Verhältnisse zurückgekehrt sind. Er wird schon vorher das Zeitliche segnen.

Und so wird es im Kleinvertrieb, in der Fabrikation, im Rohstoffhandel sein; ein großes Sterben wird durch die Reichen der Kleinen gehen, nur der Starke und Kapital- kräftige wird übrig bleiben. Und wenn das kleine Bäuer- lein vom Tabakbau noch meint, es fahre bei der neuen Ordnung besser wie bei der alten, so wird es einmal genau so wie früher unter der "Schmuffelei" der Behörden zu leiden haben, und es wird später einem viel kapitalkräftigeren, monopolistischen Handel gegenüberstehen, der ihm das Fell noch mehr wie bisher über die Ohren ziehen wird. Es sollte daher das Sprüch- lein von den allergrößten Kälbern wohl beherzigen.

Das sind die Erwägungen, die für die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien zur Fabriksteuer mit- entscheidend sein werden, denn die geschädigten Klei- n- b e i t e r sind massenhaft zugleich die Wähler für diese Parteien. Die Rücksichten auf die Interessen der Ar- b e i t e r, die unter der Tabaksteuer als Konsumenten bluten und durch den Konsumrückgang als Produzenten brotlos gemacht werden, können für die bürgerlichen Par- teien wenig in Betracht.

Wir haben oft genug, erst am Mittwoch voriger Woche wieder im Leitartikel, auf die skrupellose Hinopferung von zehntausenden von Arbeitsexistenzen durch die neue Steuer hin- gewiesen. Vielleicht gelingt es, sie abzuwehren. Kommt sie, dann wird zunächst das ganze Unternehmertum sein Risiko und seine vorübergehenden Verluste auf die Schwächsten, auf die Arbeiter abzuwälzen versuchen; auf der ganzen Linie wird der Kampf zwischen Kapital und Arbeit mit ungeahnter Heftigkeit entbrennen und mit nie gekannter Erbitterung geführt werden. Die Krisis der Uebergangszeit wird dazu drängen, und selbst in normalen Zeiten die ganze Fabrik- Wertsteuer — wie Molkenbuhr einmal in Hamburg mit Recht hervorhob — geraden ein- st a a t l i c h e s Prämien-System für die Lohn- d r ü c k e r i; wer für das Tausend Zigarren die niedrigste Löhne zahlt, zahlt zur Belohnung dafür auch die niedrigste Steuer pro Kiste!

Die Tabakarbeiter, die am 19. Nov. in Berlin zusammen- getreten sind, werden daher nicht nur zu warnen haben, welche verheerenden Wirkungen die Fabriksteuer durch die ganze Tabakindustrie hindurch haben möchte, und zu erwägen, wie der Kampf gegen die Annahme des Regierungsentwurfes am besten zu führen sei. Es werden gut thun, auch den großen Widerstands- und Verteidigungskampf ins Auge zu fassen, vor dem sie nach der etwaigen Annahme der Fabriksteuer mit Sicherheit in ganz Deutschland stehen werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. November.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Anträgen der Ausschüsse zu dem Entwurf eines Tabak- steuer-Gesetzes und zu dem Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Erhebung von Reichsstempel-Abgaben und vom 1. Juli 1881 und 29. 1885 zugestimmt. Ebenso ertheilte der Bundes- rath seine Zustimmung zu den mündlichen Berichten der Ausschüsse über den Entwurf eines Gesetzes wegen Gewährung von Unterstützungen an Invaliden aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebenen, über den Entwurf eines Weinsteuer-Gesetzes, über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die anderweitige Regelung des Finanz- wesens des Reiches, über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen, sowie über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aenderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz und die Ergänzung des Straf- gesetzbuches. —

Der Anshandel wird bald wieder in Gang kommen. Das Centrum und die Regierung werden sich um den Preis streiten, denn von der Abstimmung der Centrum-

nicht die Redensarten: „So ist es Gott gefällig, man muß leiden, deshalb ist dem menschlichen Leben eine Grenze gesetzt.“ Der Schmied sagte: „Der Bauer ist an seinen Leiden selbst schuld, mit dem Leiden richtet man nichts aus, man muß sich auf seinen Kopf und seine Hände verlassen, sonst auf nichts.“ Darauf sprach er von der Armuth des Bauern, aus welchen Gründen diese entsteht, so daß die Bauern ihm mit Erstaunen und Interesse zuhörten. Er las ihnen auch ein Buch vor über dieses selbe Thema, das so gut und deutlich verfaßt war, wie sie es früher nie gelesen hatten.

Die Verbindungen des Schmiedes mit dem Dorfe wurden regelmäßige und herzliche, er wurde den Bauern unentbehrlich, als ein verständiger Kamerad, der in allen Angelegenheiten einen guten Rath geben und der alles ver- ständig aneinandersehen konnte. Weber Anton, noch die Bauern dachten daran, daß sie von einander scheiden sollten, ehe der Frühling eintrat, dessen Nahen bereits die Sonne durch warme Strahlen ankündigte, die den Schnee auf den Dächern zum Schmelzen brachten.

In einer Märznacht, in der es leicht froh, klopfte Je- mand an das Fenster der Schmiede. Anton kleidete sich an und öffnete die Thür. Wassilissa, das Weib des Dorf- polizisten, trat ein und flüsterte:

„Mein Mann schickt mich zu Dir, hörst Du, man will Dich ergreifen und in das Gefängniß legen; man hat es erfahren, daß Du ein Herr bist und hat befohlen, Dich in die Stadt zu bringen. Mein Mann hat es vom Schreiber erfahren. Mache Dich zurecht, wir müssen fort.“

Anton schwieg; ein peinliches Gefühl erfaßte ihn — es wurde ihm schwer, das Dorf zu verlassen.

„Hier gibt es nichts zu bedenken, fuhr Wassilissa bringend fort, wir selbst würden Dich nicht fortlassen. Du bist uns sehr lieb geworden, aber man würde Dich mit Ge- walt fortbringen. Fahren wir gutwillig, mein Mann hat mir befohlen, Dich bist zum Haltepunkt der Eisenbahn zu bringen.“

(Fortsetzung folgt.)

partei hängt das Schicksal der Stenervorlagen ab. Daß das Centrum einem vortheilhaften Geschäft auf Kosten der von der Wein- und Tabaksteuer Betroffenen nicht abgeneigt ist, dafür sprechen die zahlreichen Initiativanträge, die es so geschickt einzubringen verstand, daß ihr Handelsobjekt, der Jesuitenvertrag, den Vorrang vor allen anderen Initiativanträgen hat. Alle übrigen Anträge des Centrum sind bloß formelle aber nicht tatsächliche Einlösungen von Versprechen, welche den Wählern während der Wahl- bewegung gegeben wurden. Worauf es Rom heute ankommt, ist die Annahme des Jesuitenvertrages. Dieser kommt vor den Stenervorlagen, wahrscheinlich schon am Mittwoch der nächsten Woche zur Verhandlung. Wir sind begierig, wie die Vertreter der preussischen Regierung im Bundesrath sich dazu stellen werden. Nicht etwa, weil es uns auch nur im mindesten bekümmert, ob die Rückkehr der Jesuiten ge- stattet wird, sondern lediglich, weil von der Stellung der preussischen Bundesrathsvorläufer in dieser Frage das Schicksal der Reichssteuer-Vorlagen abhängen dürfte. Wir haben beunruhigt gegen die Rückkehr der Jesuiten nichts einzuwenden. Die sozialdemokratische Fraktion hat dieselbe schon in der Legislaturperiode 1884-87 beantragt. Wir glauben, daß nach Aufhebung des Jesuitengesetzes die Auflösung der Centrumspartei rascher vor sich gehen wird, da dann der Rest des Kulturkampfes, von dessen Tradition das Centrum zehrt, verschwunden sein wird. Bloß der Preis für die Aufhebung des Jesuitengesetzes, die Tabak- fabrikats- und Weinsteuer, erscheint uns zu kostspielig. —

Angst vor der Reichs-Einkommensteuer schwingt unserer „patriotischen“ Bourgeoisie, die den schrecklichsten der Schrecken bereits kommen sieht, aus allen Poren. So schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“:

Bei dem Widerspruch gegen die vorliegenden Reichs- Steuerprojekte tritt, sofern er sich nicht ganz mit der Negation begnügt, vielfach der Vorschlag auf, die erforderlichen neuen Einnahmen durch eine Reichs-Einkommensteuer zu beschaffen. Es scheint uns aber diesen Vorschlag, auch wenn er im Reichstag auf eine günstige Stimmung zu rechnen hätte, sehr erhebliche Schwierigkeiten und Bedenken entgegen zu stehen. Zunächst würde das wohl begründete System, wonach die direkten Personalsteuern den Einzelstaaten überlassen bleiben, durchbrochen werden und in die verschieden- artige der deutschen Einkommensteuern würde sich eine gemeinsame Reichsteuer derselben Art nur sehr schwer ein- führen lassen. Zudem ist in den Einzelstaaten, namentlich in Preußen, die Einkommen- und Vermögensbesteuerung nach- gerade auf eine Höhe getrieben worden, die ohne ernste soziale und wirtschaftliche Schäden nicht mehr überschritten werden darf. Unter dem Steuerdruck heutiger Tage viel weniger die von direkten Steuern überhaupt größtentheils befreiten unteren Klassen, als die mittleren Schichten, die mit Noth die Bedürfnisse des Lebens zu decken vermögen. Hält man eine noch stärkere Heranziehung der Einkommen für mög- lich und zweckmäßig, so kann es auch mit demselben Erfolg auf dem Wege der Landesgesetzgebung und der Abführung an das Reich in Gestalt von Matricularbeiträge geschehen. Diesen Verlauf wird die Sache ehehin nehmen, wenn die Reform im Reich nicht gelingt. Gefund ist aber nur eine Ordnung, welche im Rahmen des dem Reich durch die Ver- fassung und die natürlichen Bedingungen angeordneten Ver- steuerungsbereichs vorgenommen wird.

Die „natürlichen Bedingungen“ sind, daß die Herren Bourgeois und Junker nichts zu zahlen haben, und die Steuern auf das arbeitende Volk, d. h. die schwachen Schultern abwälzen. —

Gegen das Tabakfabrikatssteuer-Gesetz. Dem „Leipz. Tagebl.“ wird berichtet, daß die 23 sächsischen Ab- geordneten sich, wie aus verlässlicher Quelle verlautet, gegen- seitig verpflichtet haben, gegen die Tabaksteuer-Vorlage zu stimmen; der Berichterstatter glaubt, daß dadurch die Bildung einer Mehrheit für die Vorlage ausgeschlossen sei. —

Die Tabakfabrikatssteuer-Vorlage im Bundes- rath. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt offiziös:

Die „National-Zeitung“ und verschiedene andere Abend- blätter ruhen gestern zu berichten, das Tabaksteuer-Gesetz sei von den mit der Vorberatung beauftragten Ausschüssen des Bundesrathes im Text vielfachen Abänderungen unterworfen worden und werde eine völlig umgearbeitete Vorlage dem Plenum unterbreitet.

Diese Angabe ist unrichtig. Thatsächlich haben die Aus- schüsse nur eine geringe Anzahl von Abänderungen empfohlen, welche ausserdem sämmtlich von unbedeutender Be- deutung sind. In allen erheblichen Punkten ließen die Aus- schüsse den Gesetzentwurf unverändert. —

Eine Neuregelung des Schaufgewerbes soll in Regierungskreisen beabsichtigt werden. Es sind nämlich neuerdings Erhebungen angeordnet worden über die Zahl der Gast- und Schaufwirtschaften mit und ohne Braunt- weinausschank, sowie über die Zahl der Brauntwein-Klein- handlungen, wie sie gegenwärtig bestehen und im Jahre 1879 bestanden. —

Nationalliberale Seekrankheit. Die „Köln. Ztg.“ knüpft an die Mittheilung, daß unsere Genossen, die Ab- geordneten Meijer, Stadthagen und Legien vor kurzem in Hamburg eine totale Aenderung der Seemannsordnung und die Nothwendigkeit eines deutschen Seemannsvereins unter allgemeinem Beifall in einer von Seeleuten einberufenen großen Versammlung dargelegt und den Auftrag erhalten hatten, ihren Ausführungen gemäß im Reichstage vorzugehen, folgenden Schmerzensschrei:

Es läßt sich nicht leugnen, daß noch viel zur Hebung des Seemannsberufs geschehen kann. Bedauerlich würde es sein, wenn der Ruflos hierzu von Seiten der Sozialdemokratie erfolgen müßte. Schon längst hätten die Behörden und Abo- d e r e i e n selbst eine Besserung der Lage der Seeleute in die Wege leiten sollen, und zwar im wohlverstandenen eigenen Interesse. Nachdem z. B. die Errichtung staatlicher Feuerbureaus, welche den sein Brot schwer verdienenden Seemann aus den Klauen der Schlaf- und Heuerbesetzer befreien würden, noch immer nicht erfolgt ist und auch keinerlei Anstalten hierzu gemacht werden, wird es den Führern der Sozialdemokratie ein leichtes sein, ihrerseits sogenannte Vereinsbureaus zu bilden und damit eine scharfe Waffe gegen die Abo d e r e i e n in die Hand zu be- kommen. Bisher stehen die Abo d e r e i e n der das gesammte untere Handelsmarine-Personal umspinnenden sozialdemokratischen Bewegung mit verächtlichen Armen gegenüber, sie brauchen sich nicht zu wundern, wenn sie sich bald einer vom Geste dauernder Unzufriedenheit durchdrungenen machtvollen, wohl- organisierten Truppe gegenübersehen, die das navigare necesse est (zu Schiffe fahren ist nothwendig) weit kost- spieliger gestalten würde, als es bisher der Fall war. Der Verein hamburgischer Abo d e r e i e n, an dessen Spitze ein- sichtige Personen stehen und deren Thätigkeit in Dingen des Handels und Verkehrs nicht bezweifelt werden kann, hat für diese Seite der Schiffsahrt bislang nicht denjenigen weiten Blick bezeugt, der ihm sonst eigen ist. Offenlich entgegen dem Verein nicht die von unten auf gährenden Bewegungen.

Noch ist es Zeit, aus eigenem Antrieb diejenigen Forderungen zu gewähren, die zur Besserung und Hebung des Seemanns- standes im eigenen wohlverstandenen Interesse von den Schiffs- herren gewährt werden können.

Arme Kölnische! Zu spät kommt ihre Mahnung, sei- tens der Abo d e r e i e n wenigstens das zu thun, was im wohl- verstandenen Interesse der Abo d e r e i e n selbst nothwendig ist. Die Seeleute sind durch die Profitgier der Abo d e r e i e n, durch das im Interesse der Abo d e r e i e n ausgeübte Wucherergewerbe der Landhaufische, so Heuerbesetzer genannt werden, durch die Verlängerung ihrer Arbeitszeit, durch die Herabsetzung ihrer Löhne, durch die brutalen Mißhandlungen, denen die Matrosen, die Heizer und Trimmer fast wehrlos ausgesetzt sind, durch ihnen gegenüber erlassene Seemanns- und Ge- richtsurtheile, durch Seelenverkäufer à la Schiff längst da- von überzeugt, daß die Interessen der Unternehmern den ihren gegenüber feindliche sind und sein müssen und daß eine Aenderung zu Gunsten der Seeleute nur durch Organi- sation derselben, durch Anschluß an die allgemeine Arbeiter- bewegung, nur durch die Sozialdemokratie möglich ist. —

In das Horn der Anarchisten-Geschlechter bläst natürlich am lautesten das nationalliberale Angimeierthum. Die hiesige „National-Zeitung“, die nirgends fehlen darf, wo es eine Gelegenheit giebt, Schergen- und Lakaidienste zu verrichten, hat heute einen viertheil Spalten langen Artikel, in dem aller Blödsinn, der jemals über Anarchisten und Anarchismus geschrieben worden ist, wie zu einem Keitrichhausen zusammengefasst ist. Daß der Anarchismus den Herren Bourgeois nicht gefällt, ist übrigens sehr natürlich — ist er doch der Reflex und zugleich die Karrikatur ihrer eigenen Gesellschaft. Freilich — sie mögen sich wenden und drehen wie sie wollen — diesen Reflex, dieses Abbild können sie ebenso wenig loswerden, wie ihren Schatten und ihr böses Gewissen. —

Den Kampf für ein reaktionäres Volksschul-Gesetz nimmt heute die „Kreuz-Zeitung“ wieder auf. Poehnd auf die neue starke konservativ-liberale Majorität im preussischen Landtage treten sie in den Kampf gegen den altersschwachen Liberalismus. Was schert sie da die ungeheure Majorität des Volkes, die gegen jede weitere Verschlechterung des preussischen Volksschul-Gesetzes ist. Sie poehen auf ihre auf grund des deutschen aller Wahlgesehe erworbenen Rechte. Ob sie aber ihre schwarzen Pläne verwirklichen können, ist damit noch nicht gesagt. —

Eine Abgrenzung des englischen und deutschen Interessengebietes in Kamerun nach dem Binnenlande hat auf grund eines Abkommens zwischen England und Deutschland stattgefunden. Danach werden als Hinterland des Kamerungebietes die Reiche Namana und Baghirni in die elendesten Interessensphäre hineingezogen. Damit ist freilich nicht gesagt, ob Frankreich mit dieser Abgrenzung der Interessensphären einverstanden sein wird, da es auch auf das Reich Baghirni Anspruch macht. —

Zum Fall Gradnauer wird gemeldet, daß gegen die gleichzeitig mit unserem Genossen in Haft genommenen Soldaten und Reservisten das Verfahren nicht eingestellt wurde. Wie wir aus allerbesten Quelle erfahren, fehlt diesen Verhaftungen mit dem jetzt eingestellten Verfahren gegen Gradnauer jeder Zusammenhang. —

Die zwei Franzosen, welche im August in Kiel unter dem Verdacht der Spionage verhaftet wurden, sind nach Leipzig gebracht worden und sollen vor Weihnachten vor den vereinigten zweiten und dritten Strafsenat wegen Landesverrathes gestellt werden. —

Aus der bayrischen Kammer. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte nach dreitägiger Berathung den Gesetzentwurf, betreffend den Bedarf für Erweiterungs-, Er- gänzungs- und Neubauten auf den im Betrieb befindlichen Staatseisenbahnen. Der Gesamtbedarf wurde auf 10 216 000 M. herabgesetzt. —

Revolutionspartei oder Reformpartei? Das ist die Frage in der jetzigen Debatte über die Gewerkschaften, und das ist die Entdeckung der „Tante Voss“. —

Das Programm des Ministeriums Windischgrätz soll dem am 23. d. Mts. zusammentretenden Reichsrath vorgelegt werden. Das „Herold“-Bureau läßt sich hierüber melden:

Der Ministerrath setzte gestern die beim Wiederzusammen- tritt des Reichsrathes abzugebende Programm-Entscheidung fest. Die neue Regierung giebt in dieser Erklärung zu erkennen, daß sie alle Vorlagen der früheren Regierung, auch die Vor- lage bezüglich des Budgets, aufrecht erhält. In bezug auf die Wahlreform wünscht das Ministerium, daß in eine Berathung eingetretet werde, damit es demselben möglich werde, seinen Standpunkt zu kennzeichnen. —

Die geplante Koalition der slavischen Parteien des österreichischen Abgeordnetenhauses zu einer geschlossenen Oppositionspartei gegen das Ministerium Windischgrätz scheiterte an der schroffen Haltung der Jungeschehen. —

Schweiz. Aus Zürich wird uns geschrieben:

Auf der Tagesordnung des auf den 25. und 26. November nach Olten einberufenen sozialdemokratischen Parteitages stehen 15 Punkte, wovon wir erwähnen: Propa- ganda für das Recht auf Arbeit, Referent: Wull- schlegler; Ergebnisse der Wohnungs-Enquete, Referent: Arnold; Initiative für die allgemeine und unentgeltliche Krankenpflege, Referent: Lang; Parteilichkeit, Referent: Wullschlegler; Proportional- vertretung für den Nationalrath, Referent: Brandt. Ferner kommen zur Verhandlung verschiedene Anträge betreffend Unterstützung der Arbeitslosen aus Bundesmitteln, Erstattung eines gedruckten Berichtes über die Thätigkeit der Partei und Drucklegung des Parteitagprotokolls.

Das Initiativbegehren betreffend die unentgeltliche Krankenpflege ist bereits formulirt und veröffentlicht worden. Dasselbe hat folgenden Wortlaut: Die unterzeichneten Stimmberechtigten stellen gemäß Art. 121 der Bundesverfassung das Begehren, daß folgender Vorschlag zur Aenderung der Bundesverfassung dem Volke und den Ständen zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werde: Art. 88 bis der Bundes- verfassung erhält folgenden Zusatz: „Der Bund hat, unter Mitwirkung der Kantone in der Organisation und Verwaltung, dafür zu sorgen, daß auf seine Kosten jedem Einwohner, der es verlangt, ärztlicher Rath und Beistand, sowie Heilmittel unent- geltlich zu theil werden. Er gewährt ferner den Kantonen Bei- träge für unentgeltliche Spitalkosten und für die Errichtung von Heilanstalten. Zur Deckung dieser Ausgaben steht dem Bund das ausschließliche Recht zur Tabakfabrikation und zur Einfuhr und dem Verkauf von Tabak und Tabakfabrikaten zu; er kann auch gesetzliche Vorschriften über die Tabaksurrogate erlassen. Die geringwerthigen Tabak- und Zigarrensorten sollen hierbei nicht vertheuert werden. Dem Kantonen, die vor 1893 die Fabrikation oder den Verkauf von Tabak besteuerten, soll für

den Wegfall dieser Steuer eine angemessene Entschädigung gewährt werden. Art. 21 a und d der Bundesverfassung soll lauten: Art. 21. Die Freiheit des Handels und der Gewerbe ist im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet. Vorbehalten sind: a) Das Salz- und Pulverregal, das Tabakmonopol und die eidgenössischen Zölle. b) Sanitätspolizeiliche Maßregeln gegen Epidemien und Viebseuchen, sowie die Einrichtungen der unentgeltlichen Krankenpflege.

Der Stadtrath von Zürich hat bereits der Arbeitslosigkeit seine Aufmerksamkeit zugewandt. Er beantragt den Stadtverordneten (Großer Stadtrath), ihm für den Fall des Wiedereintritts größerer Arbeitslosigkeit den Auftrag zu geben, die Hilfeleistung durch die Stadtverwaltung in Verbindung mit Vertretern der Arbeiter und Unternehmer, sowie des freiwilligen Armenvereins zu organisieren. Der Stadtrath soll ferner eingeladen werden, für die Beschäftigungslosen Arbeit zu schaffen und abdachlosen Arbeitern Unterstützungsmittel zur Verfügung zu stellen. Es soll ihm auch ein Kredit von 5000 Franken zu Händen der Arbeitslosen-Kommission eröffnet werden.

Wenn die Stadtverordneten diesen Anträgen zustimmen, so will der Stadtrath sofort eine Arbeitslosen-Statistik aufnehmen und Arbeit beschaffen, sowie einen Arbeitsnachweis errichten. Weiter soll eine Volksschule eingerichtet und Essen auch nach Hause gegeben werden. Die Unterstützung Arbeitsloser soll nur in Naturalien erfolgen.

Die Annahme der Anträge seitens des Großen Stadtrathes darf als sicher gelten.

Die Schweizerische Gesandtschaft in Washington warnt in einem offiziellen Berichte über die Krise in Nordamerika vor der Auswanderung dahin, da Hunderttausende von Arbeitern beschäftigungslos, die Löhne tief gesunken sind und überall das Geld fehlt.

Ein entschiedenes Vorgehen gegen die Börse beabsichtigt die Regierung des schweizerischen Kantons Basel-Stadt. Ein von ihr ausgearbeiteter Gesetzentwurf stellt den Börsenverkehr und den Handel mit Wertpapieren unter Staatsaufsicht. Nur Kaufleuten, die ins Handelsregister eingetragen sind, ist das Handeln an der Börse gestattet; Termin- und Spekulationsgeschäfte dürfen nur von Mitgliedern der „Börsenkammer“, der Gemeinschaft der eingetragenen Bank- und Börsengeschäfte betrieben werden. Will also ein anderer spekulieren, so muß er sich an Börseamts-Mitgliedern wenden. Der Staat bestreitet die Betriebskosten der Börse, zieht dafür aber deren Einnahmen, insbesondere die reichen Einkünfte der Waller, deren Zahl von Seiten der Aufsichtsbehörde künftig festgesetzt wird. Als Ausschichtsbehörde fungiert das Ministerium des Innern, dem eine „Handelskommission“ zur Seite steht. Die Handelskommission bestimmt, welche Wertpapiere zum Börsenhandel zugelassen werden sollen. Als weitere Maßregeln zum Schutze gegen den Börsenschwindel sind die folgenden zu nennen: Staats- oder Privatbeamten ist ebenso wie Mittellosen der Abschluß von Termin- und Börsengeschäften (durch Bankhäuser) verboten; Termingeschäfte, die ausschließlich den Charakter des Spiels tragen, sind überhaupt untersagt. Termin- und Prämiengeschäfte dürfen nicht über den laufenden und den folgenden Monat hinaus abgeschlossen und können nur auf höchstens einen Monat prolongiert werden.

Die französische Regierung hat einen „Plan“, den der ministerielle „Figaro“ verfaßt hat: nämlich die Arbeiter-Syndikate mit allen Mitteln zu unterdrücken. Das bekannte „verlorene“ — „geheime“ Rundschreiben des Justizministers sprach diese Absicht bereits in sehr deutlichen Worten aus. Herr Dupuy sieht sich als Agent oder Kommissar der großen Bergwerks- und Eisenbahngesellschaften, und da hat er von seinem Bourgeois-Standpunkt aus eigentlich recht.

Das Ergebnis der Pariser Münzkonferenz. Der „Temps“ publiziert den Wortlaut der von der Münzkonferenz abgeschlossenen Konvention. Außer den bereits mitgetheilten Punkten derselben ist dem jetzt veröffentlichten Wortlaut noch zu entnehmen, daß Italien sich verpflichtet hat, während der ersten 4 Monate nach der Ratifikation des Vertrages einen Betrag von mindestens 45 Millionen Francs, während jeder weiteren 3 Monate von mindestens 35 Millionen seiner Silberscheidemünze zu übernehmen und zu bezahlen. Mit Rücksicht auf die speziellen Verhältnisse kann die Schweiz während der ersten 4 Monate an Italien 15 Millionen abliefern, welche einen Theil der erwähnten 45 Millionen bilden.

In Italien betheiligen sich die Sozialisten jetzt auch an den Gemeindevahlen, und es ist ihnen gelungen, an vielen Orten die Gemeindevverwaltung ganz oder theilweise in die Hand zu bekommen. Von dem Sieg in Imola berichteten wir schon. Wie wir weiter erfahren, ist dort der bekannte Sozialist Costa, der bei der letzten Kammerwahl leider unterlag, zum obersten Beamten der Stadt, zum Sindaco (Syndikus) gewählt worden.

Sonst lauten die Nachrichten aus Italien gar traurig. Der Hungertyphus hält seine Grute, die Pellagra — die furchtbarste Form des Hungertyphus, ein langsames Verfaulen des Körpers — verbreitet sich mehr und mehr, und auf der Insel Sizilien, wo der vulkanische Boden vulkanische Menschen erzeugt, hat das verzweifelte Volk zu den Waffen gegriffen. In der Umgegend von Palermo haben mehrere Dugend Dörfer sich erhoben, und die Rebellion greift um sich. Freilich „Rebellion“ wird das vom offiziellen Telegraphen nicht genannt, sondern „Räuberunwesen“ — Brigantaggio.

Italienisches. Das Kilo Salz kostet in Italien 60 Pfennige, also drei Groschen das Pfund. Und damit das überbürdete, ausgeemgelte Volk sich nicht selber das nöthige Salz bereite, ist das Ausschöpfen von Meerwasser bei strenger Strafe verboten — also erzählt uns ein in Italien wohnender Genosse.

Bürgerliche Ehre. Ueber einen italienischen Abgeordneten, der als Regierungsmann gewählt, dann aber zur Opposition abgefallen war, veröffentlichte jüngst ein regierungsfreundliches Blatt interessante Einzelheiten. So hatte der Biedermann durch einen anonymen Artikel die Freidenker sehr heftig angegriffen, Tags darauf jedoch in demselben Blatte seinen anonymen Artikel mit voller Namensnennung bekämpft, und dergleichen Kleinigkeiten mehr vollbracht. Natürlich war die Ehre des betreffenden Abgeordneten bebudelt, selbstverständlich nicht durch seine eigene Gemeinheit, sondern durch die Veröffentlichung derselben. Um sie rein zu waschen, forderte er den Redakteur des Regierungsblattes. Die Herren kreuzten die Degen und sind nun wieder gleichwerthige Ehrenmänner.

Ausstand von Staatsbeamten in Italien. Das Volkische Telegraphen-Bureau meldet aus Rom:

„Infolge der beabsichtigten Verschmelzung der Beamtenkörper der Post und Telegraphie beschloß heute Mittag die Telegraphenbeamten in Rom, einen Ausstand zu beginnen. Es scheint sicher, daß alle Telegraphenbeamten in ganz Italien sich dem Ausstand anschließen werden.“

Die Arbeit in allen englischen Kohlengruben ist heute wieder ausgenommen worden. Sonnabend, nachdem der Streik für beendet erklärt war, herrschte überall der lebhafteste Jubel, und der gestrige Sonntag gestaltete sich in den Kohlengruben zu einem nationalen Feiertag. Der Versöhnungsausschuß — Board of Conciliation —, oder das Schiedsgericht, welches im Februar zusammentreten und die noch übrigen Differenzen schlichten soll, wird sich aus je 14 Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer zusammensetzen, also aus 28 Mitgliedern, die sich dann über einen außerhalb des Streiks stehenden Vorsitzenden als 29. zu einigen haben, welcher erforderlichen Falls den Ausschlag zu geben hat.

In bezug auf die Einzelheiten des Abkommens, das uns seinem Wortlaut nach nicht vorliegt, haben wir unsere erste Mittheilung dahin zu berichtigen, daß zu den alten Lohnsätzen bis zum 1. Februar — nicht bis zum letzten — gearbeitet wird. Wenn es trotzdem heißt, daß Wellere würde im Februar durch das Schiedsgericht festgestellt werden, so ist dies etwas unklar, da die Regelung doch schon am 1. Februar erfolgt sein mußte. Wir wissen nur, daß von Seiten Lord Roseberry's der 13. Dezember als Tag der ersten Konferenz vorgeschlagen, von den Delegirten der Arbeiter aber nicht angenommen wurde. Unser Londoner Korrespondent wird uns jedenfalls über alle noch dunklen Punkte Aufklärung geben.

Spahast sind die Bemühungen der kapitalistischen Blätter aller Länder, den Sieg der Arbeiter zu verkleinern. Die Grubenbesitzer hätten in einem Punkte einen Vortheil errungen, nämlich in Sachen der Lohnregulirung nach den Kohlenpreisen hätten die Arbeiter nachgegeben.

Das ist falsch; die Arbeiter haben die Entscheidung über diese Frage, die niemals ein ernsthaftes Streitobjekt war, hinausgeschoben und dem Schiedsgericht übergeben, wozu sie von Anfang an bereit waren. Dagegen hatte der Verband der Grubenbesitzer noch bis wenige Tage vor dem Ende des Streiks die Wiederaufnahme der Arbeit zu den alten Löhnen verweigert und die Bedingung als absolut unannehmbar bezeichnet.

Hiernach kann kein Zweifel sein, wer der Sieger und wer der Besiegte. Thatsache ist: niemals hat England einen so großen und so hartnäckigen Streik erlebt; und niemals hat der englische Kapitalismus eine so gewaltige Niederlage erlitten.

Gebietsausdehnung Englands in Asien. Den „Times“ wird aus Kalkutta gemeldet, nach dem von dem Spezialkommissar Durand mit dem Emir getroffenen Abkommen willigt letzter ein, Chitral, Bajour, Swat und die Nachbarstaaten als außerhalb seiner Einflusssphäre liegend zu betrachten, während er Asmar behält. Wozistan kommt bedingungslos unter britischen Einfluß. Die Jahressubsidie des Emirs wird von 12 auf 18 Lacks erhöht. Sämtliche Beschränkungen bezüglich der Einfuhr von Waffen nach Wozistan werden aufgehoben.

Immer mehr nähern sich die Grenzen Englands und Rußlands in Asien, von Jahr zu Jahr werden die Pufferstaaten schwächer, so daß wir den großen Entscheidungskampf zwischen den beiden Weltstaaten in nicht zu ferner Zukunft zu gewärtigen haben.

Ein Dynamitgesetz in Spanien. Die Geschichte ist für die Regierenden bekanntlich dazu da, um nichts — aus ihr zu lernen — und so werden denn alte Fehler, auch die handgreiflichsten, immer und immer gewissenhaft wiederholt. Unter solchen Umständen kann es uns nicht Wunder nehmen, daß die spanische Regierung ein Dynamitgesetz nach dem Muster des deutschen machen will. In Deutschland wurde das Dynamitgesetz bekanntlich in der Ära der Bismarckschen Aftenats-Politik angefertigt, und es hat zur Wirkung gehabt, daß kein einziger Dynamitersch, wohl aber hunderte von unschuldigen Menschen mit schweren Strafen belegt worden sind.

Parlamentarisches.

Reichs-Eisenbahnen. Dem Reichstage ist in Verfolg der alljährlich gemachten entsprechenden Mittheilungen eine Uebersicht über den Stand der Bau-Ausführungen und der Beschaffung von Betriebsmitteln für die Eisenbahnen in Ost- u. Lothringen und für die im Großherzogthum Luxemburg belegenen Strecken der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahnen am 30. September zugegangen.

Kolonialpolitisch. Dem Reichstage ist eine umfangreiche Denkschrift der Regierung über die Verhältnisse der deutschen Schutzgebiete in Ost- und Westafrika zugegangen.

Die polnische Fraktion des Reichstages hat sich konstituiert. Gewählt wurden: zum Vorsitzenden Fürst Ferdinand Radziwill, zum stellvertretenden Vorsitzenden Fabrikbesitzer Cegielski.

Der Reichstags-Abgeordnete für Opatow: Neustadt Cytronowski, hat, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, sein Mandat niedergelegt. Cytronowski gehörte dem Centrum an.

Reichs-Invalidentfonds. Dem Gesetzentwurf, auf Grund dessen aus dem Kapitalbestande des Reichs-Invalidentfonds 67 Millionen Mark flüssig zu machen und der Reichskasse zur Verstärkung des Betriebsfonds zu überweisen sind, ist eine Begründung und eine ausführliche Denkschrift über die Verneuerung der Betriebsmittel beigegeben.

Parteinachrichten.

Sakanz im Parteivorstand. Die Kontrolleure waren gestern in Berlin zu einer Sitzung zusammengetreten, um an Stelle des aus dem Parteivorstande ausscheidenden Genossen Richard Fischer einen Schriftführer zu wählen. Die Wahl fiel auf den Genossen Wilhelm Pfannkuch, zur Zeit Redakteur der „Volkarbeiter-Zeitung“ in Hamburg.

Uns wurde am Montag früh ein von einer Anzahl von Genossen unterzeichneter Vorschlag, betreffend die Wahl eines Parteisekretärs, überbracht, mit dem Ersuchen denselben im Sprechsaal zum Abdruck zu bringen. Auf unsere Mittheilung,

daß die Kontrolleure am Montag, den 20. d. M., zur Wahl versammelt seien, verzichtete der Genosse, welcher den Artikel überbracht hatte, auf den Abdruck desselben und sandte ihn durch Boten an die Kontrolleure zu Händen des Genossen Meißner.

Das Hoch auf die Sozialdemokratie. Wir berichteten kürzlich ausführlich aus Wiesbaden über eine Gerichtsverhandlung vor der dortigen Strafkammer gegen den Buchhändler W. aus Adelsheim, welcher in einer Volksversammlung in Gächsa. M. als Vorsitzender ein Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie ausgebracht hatte und dafür angeklagt war, groben Unfug verübt zu haben. Die Verhandlung wurde damals vertagt, um den überwachenden Bürgermeister als Zeugen zu vernahmen. In der gestrigen erneuten Verhandlung kam auch nichts Belastendes zum Vorschein, da die Zeugen aussagten, daß ihrer Meinung nach Niemand in der Versammlung sich habe belästigt gefühlt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Loeb, plädierte auf Freisprechung, während der Staatsanwalt das Schuldig auszusprechen beantragte, denn ein Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie sei gleichbedeutend mit einem Hoch auf die Revolution selbst.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei und legte die Kosten mit Ausnahme derjenigen der Verteidigung der Staatskasse zur Last. In der Begründung hieß es, daß das Hoch als grober Unfug hätte aufgefaßt werden können; da dasselbe aber in einer sozialdemokratischen Versammlung und vom Angeklagten als Vorsitzenden derselben ausgebracht worden, da ferner anzunehmen sei, daß der Angeklagte bei seiner Jugend sich einer strafbaren Handlung nicht bewußt gewesen, so könne von einem Unfug im Sinne des Gesetzes nicht gesprochen werden und sei der Angeklagte freizusprechen.

In Eisenburg fand am Dienstag, den 14. d. Mts. eine öffentliche Parteiverammlung statt, in welcher Genosse Hoffmeister-Halle Bericht über den Parteitag erstattete. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages vollständig einverstanden und erwartet von jedem Genossen, für die weitestgehende Ausbreitung derselben thätig zu sein, fordert zugleich zu den allgemeinen Wahlen die Befestigung der Vorrechte der Geldsachklasse und Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

In wie reger Weise die Agitationskommission des 12. und 18. Reichstags-Wahlkreises (Leipzig) im lehtvergangenen Jahre gearbeitet hat, geht aus einem Bericht hervor, der uns von Leipzig über die Jahresberichterstattung genannter Kommission zugeht und aus dem wir folgendes als beachtenswertes wiedergeben: Im Dezember v. J. leitete die Kommission die Agitation der Stadtverordneten-Wahlen, dann trat man in die Agitation gegen die Militärvorlage ein, um kurz darauf, nach Auflösung des Reichstages, in den Wahlkampf einzutreten. Nachdem die Schlachten auf diesem Gebiete geschlagen, traten die Genossen Leipzig in den Kampf um die Landtags-sitze ein. Zur besonderen Aufgabe machten sich die Parteigenossen des 12. und 18. Wahlkreises, den 11. und 14. Kreis, Burgen und Borna (die Hauptdomäne Frege's) zu bearbeiten. In letzterer Stadt wurde ein Arbeiterverein gegründet, in Leipzig selbst die Agitation unter den Frauen mit Erfolg betrieben. Im Ganzen wurden im Laufe des Jahres 1541 000 Flugblätter verbreitet. Versammlungen wurden in Leipzig, Stadt- und -Land 172 Parteiverfassungen abgehalten. (Hier zählen natürlich nur die von der Agitationskommission einberufenen.) Die Gesamt-Einnahme betrug 28 706,50 Mark, von einer Ausgabe von 23 138,00 Mark gegenüber. Die Versammlung beschloß, von dem 4500 Mark betragenden Ueberschuß 2000 Mark dem Parteivorstand zu überweisen.

Wie man sozialdemokratische Presskinder behandelt, darüber berichtet die Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung, folgendes empörende Stücklein: Unser ehemaliger Redakteur, Genosse Paul Voigt, wurde am heutigen Tage mit einem Gefangenentransport in die Strafanstalt zu Münster überführt. Er mußte gefesselt und zwar mit einem anderen Gefangenen, der eines nichtpolitischen Vergehens wegen verurtheilt ist, zusammengeklebt durch die Straßen der Stadt zum Bahnhof marschieren! Die Thatsache sagt genug; zu einer Kritik fehlen uns die Worte und die — Pressefreiheit! — Wie uns von anderer Seite noch mitgetheilt wird, hat man unserem Genossen wenigstens die Rücksicht erwiesen, ihn mit einem feingeleiteten Gefangenen zusammenzufesseln!

Der Parteitag für die beiden Mecklenburg und Lübeck wird von der Agitationskommission zum 1. und 2. Januar nach Lübeck einberufen. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Kassenbericht; 2. Bericht der Agitationskommission; 3. Organisation und Agitation; 4. Anträge und Wahl des Sitzes der Agitationskommission. Die Genossen in Mecklenburg werden ersucht, baldigst ihre Delegirten zu wählen und bis zum 20. Dezember nach Lübeck zu berichten. Anträge zum Parteitag sind ebenfalls bis zum 20. Dezember an die Kommission einzureichen und werden alsdann in der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ veröffentlicht werden. Die Adresse der Kommission ist: B. Essinger, Lübeck, Hundestr. 20.

Warnung. Seit einiger Zeit treibt sich in Gesellschaft seiner Frau ein Emil Horn, Pöbgerber aus Emmerich a. Rh. in verschiedenen Städten Deutschlands herum. Unter dem Vorwand, in Emmerich gemögelt zu sein, beanprucht er für sich und seine Frau die Unterstützung der Genossen und hat solche auch schon in einer ganzen Reihe von Orten erhalten. Auch versucht er sich dadurch Geld zu verschaffen, daß er sich zur Haltung von Vorträgen in Vereinen oder öffentlichen Versammlungen gegen festes Entree erbietet. Durch Berufung auf bekannte Genossen, bei denen man Befestigung seiner Ausgaben einholen könne, sucht er etwaige Zweifel von vornherein zu entkräften. In Süddeutschland (z. B. Mannheim) gab er an, er sei bei der letzten Reichstagswahl Kandidat in Dresden-Land gewesen; ein andermal wieder, wie hier in Berlin, versucht seine Frau unter dem Vorgeben, ihr Mann sei abgereist, um Arbeit zu suchen, die Mittel zur Reise nach Hamburg zu erhalten, wo angeblich ihre Schwiegereltern wohnen — kurz: es liegt offen das Bestreben vor, unter Vorpiegelung von falschen Thatsachen von den Parteigenossen Gelder zu erschwindeln. Die Parteigenossen werden also hiermit gewarnt.

Todtenliste der Partei. In Meerane (Sachsen) verstarb am 15. November der Stadtverordnete Genosse Pöbker. Derselbe war auch Vertrauensmann der Partei und vertritt die Parteigenossen von Meerane in ihm einen energischen und zielbewußten Vorkämpfer unserer Ideen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Leipzig. Vom Schöffengericht wurde Genosse Pollender, Redakteur des „Wähler“, wegen Belästigung Hans Blums zu 300 M. Geldstrafe und 100 M. Buße für den Kläger verurtheilt. Der sehr empfindliche Verfasser des bekannten „Lügen“-Buches hatte Gefängnisstrafe und 500 M. Buße beantragt.

— Genosse Adler-Wien wurde vom Bezirksgericht Warnsdorf von der Anklage, den Bezirkskommissar gelegentlich einer von letzterem aufgelösten Versammlung beleidigt zu haben, freigesprochen.

— Wegen des gleichen Vergehens wurde der Genosse Koczka zu 2 Tagen Arrest verurtheilt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 21. November. Opernhaus. Kara. Die Puppenfee. Bajazzi. Schauspielhaus. Wasantafena. Deutsches Theater. Die Räuber. Berliner Theater. Die Räuber. Festung-Theater. Der Andere. Friedrich-Wilhelm-Bad. Theater. Freund Felig. Residenz-Theater. Die Dragoner. Wallner-Theater. Monstre-Vorstellung. Neues Theater. Jugend. Central-Theater. Die eiserne Jungfrau. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Viktoria-Theater. Die sieben Raben. Alexanderplatz-Theater. Othello, der Mohr von Venedig. National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Theater unter den Linden. Die Gondoliere. Pierrot-Cavotta. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192. Doppelvorstellung zu einf. Preisen. Sensationelle Novität! Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Große Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Brudens. Kouplets v. Linderer. Musik von Adolph Wiedede. Regie: Max Samst. Vorher: König Winter. Weihnachtsspielen mit Gesang und Ballet in 2 Akten v. Dr. Max Heinzel. Musik von Ferd. Bauer. — Regie: H. Hummel. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Geschlossen. Donnerstag: Zum ersten Male: Vor der Revolution. Tragikomödie in 8 Bildern von Carl Blohbrenn.

Wallner-Theater.

Nur bis Ende dieses Monats Gastspiel-Cyclus des Eden-Theaters. Direktion: B. Schenk. Größtes phant. Etablissement der Welt. Dienstag 7 1/2 Uhr Abends: Elite-Gala-Vorstellung.



20 Nummern. Viele Novitäten. 5 Attraktionen. Nur die hervorrag. Sehenswürdigl. d. Gesamt-Repertoires.

American-Theater.

Neu! Zwerchfellverschüttung! Neu! Die Gründung Roms in der Maderstrasse, oder: Die Rache des Gänserichs. Hochkom. Burleske von Oscar Wagner. Parodie! Uk! Humor! Musik. sämtl. Spezialitäten. Anf. Abtg. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30. Zum 15. Male: Die eiserne Jungfrau. Poffe mit Gesang in 3 Akten von Charles Clairville. Musik von Louis Barnap. Morgen: Geschlossen. Donnerstag: Die eiserne Jungfrau. In Vorbereitung: Drei Paar Schuhe.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.

Schwanz in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazi. Parodistische Poffe mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene geföhrt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété

Stadtbahn-Station Alexanderplatz. Täglich: Grosse Spezialitäten-Vorstellung von nur Künstlern I. Ranges: Bernhard Leitner, Athlet-Kraft-Produkt m. 2 Pferden. Sbaruglap, indisch. Jongleur. Brother Barotti, Kopf auf Kopf. Equilibristen. Dr. Cordes, Gefangs-Humorist. Mr. Edgar Jones, musk. Clown. Emmy Hoffmann's Flora-Truppe, 6 Damen. Clara Birkholz, Koffium-Soubrette. Kasseneröffnung: Sonntags 5 Uhr, Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. A. Zimmermann.

Präuser's MUSEUM

anatomisches Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße darunter der Schußkanal der Kugeln des deutschen Militärs, fünf Körper gehend durch. Geöffnet von früh 9—10 Uhr Abends für erwachsene Herren. Dienstag u. Freitag: Damentag. Entree 50 Pfg.

Böhmisches Brauhaus,

Landsberger Allee. Dienstag, den 21. November cr.: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Zum Schluß: Ein gestörtes Rendezvous. Ensemble v. Meyfel. Entree 50 Pf. Donnerstag: Soiree in Sanssouci.

Cirkus G. Schumann

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse. Dienstag, den 21. November, Abends 7 1/2 Uhr: Gr. Extra-Vorstellung. Aus dem reichhaltigen Programm ist besonders hervorzuheben: 3 Etagen-Riesen-Karoussel mit 25 Pferden. Batoude americain, Salto u. Doppel-Saltomortales über eine Anzahl Pferde. Luft-Potpouri, Geschw. Lecasson. Mr. P. Ricodono als Jongleur. Tandem mit 2 Schulpferden, ger. v. Feinlein Eugenie Lecusson. Clown Wilhelm Olschansky. Quadrille moyen-äge, ger. v. 8 Damen, 6 Herren. Auftreten der rühmlichst bekannten musikalischen Clowns Paul und William. Gymnast. Potpourri von der aus 4 Personen bestehenden The Engens-Troupe. Die Sonnenstrahlen, ausgeführt mit eigens dazu dressierten Heugüsten nach der bekannten Musik Ta-ra-ta-boom-da-ay, dressirt und vorgeführt von Herrn Max Schumann. Alles Nähere Plakate u. Ausstragettel. Morgen: Große Vorstellung. Hochachtungsvoll und ergebenst G. Schumann, Direktor.

Etablissement Buggenhagen.

Morg. Plab. Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Kuchant von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel. An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Unserm Kollegen und Genossen M. Sternberg zu seinem heutigen Wiedergelste ein donnerndes Hoch. 2556 Die Kollegen von Oben und Unten.

Todes-Anzeige.

Am 19. November verstarb nach langjähriger schweren Leiden im 63. Lebensjahre mein lieber Mann, unser Vater, Bruder und Großvater, der Tischler Friedrich Winter und am 20. November verschied nach schweren Leiden unser Bruder und Onkel, der Tischler August Winter im 61. Lebensjahre. 8076 Die Beerdigung beider Verstorbenen findet Mittwoch, d. 22. d. M., Nachm. 9 1/2 U. v. d. Halle des Thomas-Kirchhofes aus, statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksgiving.

Allen Freunden und Bekannten, welche unserm Vater und Großvater Theodor Herschleb die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich für ihre Theilnahme, sowie für reiche Kranzspende meinen herzlichsten Dank. 9036 J. M.: Emil Herschleb.

Danksgiving.

Allen denen, die meinem lieben Mann, den Tischler Witte zur letzten Ruhestätte begleitet haben, vorzüglich seinen Mitgesellen der Werkstätt des Tischlermeisters Klär, sowie Herrn Klär, Alte Jakobstr. 20, für die reichen Kranzspenden sage ich meinen tiefgefühltesten Dank. 9056 Witte Witte nebst Kindern.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Pass.) Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Francis Era am asiatisch. Luftapparat Arthur Vallens, der 5 1/2 jährige Wunderknabe. Eine alltägliche Geschichte. Charakterbild m. Gesang i. 1 Akt. Anfang: | Wochentags 7 1/2 Uhr. | Sonntags 5 1/2 Uhr. Entree 15 und 30 Pf. R. Winkler.

Circus Renz.

(Karlstraße.) Donnerstag, 23. November, Abends 7 1/2 Uhr: Größtungs-Gala-Vorstellung. Festlicher Aufzug des gesamten Personals. Außerdem besonders empfehlenswert: Neu! Sensationell! Monstre-Tableau von 60 Hengst, dressirt und vorgeführt vom Direktor Fr. Renz, Erfinder der Monstre- u. Original-Dressur des Circus Renz. Weiten und Vorföhren von neuen vorzüglich dressirten Schül- u. Freiheitssperden. Debut der sämtlichen neu engagirten Künstler und Künstlerinnen allerersten Ranges. Zum Schluß der Vorstellung: Suldigungsgruß an Berlin. Großes Paradestück etc., arrangirt vom Direktor Franz Renz. etc. etc. Preise der Plätze für die Eröffnungs-Vorstellung: Logen-Vorderst 6 M., Logen-Hinterst 5 M., Sverst 4 M., Tribüne 3 M., 1. Rang-Balkon 2 M., 2. Rang-Balkon 1,20 M., Gallerie (Stehplatz) 60 Pf. Kinder unter zehn Jahren in Begleitung Erwachsener zahlen auf 1. Rang-Balkon u. zweiten Platz die halben, auf allen übrigen Plätzen die vollen Preise. Billeterverkauf am Eröffnungstage Mittags von 11—2 Uhr und Nachm. von 5 Uhr ab ununterbrochen. Freitag, den 24. November u. folgende Tage Abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung mit stets neuem und reichhaltigem Programm. Fr. Renz, Direktor.

Passage-Panopticum.

Nur noch kurze Zeit: Der blane Mann. Die Affendame. 11—1 Uhr. 4—9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Neue Gruppe: Unverhoffter Besuch in Castan's Atelier.

Deffentliche Versammlung

am Mittwoch, den 23. November 1893, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Brochnow, Sebastianstr. 39. Tages-Ordnung: Der Boykott der Charité. 1. Bericht der Krankenkassen-Kommissionen. Die Beschwerden über die Charité und unsere Forderungen an dieselbe. Referent: Dr. Kollwitz. Die Agitation für den Boykott. Referent: Adler. 2. Weshalb schicken künftige Aerzte Kranke nach der Charité? Referent: Stadthagen. Krankenkassenvorstände und Mitglieder sowie alle, die von der Stadt Krankenunterstützung erhalten, werden zu regem Besuch aufgefordert. 297/2 Die Arbeiter-Sanitäts-Kommission.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Versammlung am Dienstag, 21. November, im Lokale des Herrn Haase, Große Frankfurterstr. 117. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen H. Schmalfeld aus Bremerhaven. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Vereinsangelegenheiten. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 378/20 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Pyrtok, Gipsstraße 3: General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Kasfenbericht. 2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Wahl der Bezirksführer. 4. Verschiedenes. 878/19 Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Versammlung am Dienstag, den 21. November cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Ragle's Salon, Schwedterstr. 23. Tages-Ordnung: Die soziale Entwicklung der Arbeiterbewegung. Referent: Genosse Timm. — Vereinsangelegenheiten. — Verschiedenes. — Fragelasten. Die Mitglieder des Wahlvereins, welche beabsichtigen, sich ein Protokoll über die Verhandlungen des Kölner Parteitages zuzulegen, bitten wir mit dem Anlauf zu warten, da der Vorstand beabsichtigt, dasselbe seinen Mitgliedern gegen ein geringes Entgelt zuzustellen. 241/12 Der Vorstand.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlin und Umgegend. Mittwoch, den 22. November (Bußtag), Vorm. 10 Uhr: Bezirks-Versammlung für den Norden und Moabit im Viktoria-Saal, Berlebergerstr. 13: Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Hoffmann über: „Was erreichen wir durch die Gewerkschaftsorganisation?“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 283/10 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein für Berlin und Umgegend.

Dienstag, den 21. November 1892, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Kuhmey, Schönhauser Allee 28: Wander-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann (früher Zeit) über: „Die Frau im Kulturstaat.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. 412/15 Männer und Frauen als Gäste willkommen. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mittwoch, den 22. November (Bußtag): Herren-Fußpartie nach den Müggelbergen. Treffpunkt in Grünau 263/18 bei Beckert, Friedrich- und Wilhelmstrassen-Ecke, bis 11 Uhr Vormittags. Abfahrt vom Schlesischen Bahnhof Vormittags 8 Uhr 21 Minuten. Abfahrt vom Gdlicher Bahnhof Vormittags 8 Uhr 33 Minuten. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79. Alt. u. größt. Etablissement, Berl. Neues Programm. Täglich von 6 1/2 Uhr ab: Concert d. ungarisch. Magnaten-Kapelle und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges. Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf. Anf. Sonntags 8 Uhr. Entree 30 Pf., reservirt 50 Pf. Anerkannt gute Küche. Säle für Festlichkeiten u. Versammlungen. 8 Regelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Spieler zahlen kein Entree. Carl Koch. Vereinszimmer m. Pianino ist zu verg. Beuthstr. 11. G. Langhutt. 51498

Kaufmann's Variété.

Am Alexanderplatz. Besondere Umstände halber ist der 2. Weihnachtstag zum abhalten für Matinee frei geworden. Näheres daselbst. A. Zimmermann.

Louisenstädt. Klubhaus,

Annenerstraße 16. Saal zu Versammlungen und Vergnügen sowie Vereinszimmer empfiehlt 18402 L. Ehrenberg. Der Arbeitsnachweis der Musikinstrumenten-Arbeiter befindet sich Mannsstr. 78 bei Rohr. Die Adressen-Ausgabe findet alle Abende von 8—9 1/2 Uhr, Sonntag Vormittags von 10—11 1/2 Uhr, an Mitglieder sowie an Nichtmitglieder unentgeltlich statt. 263/16 NB. Die arbeitslosen Kollegen werden ersucht, sich auf dem Arbeit-Nachweis zu melden, da Adressen vorhanden, aber keine Arbeiter. Die Arbeitsvermittlungs-Kommission. Hierzu zwei Beilagen

Zur Gewerkschaftsdiskussion.

Das „Hamburger Echo“ veröffentlicht die folgende Einleitung des Genossen Auer:

Es war meine Absicht, die Berichterstattung über den Kölner Parteitag und die im Anschluß daran gefassten Beschlüsse abzuwarten und erst dann, soweit es notwendig erscheint, auf die zahllosen Unrichtigkeiten und Unterstellungen, welche in den Leitartikeln mit unterlaufen sind, zu antworten. Ich gedenke auch jetzt von diesem Verhalten nicht abzugehen; nur in bezug auf einen Punkt sehe ich mich genöthigt, schon jetzt das Wort zu ergreifen.

Nach dem Bericht des „Echo“ in der Beilage zu der Nr. 270 hat Herr von Elm in der Parteiversammlung des zweiten Hamburger Wahlkreises als letzter Redner vor dem Schluß der Diskussion folgende Worte gesprochen:

Auer habe im Reichstage im Augenblick des Kampfes die streikenden Bergarbeiter verleugnet und so ihnen die Möglichkeit des Sieges vielleicht genommen. Wer wisse denn den Ausgang eines Streiks voraus?

Herr von Elm bezieht mich also des Verraths an streikenden Arbeitern; er weist mir vor, daß ich den kämpfenden Arbeitern in den Rücken gefallen bin und so die Möglichkeit ihres Sieges hintertrieben habe. Dies Alles soll ich gethan haben in meiner Eigenschaft als Vertreter der Arbeiter im Reichstage. Also schändlichster Verrath der Partei und ihrer Grundsätze, auf die hin ich in den Reichstag gewählt bin.

Daß einem Parteitaggenossen kein schwererer Vorwurf gemacht werden kann und daß, wenn auch nur ein Schatten von Wahrheit ihm anhaftete, ich längst mit Schimpf und Schande aus der Fraktion und aus der Partei hätte ausgeschlossen werden müssen, das weiß Niemand besser als Herr von Elm.

Er weiß aber auch, daß die von ihm kurz vor Debattebeginn in die Versammlung hinausgeschleuderte Behauptung eine erbärmliche Lüge und Verleumdung ist.

Wie ist der wirkliche Sachverhalt?

Wie den Lesern noch bekannt sein wird, brach im Saarrevier Ende Dezember des vorigen Jahres unter den dortigen Bergarbeitern ein Streik aus. Eine neue Arbeitsordnung, welche die Interessen und alle Gewohnheiten der Bergleute rücksichtslos verletzte, und Lohnreduktionen gaben den Anlaß zum Ausstande. Ohne nennenswerthe Organisation, bei mangelhafter Führung und vollständig leeren Kassen, war der Streik von vorne herein ohne jede Aussicht auf Erfolg. Dazu kam, daß die kgl. Grubenverwaltung und das preussische Ministerium, aufgeleitet und gedrängt von den westfälischen Kohlenbaronen und den Großindustriellen (Stumm und Konforten), entschlossen waren, ein „Exempel zu statuieren“ und um keinen Preis nachzugeben.

Um diesen Plan leichter durchzuführen zu können, ohne die öffentliche Meinung auszubringen und den Philister, dessen Kundschafft die Bergarbeiter sind, topfscheu zu machen und ohne das Mäntelchen der christlichen, vom Königthum geführten „Sozialreform“ gar zu fadenheilig erscheinen zu lassen, mußte der Streik als das „Werk sozialdemokratischer Heher“ hingestellt werden.

Schon in Nr. 8 vom 10. Januar d. J. schrieb deshalb der „Vorwärts“: „Der Bergarbeiter-Ausstand soll nach der gesammten Bourgeois- und ultramontanen nicht ausgeschlossen, ein Werk sozialdemokratischer Heher sein. Es ist das ein Mandat, das gerade das Gegenstück von dem bewirkt, was beabsichtigt wird. Die Arbeiter werden förmlich mit Gewalt ins Lager der Sozialdemokratie getrieben. Die Anschuldigungen der Bourgeois-Pressen haben nur einen Zweck, den sie leider auch erreichen: Die Behörden von jedem Entgegenkommen abzuschrecken.“ — Das gleiche Bestreben, das hier der „Vorwärts“ kennzeichnet, zeigte sich in den Reden der Bourgeois-Abgeordneten in der Reichstagsdebatte, welche im Reichstag am 12. Januar begann und in welcher der Bergarbeiter-Ausstand in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt wurde. Dieses falsche Spiel aufzudecken, war neben anderem meine Aufgabe, als ich am 13. Januar zu Worte kam und in welcher Weise dies von mir geschah, dafür mag der stenographische Bericht meiner Rede zungen. Dort heißt es (20. Sitzung, Freitag, 12. Januar 1893, S. 472):

„Ich habe zunächst eine Erklärung abzugeben. Sämmtliche Redner von den Herren Vertretern des Bundesraths an bis zum letzten Abgeordneten vor mir, die gesprochen haben, wandten sich an meine Parteigenossen, und damit auch an mich, an unsere Partei überhaupt, sprachen gewissermaßen das Gefuchen aus, wir möchten doch unser möglichstes dazu thun, daß der im Saarrevier und in einzelnen sonstigen Bergarbeiter-Distrikten augenblicklich im Gange befindliche Arbeiterausstand beigelegt und die früheren Verhältnisse wieder hergestellt werden. (Zurufe rechts.) Das ist ausgesprochen, Herr von Kardorff! Sie haben es ja nicht ausgesprochen, denn Sie waren noch nicht dran; ob Sie es thun werden, weiß ich nicht; aber sowohl Ihr Fraktionsgenosse v. Stumm (Widerspruch rechts) als wie Herr Pfähler haben sich an uns gewendet und gesagt, wir möchten doch das Uebel aus der Welt schaffen.“

Da muß ich denn doch zunächst erklären, daß wir dazu so wenig im Stande sind, als wie wir die Verantwortung für den Ausbruch des Streiks selbst zu übernehmen geneigt sind. Wir können den Streik nicht aus der Welt schaffen, obwohl wir ihn bedauern mit Ihnen, nicht deshalb bedauern, weil Ihr Profit durch denselben geschmälert wird, sondern weil wir auch der Meinung sind, daß er eine sehr unüberlegte Handlung gewesen ist. Wir können ihn aber nicht aus der Welt schaffen, weil wir ihn auch nicht ins Leben gerufen haben. Es handelt sich eben nicht um eine Arbeiterfrage, auf die wir Einfluß haben. Es ist der Herr von Stumm, der Abgeordnete Pfähler — die Herren sind von diesen Arbeitern hierher geschickt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Woher denn sonst? Natürlich! Das sind die Vertreter dieser Wahlkreise, die sind geschickt worden. Speziell Herr Pfähler ist ja der stehende Kandidat über den vielgenannten Bergarbeiter-Partei gewesen; er hat ihn mit 12 000 Stimmen aus dem Felde geschlagen, während Warken nur 6000 bei der letzten Wahl erhielt. Also es sind die eigenen Wähler des Herrn Abgeordneten Pfähler, welche ihm jetzt so viel Kopfschmerzen machen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es sind die Wähler, an welche außerdem sich noch der Herr Bischof Kerum mit einem eigenen Hirtenbrief gewandt hat, was ja allein schon ein Beweis dafür ist, daß es nicht unsere Wählerschaft ist, nicht die Arbeiter sind, die auf uns hören, und auf die einen Einfluß auszuüben wir in der Lage sind, sondern daß es Ihre Wähler sind; die guten, frommen, reichstreu erzogenen Arbeiter, ganz das Produkt Ihrer Genußsucht und Erziehung ist es, was Ihnen mit einem Male so unbehaglich wird. Also, wenn Sie wollen, daß diese Arbeiter wieder zur allgewohnten Arbeit zurückkehren, bitte, wenden Sie Ihren Einfluß an! Wir erheben keinen Anspruch darauf, das zu können. Wir sind auch überzeugt, daß es uns nicht gelingen würde.“

Der in den vorstehenden Sätzen ausgesprochene Hohn darüber, daß nimmere selbst die bis dahin so sorgsam und mit den besten Mitteln des Herrn von Stumm und Genossen vor jeder sozialistischen Verührung abgesperrten Arbeiter plötzlich bodenbe-

wurden und streikten, wurde von den Gegnern sehr wohl verstanden, das zeigte ihr erregter Widerspruch. Es verstanden ihn aber auch meine Kollegen, die mir wiederholt Beifall spendeten und nachher zur Rede gratulirten. Will Herr von Elm deshalb nun die ganze Fraktion bezichtigen, die streikenden Bergarbeiter verleugnet zu haben?

In meiner Abwehr gegen den von den Gegnern mit allen Mitteln betriebenen Versuch, unsere Partei für den damals bereits vollständig verunglückten Streik verantwortlich zu machen, verwies ich dann auf das Verhalten der sächsischen Bergarbeiter, welche sozialdemokratisch gewählt und unseren Genossen Stolle in den Reichstag gesandt haben. Im stenographischen Bericht ist darüber zu lesen:

„Also wenn wirklich die Sozialdemokraten es wären, welche den Ausstand provoziert, für die Bergarbeiter im sächsischen Kohlenbergbauvertrieb lassen wir uns verantwortlich machen, da haben wir einen Einspruch, da sind wir diejenigen, welche in der Lage sind, auf die Entscheidungen der dortigen Arbeiterschaft einzuwirken — und diese Bergarbeiterschaft ist ruhig geblieben! Warum ist sie ruhig geblieben? Etwa um deswillen, weil wir prinzipielle Gegner des Streiks sind? Nein, deshalb gewiß nicht! Wir wissen, daß unter Umständen von dem Mittel des Streiks Gebrauch gemacht werden muß, und wir sind auch dazu entschlossen, wie bisher, auch in Zukunft, so sehr Sie das auch ärgert, gegebenen Falls davon Gebrauch zu machen. Aber wenn es uns paßt, und nicht, wenn es Ihnen paßt.“

So sieht also die mir vorgeworfene Verleugnung der streikenden Bergarbeiter im Reichstag aus.

Wie richtig aber mein, übrigens in der Partei allgemein getheiltes Urtheil über die Unsicherheit des Streiks war, dafür konnte ich mich damals bereits auf den Ruf der Leiter der sächsischen Bergarbeiter berufen, in dem es wörtlich heißt:

„Ursache zu streiken gäbe es auch bei uns in Sachsen in Masse. Aber allen den in dieser Beziehung um Rath Fragenden müssen wir auf das Bestimmteste davon abrathen; denn die jetzige arbeitslose Zeit ist nicht dazu angethan, es fehlt jede Aussicht auf Erfolg. Hunderte von Arbeitslosen würden sofort an die Stelle der Streikenden treten, und die besten Kräfte würden dann gemüßregelt werden. Passe sich ja niemand zu unüberlegten und übereilten Schritten hinreißen. Mit solidarischen Glückauf!“

S. Sachs. Paul Horn. Anton Stranz.

Nach Herrn von Elm hätten also auch die vorstehend Genannten und mit ihnen die gesammten sächsischen Bergarbeiter ihre Brüder an der Saar verleugnet.

Ebenso wie mit der angeblichen Verleugnung steht es mit der weiteren Behauptung des Herrn von Elm, erkläre sei erfolgt „im Augenblick des Kampfes und dadurch wäre die Möglichkeit des Sieges der Arbeiter verhindert worden.“

Als ich am 13. Januar im Reichstag sprach, war die Niederlage der Bergarbeiter auf der ganzen Linie bereits entschieden.

In diesem Tage fuhrten im Saarrevier von überhaupt 30 000 Arbeitern bereits wieder 22 000 in die Grube, von dem Rest aber, soweit derselbe nicht überhaupt fortgearbeitet hat, waren 4000 als „Heher“ und Streiker bis auf weiteres abgelegt oder doch vom Arbeitsantritt ausgeschlossen.

Drei Tage später wurde der Streik in unserer eigenen Presse als vollständig erloschen gemeldet. Die mich eines feigen Verraths an der Arbeiterschaft beschuldigenden Vorwürfe des Herrn von Elm erweisen sich also nach jeder Richtung als unwahr und unbegründet.

Herr von Elm war sich der Unwahrhaftigkeit seiner Angaben aber auch bewußt, dafür spricht, außer dem Umstande, daß er als erregter Gewerkschaftsmann alle Vorgänge auf diesem Gebiete verfolgte, die Wahl des Zeitpunktes, in dem er seine Behauptung in die Versammlung warf, nämlich kurz vor Debattebeginn, wodurch eine eventuelle sofortige Richtigstellung ausgeschlossen war.

Herr von Elm hat also in bezug auf mich bewußt die Unwahrheit gesagt, d. h. er hat gelogen und mich verleumdet zu dem Zweck, um die versammelten Genossen, unter Ausnützung ihrer Unkenntnis über die Vorgänge im Reichstage, zur Annahme eines Tadelvotums gegen die Parteilung im Allgemeinen und gegen mich insbesondere zu bestimmen.

Daß das unter so bewandten Umständen und mit solchen Mitteln erzielte Votum nicht den vielleicht erwarteten Eindruck auf mich gemacht hat, werden die Genossen begreifen.

Ich anerkenne das Recht der Genossen auf rüchhaltige, offene und scharfe Kritik ebenso, wie ich meinerseits auch ge- wohnt bin, sie gelegentlich zu üben. Für Lug, Trug und Verleumdung habe ich aber nur ein Gefühl und das ist das der — Verachtung.

Berlin, 17. November 1893. J. Auer.

Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands.

Berlin, den 19. November.

Vorversammlung.

Im oberen Saale der „Konfordia-Häuser“ traten heut Abend zwischen 6 und 7 Uhr die Delegirten der deutschen Tabakarbeiter zu ihrem Kongress zusammen. Der Kongress, dessen Dauer auf sechs Tage veranschlagt ist, wird sich in erster Linie mit dem Projekt der Tabak-Fabriksteuer beschäftigen, das dem Reichstag von der Regierung vorgelegt werden wird. Es handelt sich für die deutschen Tabakarbeiter hier um eine Existenzfrage; sie wollen in würdiger Form Protest einlegen gegen die geplante Mehrbelastung des Tabaks, die viele Tausende von Arbeitern brotlos machen würde. Außerdem soll sich der Kongress aber auch mit dem notwendigen Ausbau der Organisation der Tabakarbeiter, mit der Zucht- und Hausarbeit, der Frauen- und Kinderarbeit, der Verlegung der Fabriken nach dem flachen Lande, mit den Schund- und Schlenderbajaren beschäftigen, ferner sollen die vom Bundesrath erlassenen Bestimmungen über die Arbeitsräume in der Zigarettenindustrie und das Fabrikinspektorat besprochen und schließlich zur Kontrollmarke Stellung genommen werden.

Zur Theilnahme am Kongress haben sich aus allen Theilen Deutschlands, wo es eine Zigarettenfabrikation giebt, etwa 200 Delegirte angemeldet; eingetroffen sind bis jetzt etwa 120; von Reichstags-Abgeordneten nimmt Rollensdrup-Hamburg und Weyer-Leipzig an den Verhandlungen theil.

Um 6 1/2 Uhr erklärt D. e. h. d. Berlin namens der Kongress-Kommission der Berliner Tabakarbeiter den zweiten Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands für eröffnet und heißt die Delegirten herzlich willkommen. Gleich einer gewitterschweren Wolke hänge das Gespenst der Tabak-Fabriksteuer über den Häuptern der deutschen Tabakarbeiter. Der Kongress ist einberufen, um die schwere Gefahr abzuwehren. Werden seine Arbeiten von Erfolg sein? Diese Frage schwebte auf dem Munde von Tausenden, denn es handelte sich für sie um Sein oder Nichtsein. Redner wünscht den Arbeiten des Kongresses den besten Erfolg.

Zum ersten Vorsitzenden des Kongresses wird Börner-Berlin, zum zweiten Vorsitzenden mit gleichen Rechten Deichmann-Bremen gewählt. Die Wahl soll, wie besonders hervorgehoben wurde, eine Ehrgang-Bremens sein, von wo der Gedanke, diesen Kongress zu veranstalten, ausgegangen sei, ein Gedanke, der überall begeisterte Zustimmung gefunden habe.

Zu Protokollführern werden gewählt Kerck-Bremen, Butry-Berlin, Karl Koch-Weißensee, Kallmer-Leipzig und Stromberg-Hamburg; zu Führern der Rednerliste Huth-Delitzsch, Heinrich-Verden, Senfer-Minden und Stüben-Neumünster.

Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt: 1. Die Tabak-Fabriksteuer, resp. die geplante Mehrbelastung des Tabaks. 2. Der notwendige Ausbau der Organisation, veranlaßt durch a) die Zucht- und Hausarbeit, b) die Frauen- und Kinderarbeit, c) die Verlegung der Fabriken nach dem flachen Lande, d) die Schund- und Schlenderbajare, e) die Kontroll- oder Schutzmarke. 3. Die bundesrätlichen Bestimmungen und das Fabrikinspektorat. — Bei der Debatte über die Reihenfolge dieser einzelnen Punkte wurde von Butry-Berlin mitgetheilt, daß die Kongresskommission Einladungen zur Theilnahme am Kongress an alle Mitglieder des Reichstages und des Bundesrathes gesandt, sowie den Reichskanzler ersucht habe, einen Beamten zum Kongress zu entsenden.

Der Kongress giebt sich hierauf eine Geschäftsordnung — die Sitzungen beginnen um 1/2 Uhr Morgens — und wählt eine Mandats-Prüfungs- und eine Redaktionskommission für die eingelaufenen Anträge. Schluß 8 1/2 Uhr.

Erste Sitzung vom 20. November 1893.

Der zweite Vorsitzende Deichmann-Bremen eröffnet die Sitzung gegen 9 Uhr.

Aus der gestrigen Sitzung ist der Beschluß nachzutragen, die Namen des Redner, um Maßregelungen zu vermeiden, im Protokoll nicht zu nennen.

Aus dem Reichskanzleramt ist folgendes Schreiben an den Kongress als Antwort auf das an den Reichskanzler gerichtete Gesuchen, einen Beamten zu den Verhandlungen zu entsenden, eingelaufen: „Ew. Wohlgeboren erwidere ich auf die gefällige Eingabe vom 12. d. M. ergebenst, daß die derzeitige Häufung der Dienstgeschäfte nicht gestattet, zur Theilnahme an den Verhandlungen des am 20. d. Mts. beginnenden Kongresses deutscher Tabakarbeiter hieselbst einen Regierungskommissar zu entsenden. Eine eventuelle Mittheilung des Ergebnisses der Verhandlungen würde mir indes von Interesse sein. Wie ich übrigens bemerke, entbehrt die in Ihrer Eingabe zum Ausdruck gebrachte Annahme, daß infolge des Tabaksteuer-Gesetzes vom 16. Juli 1879 der Tabakverbrauch in Deutschland um 25 pCt. zurückgegangen sei, der Begründung. Nach der Statistik des Deutschen Reiches hat der Konsum in den Jahren 1873—1877 durchschnittlich 790 870 Doppelzentner, in den Jahren 1886—1891 durchschnittlich 790 680 Doppelzentner betragen, ist mithin um 310 Doppelzentner gestiegen. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, stellt er sich für die ersten Perioden auf 1,6 kg, für die letztere auf 1,5 kg im Jahre, sodas sich von diesem Gesichtspunkte aus ein geringer Rückgang ergäbe, der aber nach übereinstimmendem Urtheil der Sachverständigen den Zigarettenverbrauch nicht betroffen hat. Der Reichskanzler. In Vertretung: Graf Posadowsky.“

Erster Punkt der Tagesordnung ist die Tabak-Fabriksteuer.

Referent v. Elm-Hamburg: Der Entwurf der Tabak-Fabriksteuer kam dem ganzen Tabakgewerbe überraschend. Vor der Auflösung des Reichstages war ausdrücklich versprochen worden, daß keine Steuererhöhung auf den Tabak zur Bedeckung der Kosten der Heeresvermehrung beabsichtigt sei. Dieses Versprechen berührte auch die Tabakfabrikanten. Wäre der Plan vor den Wahlen bekannt gewesen, so hätte die Agitation aus den Kreisen der Tabakfabrikanten manche Freunde der Militär-vorlage verhindert, in den Reichstag zu kommen. Vor den Wahlen war sogar die Rede von einer Reichs-Einkommensteuer. Jetzt wird sie von den früheren Anregern dieses Gedankens für un Durchführbar erklärt. Weshalb? Weil bei einer progressiven Einkommensteuer in der That die tragfähigen Schultern am meisten belastet würden. Sobald einmal zum System der indirekten Besteuerung gegriffen wird, wird die ärmere Klasse stets besonders hart getroffen. Theoretisch ist das System der indirekten Besteuerung von der Nationalökonomie längst verworfen worden seiner Ungerechtigkeit wegen. Der Reiche ist gar nicht im Stande, 300 mal mehr zu konsumieren, als der Arme, der von der indirekten Steuer also in erster Linie getroffen wird. Jede indirekte Steuer wirkt wie eine Kopfsteuer. Aber trotz aller theoretischer Verurtheilung wird an dem System festgehalten.

Auch bei der Tabak-Fabriksteuer haben wir es mit einer indirekten Steuer zu thun, die von der breiten Masse der Konsumenten getragen werden würde. Die Tabaksteuer ist auf der Finanzminister-Konferenz ausdrücklich als das Rückgrat der Finanzreform bezeichnet worden. Sie soll die Millionen für den Militarismus herbeischaffen; alle anderen Steuervorschläge sind nur Hiereath und Schnörkel. Mit ihnen meint man es nicht so ernst, wie mit dem Tabak. Wie soll nun der Tabak besteuert werden? Es soll eine Fabriksteuer erhoben werden, und zwar in Höhe von 30 1/2 pCt. des Werthes bei Zigaretten, von 60 1/2 pCt. beim Rauchtobak, von 50 pCt. beim Rau- und Schupftobak. Dagegen soll der Eingangszoll auf ausländischen Tabak auf 45 M. pro 100 Kilo herabgesetzt und die Inlandsteuer auf Tabak ganz aufgehoben werden. Eine Zuchtkontrolle soll eingeführt werden beim Pflanzler, Fabrikanten und Verkäufer, sowie beim Hochtabak-Händler; sie begleitet den Tabak also von der Wiege bis zum Grabe. Die Tabakindustrie ist eine der bedeutendsten deutschen Industrien. Es werden jährlich produziert an Rauchtobak 80 000 Ztr. im Werthe von 12 Mill. Mark

„ Schnupftobak 110 000 „ „ 8 „ „
„ Rauchtobak 600 000 „ „ 42 „ „
„ Zigaretten 600 000 Mill. „ „ 7 „ „
„ Zigaretten 5 500 000 „ „ 218 „ „

Der Gesamtwert der Tabakfabrikate beträgt also 287 Mill. Mark. Noch ist das Kleingewerbe schhaft in der Zigarettenindustrie. Unter den 5000 Betrieben der Branche giebt es nur 800 Großbetriebe. In den verschiedenen Zweigen der Fabrikation sind beschäftigt: 9000 Arbeiter in der Rauchtobak-Fabrikation, 2000 Arbeiter in der Zigaretten-Industrie und 150 000 Zigarettenarbeiter; zusammen also 161 000 Arbeiter. Hierzu kommen noch die Arbeiter in den Nebengewerben, in der Zigarettenstift-Fabrikation, in den Seidenhandwebereien, in der Etikettenbranche, bei der Aufzucht von Formen, die Speicherverarbeiter. Die Gesamtzahl läßt sich auf 180 000 Arbeiter schätzen. Nicht zum ersten Male hat die Tabakindustrie eine Erhöhung des Zolls zu verzeichnen. Seit jeder ist sie von der Regierung beunruhigt worden. Seit der Militarismus sich so furchtbar ausgebreitet hat, seit dieser Meloch Millionen verschlingt, denkt man bei jedem neuen Bedarf sofort zuerst an uns. Der Tabak kann noch mehr bluten“, heißt es seit langem. Die Erhöhung der Steuer im Jahre 1879 hat eine Verminderung des Konsums herbeigeführt, die nicht unbedeutend ist. Gerade ich, der ich aus Hamburg komme, kann am besten konstatieren, wie die damalige Erhöhung der Steuer auf die Arbeitsverhältnisse in den nördlichen Distrikten gewirkt hat. Große Schaaren unserer Kollegen waren damals gezwungen, über den Ocean zu wandern und sich

in Amerika die Existenz zu suchen, die sie hier nicht mehr finden konnten. Heute würde, wenn die Tabaksteuer eingeführt wird, dieser Ausweg nach Amerika nicht mehr vorhanden sein. In Amerika haben sich die Verhältnisse in der Tabak-Industrie so verschlechtert, ein so großes Ueberangebot von Händen ist auch dort vorhanden, daß für einen Abschub von tausenden deutscher Tabakarbeiter keine Unterkunft mehr zu finden ist. Die 1879 er Steuererhöhung hatte in den nördlichen Distrikten eine gewaltige Reduktion der Löhne im Gefolge. Die damalige Erhöhung haben nicht die Konsumenten, sondern die Tabakarbeiter tragen und bezahlen müssen. (Sehr richtig.) Noch eine andere Wirkung stellte sich seit 1879 heraus. Man begann, die Fabriken nach Gegenden zu verlegen, wo die verdaunte Bedürfnislosigkeit der Massen zu Hause war, um dort einen Arbeiterstamm anzulernen, der für Schundlöhne zu arbeiten gewöhnt war. Bekannt ist die Zigarrenindustrie in Baden, wo 1882 10 000 Tabakarbeiter, heute ca. 24 000 beschäftigt sind, darunter 16 000 weibliche — bezeichnend genug! Unter welcher elenden Verhältnissen diese Arbeiter leben, wie sie ohne das Stückchen Land, das die meisten noch besitzen, verhungern müssen, das hat der Fabrikinspektor Werrhöfer eingehend geschildert. So wie in Baden sieht es auch in anderen Gegenden aus. Sie alle hier werden uns ein Bild von den unendlich traurigen Verhältnissen geben können, wie sie schon jetzt beim Tabakarbeiter herrschen. Wie wird nun die neue Fabriksteuer wirken? Ein gewaltiger Rückgang des Konsums wird eintreten, bewirkt durch die Verteuerung der Fabrikate. 78 pSt. aller verbrauchten Zigarren kosten 5 Pf. und darunter; 12 pSt. sind Sechspennig-Zigarren. Die Arbeiterklasse ist also der Hauptkonsument. Nach meinen Berechnungen wird die jeilige 5 Pf.-Zigarre, wenn sie in derselben Qualität wie bisher hergestellt werden soll, nach Einführung der Fabriksteuer 1/3 Pf. Steuer, künftig muß er annähernd 2 Pf. zahlen. Der Arbeiter ist nicht im Stande, 50 bis 60 Pf. pro Woche mehr für Zigarren auszugeben. Er ist gar nicht gewohnt, in der Woche zu rauchen; nur am Lohnstage und am Sonntage gönnt er sich ein paar Zigarren. Wird die Zigarre theurer, so raucht er weniger, und der Konsum geht gewaltig zurück. Der Konsum an Tabakfabrikaten hängt auf das Engste mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse überhaupt zusammen. Und wir befinden uns gegenwärtig in der Zeit der Krise. Die Tabakfabrikanten selber berechnen den Rückgang des Konsums während der Uebergangszeit selber so, daß sie die Brotlosigkeit auf 75 000 Arbeitern als Folge annehmen. Diese Schätzung ist vollkommen richtig. Gerade während der Uebergangsperiode wird jeder Fabrikant die Produktion auf äußerste einschränken. Eine vollkommene Umwälzung in der Zigarrenindustrie ist nach Einführung der Fabriksteuer unvermeidlich; andere Zusammenstellungen, andere Façons müssen gefunden werden. Und bis stabilere Verhältnisse sich wieder herausgebildet haben, wird die Produktion wie gelähmt sein. Aber auch nach der Uebergangszeit werden dauernd 40—50 000 Arbeiter auf dem Pflaster liegen. Die Regierung selber nimmt bei der Berechnung des voraussichtlichen Ertrages der Steuer einen Rückgang des Konsums um 29 pSt. an. Und nun betrachte man einmal die Wirkung der Heeresvermehrung auf der anderen Seite: dort Mangelhöhungen, Beförderungen, Gehaltserhöhungen; hier bei uns zahllose Arbeiterentlassungen, die Vernichtung vieler Existenzen, Hunger, Noth und Verzweiflung. Und gerade trifft es uns Tabakarbeiter, die wir nie Freunde des brudermörderischen Militarismus waren, die wir unser rechtlich Teil dazu thaten, sein Anwascher zu verhalten. (Lebhafte Beifall.) Wir sind es, die bluten müssen. Ja, wenn es sich nur um die Fabrikanten handelte, würden wir keinen Finger rühren. Sie haben es verdient. Wie viele von ihnen haben nicht für einen Anhänger der Militärvorlage gestimmt, ja ihre Arbeiter sogar dazu zu zwingen versucht! Aber das Schicksal Tausender von Arbeitern steht auf dem Spiel. Wir müssen der ganzen Welt zeigen: das wird unser Loos sein, wenn die neue Tabaksteuer Gesetz wird. In der Fabriksteuer liegt geradezu die Versuchung für den Fabrikanten, unsere elenden Löhne noch weiter herabzudrücken. Noch bestehen in den verschiedenen Gegenden Deutschlands große Differenzen im Lohn der Tabakarbeiter. Man wird versuchen, alle Löhne auf das gleiche Hungerniveau zu setzen. Die Fabriksteuer wird nach dem Fakturawert erhoben. Der Preis der Zigarre setzt sich zusammen aus dem Preis des Tabaks, dem Zoll, der auf ihn lastet, und dem Arbeitslohn. Die Fabriksteuer erhebt 33 1/3 pSt. von jedem einzelnen der drei Objekte. Auch der Zoll muß nochmals versteuert werden. Eine Steuer auf die Steuer! Gewiß die genialste Erfindung eines Finanzministers. Aber auch für jede Mark Arbeitslohn, die der Fabrikant zahlt, muß er 33 1/3 Pf. Steuern zahlen. Liegt darin nicht ein großer Anreiz, die Löhne zu kürzen? Und das Drücken auf die Löhne wird dem Fabrikanten sehr leicht werden, der fürchterlichen Arbeitslosigkeit wegen, die dann herrscht. Ein graufiges Bild, das wir mit Entsetzen voraussehen, wenn der eine Kollege den anderen unterbleibt, nur um trockenes Brot für sich und die Seinen zu haben. (Lebhafte Beifall.) Und die Fabrikanten werden die Löhne drücken, nicht aus Grausamkeit, aber um auf dem Markte die Oberhand zu behalten. Wir sind ohnmächtig, unsere Organisationen sind machtlos dagegen, sobald die neue Steuer eingeführt wird. 1879 war es dasselbe Spiel. Nedner führt im weiteren den Nachweis, daß die neue Steuer eine Begünstigung der Großindustrie auf Kosten der Kleinindustrie darstellt. Die Hausindustrie werde nur noch, wie in Amerika, in Form der „Zement-Häuser“ möglich sein: Ein Großfabrikant baut ein gewaltiges Haus voll kleiner, erbärmlicher Wohnungen, in denen dann ganze Tabakarbeiter-Familien hausen und in diesen Hütten um einen Schundlohn arbeiten. Mit diesem System sind die schrecklichsten sanitären Mißstände verknüpft. In Amerika wurde bekannt, daß als in einem solchen Zement-Hause die Pocken wütheten, die Arbeiter mit ihren Fingern Zigarren einrollen mußten. Da aber bei dem jetzigen System der Hausarbeit jede Kontrolle für den Steuerbeamten unmöglich ist, bleibt das „Zement-Haus“ allein übrig. Auch die Kleinindustrie ist der Vernichtung geweiht. Schon die Bestimmung der Buchkontrolle genügt, ihr den Garaus zu machen. Wer von den Kleinindustriellen versteht denn etwas von kaufmännischer Buchführung? Er wird aus den Strafen gar nicht herauskommen. Steuerkredit kann nur dem Großfabrikanten von der Behörde eingeräumt werden, denn wollte sie ihn auch den Kleinindustriellen gewähren, dann würde sie die Hauptbeihilge bei allen Konkursen in der Tabakbranche sein. Der Kleinindustrielle vermag ferner nicht sein Betriebskapital entsprechend zu vergrößern. Wie bedenkend diese Vergrößerung sein muß, geht daraus hervor, daß die Hamburger Tabakarbeiter-Gesellschaft, die gegenwärtig 40 000 M. an Zoll für ausländischen Tabak zahlt, nach Einführung der Fabriksteuer an Zoll zwar nur noch 25 000 M., an Fakturawert aber 120 000 M. an den Staat zu entrichten hätte. Da ist es sehr erklärlich, wenn die Kleinindustriellen rufen: Lieber noch das Tabakmonopol, als die Fabriksteuer! Dem Monopol ist in der That der Weg gebahnt. 75 pSt. aller Betriebe werden durch die neue Steuer vernichtet, und mit den übrig bleibenden großen verständigt man sich leicht. Gegen das Monopol aber müssen wir uns mit Händen und Füßen wehren. (Lebhafte Beifall.) Nachdem Nedner noch den Verfall der Nebenindustrien als Folge der neuen Steuer geschildert, schließt er seine zweistündige Rede wie folgt: Wohin wir auch sehen, überall dasselbe trostlose Bild, das uns mit Grausen und Entsetzen erfüllt. Stimmt der Reichstag der Tabak-Fabriksteuer zu, dann begeht er sämmtlich ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wohin sollen unsere brodtlosen Kollegen? Gibt es ein Gewerbe, das ihnen Unterkunft gewähren kann? Ausgemergelt wie sie sind, vom Nitroin vergiftet, schwindelnd, Tabakstaub in der Lunge, mangelhaft ernährt, sind sie körperlich

gar nicht mehr im Stande, in einem anderen Gewerbe zu arbeiten. Was soll aus den Kerkern der Armen, aus den Krüppeln und Schwächlichen werden, deren es so viele unter unseren Kollegen gibt? Sie müssen verhungern. Aber der Staat hat die Pflicht, für diese Existenzen einzutreten, will er sie doch selber arbeitslos machen, richtet er doch selber eine blühende Industrie zu Grunde. Möge der Reichstag sich wohl überlegen, was er thut. Glaubt man denn, daß wir schweigen werden, wenn man uns die Kehle zuschnürt! (Stürmischer Beifall.) In der Debatte nimmt der Reichstags-Abgeordnete Geyer-Leipzig das Wort. Der Reichstag habe diesem Kongress ein merkwürdiges Schriftstück zugehen lassen. In demselben sei die Nichtentsendung eines Kommissars zum Kongress mit Arbeitsüberlastung begründet. Diese Begründung sei hinfällig. Durch die Vertagung des Reichstags seien die Kommissare doch entlastet. Sei dem Reichstags eine Mitteilung über die Kongressverhandlungen von Interesse, dann hätte er einen Kommissar entsenden müssen. Die Nichtentsendung sei eine Nichtachtung des Kongresses und damit zu beantworten, daß man sich mit dem Protest gegen die Tabak-Fabriksteuer nur an den Reichstag wenden und die Regierung ignorire. Unbewiesen sei der Satz im Schreiben des Reichstags, daß der Zigarrenverbrauch von dem Rückgang, der durch die frühere Zollerhöhung herbeigeführt worden ist, nicht betroffen worden sei. Miquel wandle nur auf den Bahnen Bismarck's, der das System indirekter Steuern ausgebaut habe. Dieses System erlaube einen Schluss auf das politische Verhältnis des Volkes. Ein politisch geschultes Volk würde ein solches System nicht. Die Tabak-Fabriksteuer vernehme nicht nur die Tabakindustrie, sie verschärfe die wirtschaftliche Depression. Dagegen müsse man in schärfer Weise protestiren und agitiren. Auch mittlere Kreise würden ruiniert. Warum keine Belastung der Reichen? Die Interessen der reicheren Klassen und der Regierung seien eben die gleichen. Ein Mißverständnis der Worte von Ein's, die Regierung sei verpflichtet, die durch die Tabak-Fabriksteuer geschädigten Arbeiter zu entschädigen, müsse verhärtet werden. Diese Worte seien nicht als ein indirektes Zugeständnis aufzufassen. Die Regierung werde niemals geschädigte Arbeiter entschädigen, sie habe nicht den Willen und auch nicht die Mittel. In Sachsen werde die sozialdemokratische Fraktion des Landtags die Regierung zur Rechenschaft ziehen, was sie gegen die für Sachsen schädliche Tabak-Fabriksteuer gethan habe. Der Kongress müsse scharf protestiren gegen die Steuer, im übrigen aber die Agitation gegen die Pläne der Regierung in Ruhe betreiben. Es sprechen noch Vertreter der Tabakarbeiter aus Breg, Kattow, Lippe-Deimold, Sachsen, die eine Schilderung des Glanzes ihrer örtlichen Berufsgelegenheiten und sich dem Protest anschließen. Keri-Bremen: Der außerordentlich starke Besuch des Kongresses ist ein Beweis der großen Mißstimmung gegen die Steuervorlage. Der Arbeitsverdienst reicht heute schon nicht mehr aus, nach Einführung der Tabaksteuer wird es noch schlimmer aussehen. Früher wurde Hamburg und Bremen als das Eldorado der Tabakarbeiter angesehen, durch die Verlegung der Fabriken auf das Land, besonders nach Westfalen, ist der Lohn jetzt dort um 30 pSt. geringer, als vor 50 Jahren. Ebenso ist die Lage in der Riffenfabrikation. In Bremen werden wöchentlich 400 000 Zigarrenlisten hergestellt und dazu sind 555 Riffenarbeiter erforderlich. Der Verdienst der Riffenarbeiter ist relativ noch günstiger als der der Tabakarbeiter, weil die Riffenfabrikanten ihre komplizierten Fabrikbetriebe nicht so leicht verlegen können. Die gewaltige Umwandlung, die durch Annahme der Tabaksteuer in der Tabakindustrie entstehen wird, wird auch das Eingehen der Bremer Riffenfabrikation zur Folge haben. Der arbeitslose Zigarrenarbeiter wird in Zukunft nichts mehr für sich arbeiten können. Die Steuer macht tausende Arbeiterfamilien unglücklich, verteidigen wir unser Eigentum und erklären dem politischen Regime den Krieg. (Beifall.) Dann tritt eine Pause ein. Schluß 12 1/2 Uhr. Nachmittags-Sitzung. Die Verhandlungen beginnen um 2 1/4 Uhr. Von dem Verein der Hamburger Tabakfabrikanten von 1892 ist eine Summe von 300 Mark als Beihilfe zur Bestreitung der Kongresskosten eingelaufen. Die Kongresskommission hat einstimmig beschlossen, diese Summe zurückzugeben. Dieser Beihilfepennig könne nicht vergessen werden, daß dieser Fabrikantenverein den letzten großen Hamburger Tabakarbeiter-Streit verhandelt habe, der der Arbeiterschaft eine halbe Million Mark gekostet hat. Der Kongress macht diesen Beschluß debattelos und einstimmig zu dem seinigen. Ein Delegirter aus Wieserach und ein Delegirter aus Delitzsch schließen sich dem Protest gegen die Fabriksteuer an. Der Delegirte aus Großsienheim schildert die Verhältnisse seines Bezirkes. Die Frauenarbeit dringe vor. Die Frau verdiene in der Fabrik mehr, als der Mann zu Hause. Der Delegirte aus Wände theilt mit, daß in diesem Bezirke drei Häufel Frauen und nur zwei Häufel Männer beschäftigt werden. Engelhart und Biermann aus Bremen haben die Frauenarbeit dort eingeführt. Das stilles Westfalen ist der Hauptsitz der Tabakindustrie. Als der Abg. v. Hammerstein wegen der Fabriksteuer vor seinen Wählern erdicht und sich gegen das Projekt erklärte, wurde den Tabakarbeitern die Hebelarbeit beschränkt, als sie über das System der indirekten Besteuerung sprechen wollten. In Ostwestfalen haben die Fabrikanten den Arbeitern das Fell nicht über die Ohren gezogen — weil kein mehr da war, nur noch die Knochen. (Beifall.) Die Mehrzahl der Zigarrenarbeiter in Westfalen sei zugleich Landarbeiter. Der neuen Fabriksteuer gegenüber müßte sich der westfälische Arbeiter fragen: ist das die christliche Liebe der Regierung zum Volke? Der Delegirte von Wände schließt mit dem Hinweis, daß man 100 000 Menschen brotlos machen wolle, um 70 000 Soldaten zu ernähren. Der Delegirte aus Lübbeke bespricht die Lohnverhältnisse der Arbeiter der Kautabakbranche. Der Delegirte aus Pungsdorf hebt hervor, daß seine armen Kollegen sich das Geld vom Munde abgespart haben, um ihn zum Kongress zu delegiren, der an das Ehrgefühl aller derjenigen Reichstags-Abgeordneten appelliren solle, die während des Kampfes um die Militärvorlage ihren Wählern versprochen haben, jede Mehrbelastung des arbeitenden Volkes abzuwehren. Nedner hat das Gespräch aller Zigarrenarbeiter in seiner Heimath beaufsichtigt, die sich berieten, wie sie sich am besten das Leben nehmen könnten, da ihnen ja doch das Brot genommen werden sollten. (Bewegung.) Der Delegirte aus Apolda hebt den Widerspruch hervor, der darin liege, daß man auf der einen Seite Gesundheits- und Seuchenkommissionen schaffe, andererseits die Arbeiter so verelenden lasse, daß sie sich Zigarrenstummel von der Straße auflesen, wie es in Apolda geschehe. Die Delegirten aus Berge und aus den Harzstädten nennen die Hungerlöhne, die in ihren Distrikten gezahlt werden. Der Delegirte aus Osterode und Umgegend theilt dabei mit, daß der national-liberale Reichstags-Abgeordnete des Kreises erklärt habe, er werde gegen jede neue Steuer stimmen, solange die Viebesgabe an die Brauntweinbrenner nicht aufgehoben sei. Freilich müsse man abwarten, ob der Herr auch sein Wort halten werde. (Ruf: Zustimmung.) Der Delegirte aus Achim bei Bremen weist auf die schreckliche Ausbeutung der Kinderarbeit in der Hausindustrie hin, die in diesem ehemaligen Eldorado der Tabakarbeiter gegenwärtig herrsche. Hunger und Kummer sei in allen Tabakarbeiterfamilien Achim's zu Hause. Wir wollen so laut schreiben, daß den Herren von der Regierung die Ohren gelien! (Beifall.) Der Delegirte aus Döbeln theilt mit, daß die Fabrikanten seines Ortes einen Wochen-Durchschnittslohn von 9 M. für jeden Arbeiter anrechnen. Diese Angabe sei noch zu hoch. Der Delegirte einer Anzahl westfälischer Dörfer und des Bades Dynhausen berichtet über die Löhne des Be-

zirks, die in keinem Verhältnis zu den durch das Bad verschuldeten hohen Lebensmittelpreisen stehen. Die Organisation sei schwach. Viele Arbeiter gehen Abends noch zum Herrn Pastor und blasen Posaune. Die meisten Zigarrenarbeiter seien erblos Banernsöhne. In der Gegend liege das Revier des Pfarrers Zieffraut, zu dessen Knüttelgarde auch Tabakarbeiter gehörten hätten. Stehe ein Gewitter am Himmel, dann gingen die Arbeiter zum Schulmeister und sängen mit ihm Gesangbuchverse. Da sei es schwer, für die Arbeiterfrage etwas zu thun. Jetzt aber seien alle Arbeiter ausnahmslos einig im Widerstand gegen die Fabriksteuer. Auf diesem gemeinsamen Boden werde sich weiter arbeiten lassen. — Die Delegirten der anderen „finsternen“ Gegenden Westfalens schließen sich dieser Schilderung an. Die Lage der Arbeiter sei elend. Das Kraut der Futterrüben für's Vieh werde eingemacht und im Winter als menschliche Nahrung von den Zigarrenarbeitern benutzt. Von den Wänden der Wohnungen triefe das Wasser; vielfach treffe man halt Fensterscheiben nur hölzerne Läden an. Der Lohn werde nur monatlich gezahlt. Ein Weidemacher verdiene monatlich fünfzehn bis achtzehn Mark. Pastor, Bauer, Werkmeister und Fabrikant machen fast jede Organisation unmöglich. So seien die Futterweiden der Zigarrenmacher in Westfalen beschaffen. Schmalfeld-Bremerhaven: Das Volk bezahlt immer die Jecher. Trotz aller feierlichen Erklärungen sollen wieder die breiten Massen belastet werden, nachdem mit Ach und Krach eine Majorität der Abgeordneten für die Militärvorlage zustande gekommen war. Der Appell an das Ehrgefühl der Abgeordneten sei völlig nutzlos. Nach den in jenen Kreisen herrschenden Ehrbegriffen dürfe man sein Wort nur dem Standesgenossen gegenüber nicht brechen, wohl aber dem „Nob“. — Nedner polemisiert im weiteren gegen die Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Fabriksteuer. In seiner prologischen Dummheit behaupte das Blatt, daß der Händler an der 5 Pf.-Zigarre 122 pSt. verdiene, während es höchstens 25 pSt. seien. Fort mit allen indirekten Steuern! Brauche man Geld, so werde man sich nicht an die Kerkern der Armen, sondern an diejenigen, die Hunderttausende auf eine Karte sehen, sie verspielen und eine Opernmelodie pfeifend ruhig nach Hause gehen können. (Lebhafte Beifall.) Nur vier Wochen sollten die Herrn Minister und ihre Goldschreiber als Zigarrenarbeiter leben, dann würden sie alle Sozialdemokraten werden. (Bravo!) Nachdem noch ein Delegirter aus Chemnitz die Lage der Zigarrenarbeiter im Erzgebirge geschildert, wird die Debatte auf morgen vertagt. Der Bericht der Mandatprüfungs-Kommission ergibt die Anwesenheit von 197 Delegirten. Schluß 4 1/2 Uhr. Am Abend findet ein Kommerz statt. In den heutigen Verhandlungen nahmen Theil die Abgeordneten Geier-Leipzig, Kees-Wagdeburg, Legien und Wollensdorf-Hamburg. Lokales. 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Trotz mehrfacher Aufforderung ist die Beteiligte an der letzten Flugblattverbreitung und am Wahltag im 2. Kommunal-Wahlbezirk recht schwach gewesen. Um nun am 1. Dezember bei der Stichwahl zum Siege zu gelangen, ist es unbedingt notwendig, daß sich bei der nächsten Flugblattverbreitung die Genossen etwas eifriger betätigen. Wir machen es daher einem jeden zur Pflicht, sich am Mittwoch (Wahltag) früh 8 Uhr in folgenden Lokalen einzufinden: 1. Restaurant Wos, Hornstr. 11; 2. Restaurant Kihing, Belle-Alliancestr. 74; 3. Restaurant Werner, Bülowstr. 59. Das Wahlkomitee. Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis hält am Dienstag, den 21. November, im Lokal des Herrn Haase, Große Frankfurterstr. 117, eine Versammlung ab, in welcher der Genosse Schmalfeld in Bremerhagen referiren wird. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand. Zum Charitee-Boyskott schreibt die „Staatsbürger Zeitung“: Mit einer ungewöhnlichen Bucht hat sich der sozialdemokratische „Vorwärts“ und die Arbeiter-Sanitätskommission ins Zeug gesetzt, um die schreienden Mißstände in der Charitee abzuschaffen, auf die wir schon zu wiederholten Malen mit den schärfsten Worten hingewiesen haben. — Die Folgen des Boyskotts machen sich schon bemerkbar. Einzelne Stationen sind bereits etwas von Kranken entlastet, die Polikliniken, namentlich die für Kinder, klagen über Mangel an Material, ja sogar der Leichenkeller im pathologischen Institut weist Leiden auf, wie man sie lange nicht gesehen hat. Kaum glaubliche Zustände in der geburts-hilflichen Station der Charitee schildert uns folgender Brief: Mit Bezug auf die Zustände, wie sie in der Charitee herrschen, theile ich Ihnen noch mit, daß 1. die Wöchnerinnen Mangel an reiner Wäsche leiden; f. a. B. erhielt meine Frau erst am 5. Tag nach der Geburt des Kindes ein Hemd nach vielem Betteln. 2. Die Neugeborenen erhalten des Tags 2, sage und schreibe zwei Bindeln resp. werden des Tags zweimal trocken gelegt. 3. Die Kinder werden mehrere in ein und demselben Wasser gebadet. Die Frauen werden vor der Entbindung zwangsweise rasirt. Letztere Unsitte wird außer in der Charitee nirgend wo anders geübt und dürfte meiner Meinung nach durch Reinlichkeit, Wasser und Seife, völlig ersetzt werden können. Achtungsvoll M. P. Mittwoch, den 22. November, Abends 8 Uhr, Sebastianstraße 39 bei Brodnow: Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: Der Charitee-Boyskott. Referenten: Dr. Kollrig, Adler, Stadthagen. Eine sanitäre wichtige Neuerung in bezug auf die Spaltung der öffentlichen Bedürfnisanstalten bedarfichtigt der Magistrat in Ausführung eines älteren Stadtverordneten-beschlusses einzuführen und hat dieserhalb mit einer hiesigen Firma Verhandlungen angeknüpft. Der betreffende Unternehmer verpflichtet sich, die Kassalet am Werderschen Markt nach seinem patentirten in Wien und Budapest eingeführten System ein Jahr lang, bis zum 1. Dezember 1894 zu unterhalten. Durch die Neuerung soll die „Wasserspaltung“ vermieden, der üble Geruch gänzlich beseitigt werden. Es werden nämlich die Wände und Rinnen mit einer öligen Masse überzogen und statt der Wasserspaltung eine Oelspaltung eingeführt; durch dieses Verfahren soll im Winter die Bildung von Eis, im Sommer die unvermeidliche schlechte Ausdünstung unmöglich gemacht werden. Arbeiterriß. Bedeutende Brandwunden erlitt Sonnabend Vormittag ein in der Hannoverstr. 4 in Kondition stehendes Dienstmädchen, Namens Ida Müller. Dieselbe wollte in der Waschküche des genannten Hauses einen großen Kessel mit kochendem Wasser von der Maschine heben, strauchelte aber dabei und schüttete sich den ganzen siedenden Inhalt so unglücklich über den Körper, daß sie sich beide Füße total verbrühte. Die Verunglückte mußte sofort nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden. Auf dem an der Frankfurter Chaussee belegenen Grundstück des Handelsmanns Karow wird seit einigen Tagen der alte Durchfall ausgemauert und ein Abzugskanal ausgehakt. Durch irgend einen Umstand sei nun am Freitag Nachmittag, als sich die beiden Arbeiter Priglow und Hermes aus Berlin im Kanalgraben befanden, die Hintermauer des Stalles zusammen und begrub die Arbeiter unter sich. Mit Hilfe von Mannschaften

der herbeigeholten freiwilligen Feuerwehr gelang es zwar, den Arbeiter Hermes noch lebend aus den Trümmern hervorzuheben, derselbe hatte jedoch so schwere Verletzungen erlitten, daß er sofort nach dem Krankenhause geschafft werden mußte, in welchem er leider hoffnungslos darniederliegt. Der mitverunglückte Arbeiter Priglow war bereits todt.

Der Bußtag ist in diesem Jahre erstmalig kommenden Mittwoch (22. November) zu begehen. Die Polizeibehörden sind noch besonders darauf hingewiesen worden, daß alle polizeilichen Bestimmungen über die Feier der Bußtage auch auf den neuen Bußtag ohne Weiteres Anwendung zu finden haben. Danach ist die Abhaltung von Tanzbelustigungen aller Art an Bußtagen und deren Vorabenden verboten, desgleichen die Abhaltung von Konzerten und anderen, namentlich der mit Musikbegleitung verbundenen geräuschvollen Vergnügungen. Theatralische Vorstellungen dürfen am Bußtage gänzlich stattfinden. Öffentliche Versammlungen aller Art, sowie Versammlungen der Jungmänner und anderer Genossenschaften dürfen am Bußtage nicht abgehalten werden.

Gräßlich Reichsachts Brauerei. Die von uns einem hiesigen Blatt entnommene Notiz, daß der Betrieb der Brauerei eingestellt sei, wird von der Firma Albrecht, Wannau u. Co. dahin berichtigt, daß sie seit dem 1. d. Mts. die Brauerei gepachtet und gerichtlich übergeben bekommen habe, um dieselbe bis zum Subhastationstermin im Interesse der Gläubiger weiter zu betreiben. In der regelrechten Ausfuhr von Bier sei noch kein Tag ausgeführt worden; die Kunden der Brauerei würden prompt bedient.

Apothekerpreise. In dieser in Nr. 271 von uns gebrachten Mittheilung schreibt uns der Besitzer der Deutschen Apotheke, Wälschgr. 15, Herr G. Schneider: Niemals ist in meiner Apotheke dem laienhaften Publikum ein Pfropfen zum Verschließen einer mitgebrachten Flasche berechnet worden, und dürfte es allgemein bekannt sein, daß dies in keiner Berliner Apotheke der Fall ist. Obgleich das bei mir verkehrende Publikum sicher den Fall zu würdigen weiß, muß ich doch um Verichtigung Ihres Artikels bitten.

Auch „Mißrathen“? Ein bürgerliches Blatt erzählt unter dem harmlosen Titel „Nachforschungen“ von einem sechzehnjährigen Mädchen, das „auf dem Wege zum Konservatorium einen Mann kennen und lieben gelernt“ und, um diesem aus seinen häufigen Geldverlegenheiten zu helfen, das Sparfassenbuch der Mutter von 700 M. nach und nach bis auf einen Rest von 65 M. geplündert habe. Der Fall erinnert an die in unserer Sonnabend-Nummer besprochenen Schrippehändlerkinder, welche deshalb von mehreren bürgerlichen Blättern „Mißrathen-Kinder“ genannt wurden. Das junge Mädchen dürfte bei den meisten bürgerlichen Vätern mehr Gnade finden. Bei den Kindern der Verlorenen sind Unterschlagung und Diebstahl nämlich wirkliche Unterschlagung und wirklicher Diebstahl, bei den Kindern der Besessenen dagegen ist das (so meint die besessene Klasse) meist nur eine Verirrung, ein Nachforschungs- oder Dummjungenstreich, am Ende gar ein Geniesstreich. Bei dem jungen Mädchen wird man die Verlorenheit als Milderungsgrund anführen. Schwieriger liegt die Sache aber bei dem Nachforsch, der heimlich das Wirtschaftsgeld der Mutter fängt, um sich in Konditorien gütlich thun zu können, bei dem Sekundaner, der des Vaters Kasse plündert, um im verwichenen Winter einer Kellnerinnenkeipe seinen Bierdurst zu stillen. Hält man solche „Geniesstreiche“ etwa für selten? Wir sind zu wenig Moralist, um hier in ein Ach! und Weh! über die Verirrtheit der Bourgeois-Kinder auszubrechen. „Mißrathene Kinder“ bilden einen Vorwurf für die Eltern oder Erzieher und für die Lebensbedingungen, unter denen die Kinder aufgewachsen sind. Die „Mißrathenen“ Bourgeois-Kinder sind ebenso sehr die Opfer der Verhältnisse und in denselben Maße zu bedauern, wie die „Mißrathenen“ Proletarierkinder. Aber wir verlangen gleiche Behandlung für beide Theile. Ist der ordinäre Hunger vielleicht weniger ein Milderungsgrund, als die vornehme Nachhaftigkeit oder der schneidige Bierdurst? Der nachschafte Nachforsch belohnt im schlimmsten Falle von der Mutter eine strenge Verwarnung, der dürstige Sekundaner erntet im aller schlimmsten Falle vom Vater eine vorfichtig bemessene Tracht Priglow. Zeihen sie's zu arg, so entschließt man sich höchstens, sie in eine Pension zu bringen, damit sich begahlte Leute mit den „Mißrathenen“ Rängen herumärgern. Die Kinder der Armen, die ihren Hunger gestillt haben, kommen in die Besserungsanstalt. Da sie ihn nicht aus der Kasse des Vaters oder der Mutter stillen können, so müssen sie fremde bestehlen. Glücklichere Bourgeois-Kinder, die ihr nur kurze eigenen Eltern zu bestehlen braucht! Wer hätte den Muth, euch „Mißrathen“ zu nennen?

Aus übertriebenem Ehrgeiz ist ein junger Mann in den freiwilligen Tod gegangen. Gestern Vormittag wurde aus dem Humboldtthale die Leiche eines Mannes gelandet, in dem der Metalldecker Paul W., Minierstr. 98, erkannt wurde. Der junge Mann wurde seit einigen Tagen vermißt und muß gleich nach seinem Verschwinden seinem Leben durch einen Sprung in das Wasser ein Ende gemacht haben. Die Veranlassung dazu ist eine höchst eigenartige zu nennen. W. hatte von einem ihm bekannten Fräulein ein geringes Darlehen erbeten, war aber mit seinem Gesuche zurückgewiesen worden. Er fühlte dies auf ein Mißtrauen bezüglich seiner Ehrenhaftigkeit zurück und war so sehr gekränkt, daß er lediglich aus dem Grunde den Tod im Wasser suchte.

In einem Anfall von Irren aus dem Fenster gesprungen ist am Freitag früh um 6 1/4 Uhr die 40 Jahre alte Schneiderin Elise Köppler, die bei ihrer Mutter im dritten Stock des Seitenflügels in der Kurfürstend. 148 wohnte. Ohne irgend welche Veranlassung riß sie das Fenster der Wohnstube auf und stürzte sich auf den Hof hinab. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Kleider machen Leute. Ein Berichterstatter meldet: Ein neuer Mantel für den Rektor der Universität soll demnächst in Bestellung gegeben werden. Der bisherige Rektormantel, der seinerzeit 1600 M. gekostet hat, ist schon nahezu zwei Decennien alt und für die Hoffste nicht mehr recht geeignet. Die Kosten des neuen Mantels werden sich voraussichtlich noch höher stellen, als die des bisherigen, ein vorläufiger Anschlag ist auf 2400 M. erfolgt, man wünscht jedoch, diese Summe noch um 400 M. herabsetzen zu können. — Gewinnt die Wissenschaft durch Bemantelung in Hoffsteform?

Zur Verhaftung der Frau Sterneder erfahren wir noch: Die Verhaftung der Frau Sterneder erfolgte am Donnerstag Vormittag so geschloß, daß niemand, selbst das Personal im Schloß Weihensee etwas davon erfuhr und die Besucher des am Donnerstag Abend von Frau Sterneder veranstalteten Abendbessers sich über das Gebien der Wirthin an der Tafel vergeblich vermunterten. Eine am Donnerstag Nachmittag abgehaltene Hausbesuchung in der Wohnung der Frau blieb erfolglos, ebenso wie bei drei Personen, die in dem Stabstübchen seit längerem Jahren Vertrauensposten bekleiden. — Die Behörde nimmt an, daß Frau Sterneder die peluniären Verhältnisse ihres nächstigen Gatten genau kannte und denselben beeinträchtigt habe, den Bankrott nach Fortschaffung werthvoller Objekte zum Nachtheil seiner Gläubiger herbeigeführt zu haben. Nach ihrer Ueberführung nach Moabit wurde die Frau einem mehrstündigen Verhör unterworfen und nach Schluß derselben für verhaftet erklärt. — Uebrigens wird das Subhastationsverfahren über die Sterneder'schen Grundstücke am 8. Dezember eröffnet; dem Vernehmen nach beabsichtigt eine bekannte Weißbierbrauerei (Gabriel und Jäger) Schloß Weihensee nebst Park zu erwerben. — Das Verlastungsmaterial scheint über den Preis der Vermuthungen nicht hinauszugehen. Durch den Bankrott werden belänzlich einige Millionäre geschädigt.

Zu dem bekannten Schwindel mit Theaterbilletts weiß eine Lokalcorrespondenz folgendes zu berichten: Zu der Vertheuerung der Theaterbilletts liegt wenigstens bezüglich eines kleinen Theaters der Grund jetzt vor. Einem Verwandten des Direktors wurden täglich 200 Plätze eingeräumt, die er dann nach Belieben weiter abgab. Für jeden Sitz sind nun von den Händlern 50 Pf. mehr gezahlt worden, als der eigentliche Preis beträgt, was natürlich das Publikum zu tragen hat.

Polizeibericht. Am 18. d. Mts. wurde Vormittags ein Arbeiter in einer Bodenlampe des Hauses Straußbergerstr. 43 erhängt aufgehunden. — In der Friedrichstraße wurde gegen Mittag ein Straßeneiniger während der Arbeit durch eine Droschke überfahren und an den Beinen derartig verletzt, daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — Ferner wurde Nachmittags in der Marienstraße ein Kaufmann durch einen Geschäftswagen überfahren und an der Brust anscheinend nicht unerblich verletzt. — In der Alexanderstraße wurde eine Frau durch einen von einem Arbeiter gezogenen Handwagen umgestoßen. Sie erlitt beim Fall einen Bruch des rechten Unterarmes. — Mittags erschöpfte sich ein Bankbeamter in der Bogstraße. — Gegen Abend trank eine Verkäuferin in ihrer Wohnung am Zionskirchplatz Sulfidäure, um sich zu vergiften. Sie wurde nach Anwendung von Gegenmitteln in die Charitee gebracht. — Auf dem Schloßplatz wurde Abends ein Mann durch einen Handwagen überfahren und derartig verletzt, daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — Am 19. d. M. Abends wurde auf dem Felde zwischen der Prenzlauer und Pappel-Allee die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — In einer Schankwirtschaft in der Friedrichstraße tödtete sich ein etwa 30jähriger Mann durch einen Schuß in die Schläfe. — Am 18. und 19. d. M. fanden sieben unbedeutende Brände statt.

Theater.

Leistung-Theater. Der Andere Schauspiel in vier Aufzügen von Paul Ibsen. Der Hypnotismus auf der Bühne ist wohl das Wunderlicht, was die Literatur in de siècle ihrem unerfährlichen Publikum aufweisen konnte. Ein Staatsanwalt, der munter darauf los verlornte, in Hochliteratur machte, sich an den für die gute Sache des Konservatismus so unglücklich ausgefallenen letzten Stadtverordnetenwahlen betheiligte und außerdem noch an Pöbel dachte, ist ob all dieser vielseitigen Dinge nervös überreizt worden, und zwar so unglücklich, daß sein geistiges Sein sich in zwei Hälften spaltete, in das normal-sozialistische und in das eines — Gindbrecher. Als Gindbrecher verabredet er in nächstlicher Stunde einen Anschlag auf sein eigenes Haus und muß nun leben, wie er, der pflichtgemäß bisher die Suggestion für unsinnig — ja noch mehr, für staatsgefährlich hielt, jetzt selber dieses unheimlichen Zustandes überführt wird. Um nun aber den Zwiespältigen nicht in Wahnsinn verfallen zu lassen, zerrt Ibsen einen Psychiater, eine Dame von Stande und eine Proletarierin herbei und läßt die drei sich abtreiben, die Seele des Staatsanwalts wieder zusammen zu krömen.

Diese Krankheitsgeschichte, die an Unwahrscheinlichkeit ihres Gleichen sucht, wurde von dem zahlreich erschienenen Premierpublikum mit wahren Beifallgeklängen verschlungen. Zwar machte sich eine kleine Opposition mauch, doch war es ihr nicht möglich, auch nur annähernd die lauten Beifallsbezeugungen der Menge zu beeinträchtigen. Vielleicht erlebt „Der Andere“ noch eine Reihe Aufführungen. An dem Erfolg trug zwar wesentlich das virtuöse Spiel des Gastes Mittenwürger bei. Seiner Kunst gelang das Unglaubliche, die unwahrscheinliche Gestalt des Staatsanwalts lebendig zu gestalten und das Publikum damit in ein nicht gelindes Erstaunen zu versetzen. Aber auch alle anderen Mitwirkenden machten sich um das äußere Gelingen des eigenartigen Experiments hochverdient.

Gerichts-Beitung.

Einer der verhafteten Schaffner der Berlin-Stettiner Bahn stand Sonnabend wiederum vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Es war der Eisenbahn-Schaffner Joh. Haase, welcher der Bestechung und Amtsunterschlagung beschuldigt war. Die Verhältnisse lagen genau so, wie in den Tagen vorher verhandelt worden waren. Der Angeklagte hatte wiederholt dem Kriminal-Schumann Winter, der sich in Passwall unter der Maste eines Heubändlers mit ihm bekannt gemacht, von einem Vorrath noch nicht abgelaufener Nischfabrikanten, die er nicht abgeliefert hatte, sondern in der Tasche bei sich trug, gegen einen billigen Preis und ein Glas Bier abgelassen. Der Angeklagte verschleierte sich seine Lage vor Gericht durch Ablenken des gesammten Thatbestandes. Er behauptete, von den Vorgängen, die der Kriminal-Beamte bekundete, absolut nichts zu wissen. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 1 Jahr 6 Monate Gefängniß und der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr Gefängniß.

Soziale Ueberlicht.

Aufzug an die polnischen Arbeiter in Rixdorf und Umgegend! Da auf dem Parteitag der polnischen Genossen die Gründung einer selbständigen sozialdemokratischen Partei erfolgte, erachten wir es als eine Pflicht der polnischen Arbeiter, sich dieser Organisation anzuschließen. Auch wir Polen müssen erwachen und Aufklärung in unsere Reihen schaffen und gleich den deutschen Arbeitern Hand in Hand solidarisches bei einander stehen; denn nirgends herrscht solche Verdrängung wie in unseren Provinzen. Das Verhalten des Adels und der Arbeiter gegenüber spottet jeder Beschreibung und die Arbeitslöhne verdammten die Arbeiter zu den unmenslichsten Entbehrungen. Unsere Aufgabe muß es deshalb sein, die Proletarier polnischer Zunge zu organisiren. Zu dem Zweck findet am Mittwoch Nachmittags um 4 Uhr eine öffentliche Volksversammlung in Rixdorf im Lokale des Herrn Wurbs, Steinmeßstr. 45, statt. Sorge jeder für die Bekanntgabe und Verbreitung dieses Aufrufs.

Der Zentralverein deutscher Formner, sowie aller in Eisen- und Metallgewerken beschäftigten Arbeiter hält seine erste ordentliche Generalversammlung am 26. Dezember 1893 in Augsburg im Lokale „Blauer Bod“, Stefansplatz E 147, ab. — Anfragen sind zu richten an Th. Schwarz, Säbeld, Alshalde 16.

Die Weißgerber der Glace-Leder-Fabrik des Herrn Saueracker in Magdeburg sind wegen Lohnreduktion in den Anstand eingetreten. Es sind 25 Verheirathete mit zusammen 52 Kindern und 10 Ledige zu unterstützen. Die Streikenden gehören sämmtlich ihrer Gewerkschaft an. Anfragen und Sendungen sind zu richten an Reinhold Bunert, Alte Neustadt, Ottenbergerstr. 13, Restaurant Franke.

In Neustadt a. O. haben die organisierten Tischler die Sperre über die Wälder'sche Möbelfabrik verhängt. Zugung von Tischlern, Drechslern und Bildhauern ist ferngehalten.

Veranstaltungen.

In einer öffentlichen Versammlung der Maurer und Pauer, die in den Sälen der Brauerei „Königsblau“ stattgefunden, hatte der Arbeiter Sch. eine Bekanntmachung ohne Entgelt vertheilt. Die Behörde hielt hierzu eine polizeiliche Erlaubniß für

erforderlich, und erließ gegen Sch., der eine solche nicht nachgesucht hatte, eine Strafbefehlung. Auf seinen Einspruch verurtheilte ihn der zweite Richter, der Straffamt des Kammergerichts hob aber auf die Revision des Angeklagten das Urtheil auf und erkannte auf Freisprechung. Nach § 43 Absatz 5 der Reichs-Gewerbe-Ordnung ist zur nicht gewerbmäßigen Vertheilung von Druckschriften oder anderen Schriftstücken oder Bildwerken in geschlossenen Räumen eine Erlaubniß nicht erforderlich. Der Senat folgerte aus der Entstehungsgeschichte dieser Bestimmung, daß Wirthschaftsräume, wie die fraglichen Säle, zu jenen Räumen gehören. — Endlich!

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Berg, Kamenstr. 19, Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten. 3. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten.

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Berg, Kamenstr. 19, Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten. 3. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten.

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Berg, Kamenstr. 19, Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten. 3. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten.

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Berg, Kamenstr. 19, Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten. 3. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten.

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Berg, Kamenstr. 19, Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten. 3. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten.

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Berg, Kamenstr. 19, Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten. 3. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten.

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Berg, Kamenstr. 19, Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten. 3. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten.

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Berg, Kamenstr. 19, Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten. 3. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten.

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 21. November, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Berg, Kamenstr. 19, Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten. 3. Vortrag über die Vereinsangelegenheiten.

Literarisches.

Rathschläge zur Leitung von Versammlungen. Anleitung zur Lenkung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Berlin 1893. Verlag des „Vorwärts“. 48 S. 8°. Preis 20 Pfennig.

In kurzer und gedrängter Katesismenform, in Fragen und Antworten, werden in diesem Heftchen die wichtigsten Punkte betreffend das Vereinigungsrecht der Arbeiter zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Sammlung von Geldern zu politischen und gewerkschaftlichen Zwecken, die Veranstaltung von Vergnügungen, die Einberufung und Leitung von Versammlungen, die Gründung und Weiterführung von politischen und gewerkschaftlichen Vereinen, von Fachvereinen und Zentralverbänden, die Verbreitung von Flugchriften und sonstigen Druckschriften so besprochen, daß die Arbeiter zur vollen Ausnutzung ihrer Rechte angeleitet und vor Gesetzesübertretungen geschützt werden.

Die Sprache ist eine durchaus allgemein verständliche. Der Inhalt ist kurz und bestimmt zusammengefaßt. Er enthält nur das Wesentliche und vermeidet jede störende Ueberladung mit zu vielem Beiwerk, das mehr verwirrt, als aufklärt.

Mit diesem Heftchen in der Hand wird es auch dem im Vereinswesen unerfahrenen Arbeiter an keinen Orten oder auf dem Lande möglich sein, eine Versammlung einzuberufen und zu leiten, sowie als Vorsitzender, Vereinsvorstand, Vertrauensmann sich zurecht zu finden. Auch erfahrener Arbeiter finden hier ein kleines Nachschlagewerk, das ihnen in zweifelhaften Fragen bestimmte und sichere Auskunft giebt. So kann die kleine Broschüre all den Arbeitern empfohlen werden, die etwas darauf geben, ihre bürgerlichen Rechte gegen jeden Uebergriff von Beamten und Behörden aufrecht zu erhalten, ohne sich dabei Unannehmlichkeiten oder gar Verhaftungen aussetzen. Redner und Besucher von Versammlungen erhalten viele nützliche Winke und Vorschriften, nach welchen sie sich in Debatten und bei Aufstellung von Versammlungen vortheilhaft richten können. Das Heftchen wird sicher den Organisationen der Arbeiter wesentliche Dienste leisten. Es erspart jedem den Besitz einer theureren Ausgabe des Vereinsheftchen.

Das Heftchen nimmt auch Rücksicht auf die speziellen Bedürfnisse der politischen sowie der gewerkschaftlichen Organisationen und wird beiden von gleichem Vorthell sein. Wir können das überaus nützliche Heft allen Genossen aus wärmster Empfehlung empfehlen.

Depeschen.

Privat-Telegramm des „Vorwärts“. Charlottenburg, 20. November. Bei der heute stattgehabten Stadtverordnetenwahl wurden die Genossen Wernicke und Weyer gewählt. Genosse Siegerist steht zur Stichwahl.

Reichenberg, 11. November. Die dreitägige Verhandlung vom hiesigen Schwurgericht gegen den Genossen Dr. Adler endete mit dessen Freisprechung.

(Telegraphen des Bureau Herold.) Wien, 20. November. Die „Pol. Corr.“ meldet aus Petersburg, daß der Antrag Spaniens bezüglich gemeinsamer Maßregeln gegen die Anarchisten von der russischen Regierung mit Beifall aufgenommen worden ist.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.) New-York, 19. November. Bei der Lehigh-Valley-Eisenbahn ist ein allgemeiner Streik ausgebrochen, weil die Gesellschaft kein die Angestellten der Eisenbahn vertretendes Komitee anerkennt will.

Briefkasten der Redaktion.

D. C., Bankstr. Nein, nur in Schwarzdruck. Einer für Viele. Anonyme Meldungen werden von uns auf keinen Fall berücksichtigt. Nennen Sie Namen und Adresse und bringen Sie möglichst viele Zeugen herbei.

Zliffstr. 83. Schadenersatzklage erscheint nicht ausführlich.

E. W. 105. Es war Unrecht von Ihnen, den Termin nicht wahrzunehmen. Infolge dessen ist Verjährungsurtheil gegen Sie ergangen und die Pfändung gerechtfertigt. Derartige Schwindelgeschäfte, dahingehend, der bestellte Käufer brauche nicht zum Termin zu gehen und dergl., kommen leider häufig vor. Es ist Abzahlungsgeheimnisse jeder Art gegenüber gut, nur in schriftlichen Versicherungen zu trauen.

D. S. 100. Der Erfolg der Klage hängt lediglich davon ab, ob Sie den Beweis führen können, daß die betreffenden Gegenstände am Todestage vorhanden waren. Als Beweismittel ist Gideschuldigung an den Ehemann zulässig. Glauben Sie nicht bestimmt, den schwierigen Beweis führen zu können, — so scheint es zu liegen — so ist von Anstrengung einer Klage mit Rücksicht auf die Kostenhöhe abzurathen. Geklagt werden könnte am Wohnsitz des Mannes.

M. S. 3a 1 und 2: Nein. Röhrling. Es bleibt Ihnen nichts übrig als einen dortigen Anwalt mit der Erhebung der Klage auf Aufhebung der Entmündigung zu betrauen.

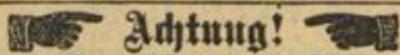
Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes
Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 22. November 1893, Abends 8 Uhr,
im Viktoria-Garten, Badstraße 12: 412/16

Versammlung der Filiale Gesundbrunnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Fel. Wabnitz über: "Andere Länder, andere Sitten". 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes. Frauen und Männer, als Gäste, willkommen. **Der Vorstand.**



Achtung!

Böttcher Berlins u. Umgegend.

Große öffentl. Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Pina. 2. Bericht des Vertrauensmanns W. Müller und Abrechnung der öffentlichen Gelder. 3. Bericht des Delegierten der Gewerkekommission und Bericht zum Gewerbegericht Karl Meyner und Wahl desselben. — Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Böttchers zu erscheinen. **Der Vertrauensmann.**

Große öffentl. Versammlung mit Frauen der Steinsetzer und Berufsgenossen

Berlins und Umgegend

am Mittwoch, 22. November (Festtag), Abends 6 1/2 Uhr, bei Hensel, Invaliden-Straße Nr. 1.

Tagesordnung: 1. Vortrag: „Der chernie Schritt der Zeit“. Referent: Genosse Adler. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. 4. Verschiedenes. 291b
Wegen der Wichtigkeit (speziell des dritten Punktes) der Tagesordnung erucht um reges und pünktliches Erscheinen **Der Vertrauensmann.**

Köpenick.

Große öffentliche

Versammlung für Männer und Frauen

am Freitag, den 21. November, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Klein (Stadt-Theater).

Tages-Ordnung:

1. Berichtserstattung vom Köpener Parteitag. 2. Diskussion. 3. Bericht und Abrechnung der Vertrauensleute von Köpenick und Adlershof. 4. Neuwahl der Vertrauensleute und der Lokalkommissionen. 5. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree.
NB. Die zum Mittwoch (Festtag) geplante Versammlung ist polizeilich nicht genehmigt. 423/4

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
2. Benth-Strasse, Berlin SW. Benth-Strasse 2.

Soeben ist erschienen und zur Ausgabe gelangt:

Rathschläge

zur

Leitung von Versammlungen.

48 Seiten mit Anschlag.

Preis 20 Pfennig.

Färberei und chemische Waschanstalt

R. Knapp, Moritzstraße 10,

färbt zu den billigsten Preisen in allen Farben Damenkleider, Mäntel, Herren-Überzieher, Röcke, ganz od. getrennt, Bettdecken & Stück 1,25 M. Sämtl. Herren- und Damengarderobe, sowie Möbelstoffe jeder Art werden chemisch gereinigt. Herren-Anzüge reinigen und bügeln 2,50 M. 4974*

Musik-

Instrumente wie Zithern, Geigen, Guitarren, Mandolinen u. s. w. Größtes Lager Harmonikas jeder Grösse. Spieldosen zum Drehen und selbstspielend (alle mit Arbeiter-Liedern), Schweizer Werke, Herophons, Aristons u. s. w. 5165L

Lausitzerstr. 51, Aug. Kessler, Lausitzerstr. 51.

Jamaica-Rum,

echt u. saq. Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger. 4419H
Eugen Neumann & Co.,
6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,

Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahlte ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Roh-Tabak

aller in- u. ausländischer Sorten in guter Auswahl zu billigsten Preisen.

Berlin N., Brunnenstraße 188.
H. Herholz

Kurstr. 38, II.

werden jetzt nach beendeter Engros-Saison ca. 1000 Radmäntel, einfache und hochfeine Centes, zu den billigsten Fabrikpreisen im Einzelnen verkauft.

Schneidermeister Labenz, Marktstraße 27c, I, fertigt mit und ohne Stofflieferung gut sitzende Herrenkleider.

Orts-Krankenkasse Zigarrenmacher, Zigarrensortierer und deren gewerblichen Hilfsarbeiter. 299b

Die Herren Vertreter werden zu der am Donnerstag, den 30. November, Abends 8 Uhr, im Restaurant Gollmann, Gipsstraße 11, stattfindenden Generalversammlung eingeladen.

Tagesordnung: Bericht des Rentanten. Neuwahl für 6 ausscheidende Vorstandsmitglieder. Wahl der Kommission zur Vorprüfung der Jahresrechnung. Gehalt des Rentanten. Aufnahme der Zigarrenmacher. Berichte. Anträge. **Der Vorstand.**

Für Kassenkranke

bin ich in meiner Privat-Frauenklinik, Louise-Ufer 17, statt frühmorgens, jetzt:

Mittags 12 bis 2 Uhr, Sonntags 11 bis 12 Uhr, zu sprechen. Freie Arztwahl. Poliklinik Wochentags 12-1 Uhr. Privatwohnung bleibt Neue Köstr. 6, Sprechst. 8-9, Nachm. 3-5 Uhr. 544M* **Dr. Bunge.**

Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle) Grösse 150 x 200, Stück 7,50 M. circa 1000 Stück schwere buntfarbige Normal-Schlafdecken mit kleinen Maschinenflecken, in reizenden Jacquard-Rustern, Grösse 150 x 200 cm. je Stück 4,50 M. Preis 9 M. Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franco. 8783L* Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstraße 158.

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an **Winter-Paletots,**

sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen, Westen u. s. w., ferner Stiefeln, Hüte, Wäsche, Betten, gold- und silberne Herren- u. Damen-Uhren, Waschkessel, Reise- und Holzstöcke u. s. w. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes reichhaltiges Lager in Alt und Neu, auch werden verfallene Pfänder verkauft.

A. Wergien, Schneidermstr. und Partiewaarenhändler, 127 Skalitzer-Straße 127
Bestellungen nach Maß werden billig und gut ausgeführt.
Bitte recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 5055L*

Sophast off-Reste.

Teppiche m. Farbenresten. Gardinen von 30 Pf. per Meter an.

Läuferstoffe, Tischdecken, Pferdedecken von 2.- M. an offeriert **G. Littmann,** 5096L
Landsbergerstr. 97, part. rechts.

Vollständiger Ausverkauf!
Leipzigerstr. 91, 1 Treppe, nur bis 15. Dezember. Jaquets reich garnirt 7,00 M., Jaquets in großartigster Ausführung 12,50 M., Seidenplüsch-Jaquets bisher 60,00 M., jetzt 28,00 M., lange Winterpaletots sonst 80,00 M., jetzt 10,00 M., Capes in herrlicher Ausführung früher 80,00 M., jetzt 12,50 M., Winteroisites mit Pelz und Federbesatz sonst 25,00 M., jetzt 7,00 M., Hunderte Strohhüte und Abendränder in allen Farben bisheriger Preis 80 M., jetzt 20.-36 M., 200 Regenmäntel 4,50 nur Leipzigerstr. 91, 1 Treppe. 5090E*



Diebe-ste und billigste Damenmätel-Fabrik Berlinstr. 78, 1 Treppe, in Charlottenburg, verkauft Göttinge-Jaquets 5-7 1/2 M., Plüsch-Jaquets 13 M., Regenmäntel 8 1/2 bis 7 1/2 M., Capes 7 1/2 M., Plüsch-Jaquets und Damast-Capes von 80 M. an. 5044L*

5 1/2 Pfund Albrecht's Bäckerei, liefert Wrangel-Strasse 8 Langestr. 26, Falkensteinstr. 28

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 3528 L

Robert Meyer,

Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2. NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Blumenhandlung

P. Abromeit, Glückerstraße 69, Berlin SW. 1878b
Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w.
Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.



Reell! Pelzwaaren Billig!
Einzel-Verkauf zu 5145E*
Engros-Preisen direkt in der Fabrik von **Goebel & Reinecke,** Stallschreiber-Strasse 50/51, 1 Treppe, Ecke Alexandriner-Straße.
Bestellungen und Reparaturen billig

Als anerkannt reelle und hauptsächlich billigste Einkaufsquelle des Süd-Ostens für **Gold-, Silber-, Alfenidewaaren** (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, 37 Admiral-Straße 37

Aug. Krause, Wienerstr. 13. 5108E*
Blumengeschäft und Kranzbinderei, Vereinstränke mit Widmung billigst.

Endesunterzeichneter empfiehlt sich zur Lieferung aller vorkommender Darmfäden und zwar für Violinen, Violin-Cello, Contrebass, Zithern, Sarsen u. s. w. und sichert unter Garantie gute reelle Waare zu. Mit Musterfäden sehe gern zu Diensten. Achtungsvoll **Oscar Schuster** (Schönbeck), Saitenmacher. 5107E*

Affordzither, 6 Fed., 13 M., größtes Lager in Zieh- und Mundharmonikas, Trompeten, Trommeln. Alle Reparaturen, 287b
Russewki, Andreasstr. 78a, part.

Neu! Patent-Zithern (neu verbessert). Zitherspiel von jed. in 1 Stunde nach der vorz. Schule, ohne Lehrer und ohne Notenkenntnis, erlernb. Grösse 56x36 cm, 22 Saiten, hochfein und haltbar gearb., Ton wunderbar (Pracht-Instrument). Preis nur 6 M. mit Schule u. all. Zubehör. Preisl. grat. u. franco. 557M
O. C. F. Mielher, Instrumenten-Fabrik, Hannover.

G. Brochnow's Festsäle

39. Sebastianstraße 39.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Sonnabend großer Saal. Empfehle meine Säle zu allen Festlichkeiten u. Versammlungen. 4675E

Tempel's Bierhaus

Langestraße 65. 5147L*
Gr. Vereinszimmer mehrere Tage frei.
Presskohlen.
Anerkannt beste **Stenstemberger Marie**, 16 cm lg. 5,50 M., 18 cm lang 7,00 M. frei Keller mit Fuhrlohn und Boden. Holz, Steinkohle, Coaks billigst. **Musterkohlen gratis frei Haus.** 548b
Frischeisen & Co., Comptoir: 80. Wienerstrasse 18, am Bröttler Bahnhof.
Kohlenplatz: Kottbuser Ufer 30.

!! Roh-Tabak !!

Sämtl. in- u. ausländischer Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck, Roh-Tabak-Handlung, Brunnenstr. 185.**

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4495L*
am biesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!**
Garantie für sicheres Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Ich erlaube Denjenigen, der einen Beutel mit Geld und Ring in meinem Lokal verloren hat, denselben abzuholen. **F. Giesel, Destillateur, Wienerstr. 23.**

Sangesfreunde

und Genossen, welche gewillt sind, einem durch Ausschneiden indifferenten Mitglieder geschwächten Gesangverein beizutreten, sind herzlich willkommen **Dienstag Abends Köpenickerstr. 191, Restaurant.**

Ein flottgehendes Mehl- u. Vorkaff-Geschäft nebst Bräukram, Kasse und Kofen-Handel ist Krankheit wegen Cubistr. 4 zu verkaufen. 3086

Sonnabend, den 25. November, Sonntag, den 26. November, noch **Säle**

zu vergeben. **Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.**

Freunden und Genossen empfehle meinen Kalb- und Hammelfleischverkauf zu den billigsten Preisen. **Frau J. Schulze, [5178E*] Markthallenstand 16, Eisenbahnstraße.**

Glogauerstr. 28.
Eine Bäckerei, so auch ein Schlächterladen, noch nach Wunsch einzurichten. Näheres daselbst beim Polier. 295b

Knabenhojen, Einzelverkauf, billigst, **Grenadierstr. 34.**

Bekanntmachung.

Verein d. Vogelzüchter Südens. **Treffpunkt** am Mittwoch, den 22. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, im Restaurant F. Pöfrow, Gräfstr. 76.

Rechts-Bureau.

Moabit, Paulstr. 31, von 9-2.
Mendelssohnstr. 14 von 3-9.
Rath und zuverlässige Ausführung in allen Rechtsangelegenheiten. [5163L*]
Topolinski, fr. Bureauvorsteher.

Schriftsätze und Gesuche werden angefertigt, sowie Rath in Rechts-Angelegenheiten. 298b
Pfehner, Prenglauer Allee 219, S. 1 r.

Med. Strumpf-Strickerei. Strümpfe werden neu- und angestrickt bei Fr. J. **Böttcher, Brunnenstr. 6, Querg. 1V.**

Homöopath. Arzt Dr. Hösch, Einienstraße 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntags 8-10 Uhr.

1 Buch mit buntem Deckel, in welchem Arbeiten eingetragen, welche im Agl. Schloß geleistet sind, gegen Belohnung abzugeben bei **Klinke, Skalitzerstr. 1.**

2 Vereinszimmer mit Pianino, 20 u. 50 Pers. fassend, 3. verg. Friedenstr. 74.
* Vereinszimmer 3. verg. Louisestr. 60

Schlafst. m. Mittagstisch u. Hagelsbergerstraße gef. Off. Wohnung Ka-Exp. Smeisenaufstr. 115. 289b

Arbeitsmarkt.

Tüchtiger Dirigent für Freitags sofort gesucht. **Freie Liedertafel.**
J. H. v. Paasch, 297b
Mittenwalderstraße 47.

Gummiwerkführer.

Ein tüchtiger Arbeiter der technischen Gummiwaarenbranche, welcher in der Fabrikation von Bierflaschenschneidern, Glaschläuchen, Luftkissen u. dergl. aus erfahren, namentlich aber mit den Mischungen und der Vulkanisation dieser Artikel genau vertraut ist, findet dauernde und gut bezahlte Stellung. 62/7
Offerten mit Gehaltsansprüchen und Angabe der bisherigen Thätigkeit an **Haasenstein & Vogler H.-G., Leipzig** unter Nr. 279.

Etuiarb. verl. Gehrmann, Ritterstr. 85.

Einige Hundert Militärlieferungsschneider finden noch immer dauernde u. lohnende Beschäftigung bei **G. Wollner u. Co., Taubenstr. 10.**

Goldleisten.
Tüchtige Vergolderinnen finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung. 292b
Röpnickerstr. 109a.

Goldleisten.
Tüchtige Verfüllberer finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung. 293b
Röpnickerstr. 109a.

Ein tüchtiger Einstärker
resp. Stärkemeister, der diese Manipulation gründlich versteht und sie in einer Herrenwäsche-Fabrik bereits ausgeübt hat, wird für ein auswärtiges Etablissement zu engagiren gesucht. Offerten erbeten an Herrn **Mag Richter, Alte Jakobstr. 48** von 11 bis 1 Uhr. 301b

Aus Sizilien

wird und geschrieben:

Garibaldi Bosco hat eine Zusammenstellung aller sizilianischen „Fasci dei lavoratori“ (Arbeitervereine) veranstaltet, die wir in folgendem, geordnet nach den sieben Provinzen von Sizilien, wiedergeben:

1. Provinz Palermo 46 Fasci (außerdem 18 in Vorbereitung).
2. Sirgenti . . . 24 „ (8 in Bildung begriffen).
3. Catania . . . 24 „ (8 in Bildung).
4. Galtaniffetta . . . 20 „ (2 „ „).
5. Messina . . . 15 „
6. Siracusa . . . 13 „
7. Trapani . . . 13 „ (5 „ „).

In ganz Sizilien 160 Fasci (33 in Bildung).

Die Mitgliederzahl der einzelnen Fasci konnte bisher noch nicht sicher mitgeteilt werden. Sie steigt in den Hauptstädten und größeren Orten, zumal der Bergwerksregion, bis zu mehreren Tausenden, in den kleineren Orten und Landbezirken auf einige Hunderte. Bemerkenswert ist, daß in Palermo und in Catania die dort bestehenden sozialistischen Arbeitervereine, zu denen Studenten und Dozenten gehören, sich in die Liste der Fasci unter Ausnahme ihrer Statuten haben einschreiben lassen. Zwei neue Fasci haben sich erst letzte Woche zu Trizzi und Francofonte in der Provinz Catania gebildet, ein dritter, bestehend aus 1050 Mitgliedern, in Parco, Provinz Palermo. — Vier Vorsitzende von Arbeiterbänden in den Provinzen Palermo und Catania sind vom Staatsanwalt angeklagt wegen „Verbindung zu einem Verbrechen“ („associazione a delinquere“). Es ist dies die berühmte Formel des neuen Strafgesetzbuches, die die Grundlage des unerhörten Prozeßes und der Verurteilung wegen des Mailtravails in Rom bildet. Die Angeklagten, darunter der hochverdiente Doktor Barbato, Präsident des Fascio von Piana, haben sich in diesen Tagen vor dem Tribunal in Palermo zu verantworten.

Wie sehr diese Arbeiterbände den Geist der Solidarität unter den Landarbeitern gestärkt und befestigt haben, zeigt ein Vorfall in einem reinen Landbezirk, Salefrate, Provinz Palermo. Dort hatte ein Landbaron einen Bauern, Mitglied des Fascio gepöbeln und sonst arg mißhandelt. Die Kommunalbehörde weigerte sich, den Täter vorzuladen. Da zogen letzten Sonntag den 12. November sämtliche Mitglieder des Fascio, etwa 2000 an Zahl, in geordnetem Aufmarsch vor das Haus des Eindringlings und sandten eine Deputation, die denn auch sofort das Versprechen erhielt, daß dem Mißhandelten sein Recht werde.

Sensales ist nach Rom zurückgereist, um über seine Eindrücke dem Ministerium Bericht zu erstatten. Dieses in Angst vor der in wenigen Tagen zusammenzutretenden Kammer, in der diesmal auch die Stimmen der Sozialisten sich sehr deutlich und laut hörbar machen werden, scheut sich noch, das Lösungswort zu der vorbereiteten Unterdrückung sämtlicher Fasci zu geben. — Die Militärbehörde hat einstweilen Befehl gegeben, daß die Offiziere — es ist ungewiß, ob nur in Sizilien oder auch auf dem Festlande — in den Instruktionsstunden die gemeinen Soldaten über die Verwerflichkeit des Sozialismus belehren sollen (!). Das kann gut werden. Die italienischen Offiziere verstehen, wie das Arbeiterblatt, die trefflich redigirte „Giustizia“ von Reggio bemerkt, vom Sozialismus etwa so viel, wie ein Schüler von der Astronomie. Wenn nun die Herren Offiziere, um die Soldaten belehren zu können, sich notgedrungen sozialistische Schriften anschaffen müssen, so kann es leicht geschehen, daß, bevor die gemeinen Soldaten die Verwerflichkeit des Sozialismus begreifen, die gescheiterten unter den Offizieren selber Sozialisten werden, und das Resultat wird sein, daß, wie schon in Deutschland bemerkbar, die Zahl der „Hoffmeister“ im Heere sich rapid vermehren wird.

Soziale Ueberblick.

Den Genossinnen und Genossen zur Beachtung.

Die Besprechung der Beauftragten von Organisationen proletarischer Frauen, welche im Anschluß an den Kölner Parteitag geplant war und die Agitation unter dem weiblichen Proletariat einheitlich regeln sollte, konnte leider nicht stattfinden. Den zur Berathung zusammengetretenen Frauen und Männern ward von dem Polizeikommissar bedeutet, daß ihre Besprechung als „Versammlung“ aufzufassen sei, welche sich mit „öffentlichen Angelegenheiten“ beschäftige, und die deshalb erst polizeilich angemeldet und genehmigt werden müsse. So mußte die Besprechung unterbleiben. Es ist dies um so bedauerlicher, als die Zahl der Delegirten, welche sich an der Berathung beteiligen sollten, eine große war. Frauenorganisationen aus allen Theilen Deutschlands hatten Genossinnen oder Genossen Auftrag gegeben, an der Besprechung theilzunehmen. Ober wollten feiner viele Delegirte beiwohnen, welche von der Nothwendigkeit überzeugt sind, aller Orten eine kräftige sozialistische Agitation unter den proletarischen Frauen zu entfalten und sie als zielbewusste Kräfte in den Klassenkampf einzubringen. So wäre eine gründliche Erörterung der zu verhandelnden Frage sicher von großem Interesse gewesen und hätte manch dankenswerthe Anregung gegeben.

Angeichts der Unmöglichkeit einer solchen Erörterung mußten die Genossinnen und Genossen sich damit begnügen, sich untereinander privatim auszusprechen und zu verständigen.

Es stellte sich dabei heraus, daß aller Orten die Proletarierinnen das Bedürfnis empfanden, über die sozialen Verhältnisse aufgeklärt zu werden und durch zielbewusste Theilnehmung an den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen unserer Zeit ihre Interessen zu vertheidigen. Die Genossen erkennen mehr und mehr, wie nothwendig es ist, daß Frauen und Töchter des Proletariats zu überzeugten Sozialistinnen erzogen werden, damit sie, statt ihre männlichen Angehörigen im Klassenkampfe zu hindern, diesen als energische, opferstrenge Mitstreiterinnen zur Seite stehen. So macht die zielbewusste proletarische Frauenbewegung täglich neue Fortschritte, trotz der Schwierigkeiten, die sie zu überwinden hat, und unter denen die bestehende Vereinsgesetzgebung, ihre Auslegung und Handhabung den politisch rechtlosen Frauen gegenüber besondere Erwähnung verdient.

Allerseits ward betont, daß eine planmäßig geregelte Agitation unter den Frauen dringend nötig sei und angekreht werden müsse. Zu diesem Zwecke seien auf Grund des stattgehabten privaten Meinungsanschlusses Genossinnen und Genossen folgende Gesichtspunkte zur Beachtung empfehlend:

1. Die Form der Organisation der proletarischen Frauen ist wie jede Organisationsform eine Zweckmäßigkeits- und keine Prinzipienfrage. Ob sich die Frauen in eigenen Vereinen oder zusammen mit den Männern gruppiren, hängt von den lokalen Verhältnissen ab, ganz besonders von der an einem Ort geltenden Vereinsgesetzgebung.
2. Wo die Vereinsgesetzgebung es gestattet, und wo nicht besonders schickliche Erwägungen vorliegen, ist vorzuziehen, daß die Frauen in die bestehenden politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Männer eintreten, statt daß sie sich in besonderen Vereinen zusammenschließen.

3. Bei Gründung von Arbeiterinnen- und Frauen-Bildungsvereinen ist sorgfältig zu prüfen, ob am Orte die erforderlichen leitenden Persönlichkeiten vorhanden sind, sowie die geistigen Kräfte, welche eine gedeihliche Entwicklung der Organisation verbürgen.

4. Die Frauenorganisationen haben in ganz anderem Umfange als bisher sich praktischen Arbeiten zu widmen. Sie sollen Erhebungen anstellen über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der als Berufsarbeiterinnen thätigen Proletarierinnen ihres Orts; sie sollen Material sammeln über deren Löhne, Arbeitszeit, Arbeitsordnung, Behandlung, Lebensweise etc. Hierbei sind nicht nur die Verhältnisse zu berücksichtigen, die in Fabrik und Werkstatt thätigen Frauen und Mädchen, sondern auch diejenigen der Verkäuferinnen, Komtoristinnen, Hausarbeiterinnen, Dienstmädchen etc. Das gesammelte Material ist agitatorisch in öffentlichen Versammlungen auszunutzen. Es ist außerdem an die Redaktion der „Gleichheit“ einzufenden, welche es zu Agitationsartikeln verarbeitet. Von den betreffenden Nummern des Blattes sehen Genossinnen und Genossen eine gewünschte Anzahl von Exemplaren behufs Verteilung unter die Arbeiterinnen zur Verfügung, wenn rechtzeitig, bei Einendung des Materials, darum ersucht wird.

5) Ueberall, wo die sozialistische Agitation unter die proletarische Frauenwelt getragen werden soll, empfiehlt sich die Gründung von Frauen-Agitations-Kommissionen. Diese bilden das Vermittlungsglied zwischen der Masse der in den Klassenkampf einzureichenden Proletarierinnen und den bereits im Kampfe stehenden Männern. Sie sorgen dafür, daß die Genossen bei ihrer Aktion die Frauen des Proletariats berücksichtigen, und daß diese letzteren durch mündliche und schriftliche Agitation, durch Versammlungen Flugblätter, Broschüren etc. über die brennenden Zeit- und Streitfragen aufgeklärt, zum Verständnis des Klassenkampfes geschult werden, daß sie sich an der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung energisch beteiligen. Frauen-Agitations-Kommissionen, welche aus nicht mehr als drei Personen bestehen, können ungeachtet der reaktionären Vereinsgesetzgebung eine politische Thätigkeit entfalten. Nicht einmal den sächsischen Behörden, deren Hinderniß im Auslegen der Vereinsgesetzgebung be-räumt ist, gelang es, eine dreigliedrige Kommission zu einem Verein zu stampeln.

6. Es würde sich empfehlen, die Berliner Frauen-Agitations-Kommission als Zentralkommission zu betrachten, durch deren Vermittlung die Agitation unter den Frauen Deutschlands betrieben und geregelt wird. Genossinnen und Genossen, welche eine Agitation unter der Frauenwelt bestimmter Orte und Gegenden für nothwendig erachten, sollten sich an die Berliner Frauen-Agitations-Kommission (per Adresse Frau Wengels, Berlin O, Fruchtstraße 30, Quergeb. II) wenden. Diese sendet Referentinnen und ordnet die Agitationstouren mit Rücksicht auf eine Ersparnis an Zeit, Kräften und Mitteln. Mathsam wäre ferner, daß die von der Kommission gesendeten Referentinnen ausnahmslos die gleiche Entschädigung erhalten.

7. Damit der sozialistische Gedanke unter die Proletarierinnen von Gegenden getragen werden kann, wo die Genossinnen und Genossen nicht aus eigener Kraft für die Kosten der Agitation aufkommen können, müßte für das Vorhandensein eines Agitationsfonds gesorgt werden. Behufs Schaffung eines solchen wäre es zu empfehlen, daß Organisationen, Kommissionen, Genossinnen und Genossen der Berliner Frauen-Agitations-Kommission ab und zu — je öfter je besser — Mittel zukommen lassen, welche diese in dem obigen Sinne verwenden, und über deren Gebrauch sie öffentlich, in der „Gleichheit“ und anderwärts Rechnung legt.

8. Die „Gleichheit“ ist das Organ der Klassenbewußten deutschen Proletarierinnen. Die Redaktion der „Gleichheit“ ist durch kurze Berichte auf dem Laufenden zu halten über Arbeiten und Entwicklung der Frauenorganisationen, über die entfaltete Agitation und deren Erfolge, kurz über alle Bestrebungen und Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung. Die Genossinnen und Genossen haben für die weiteste Verbreitung der „Gleichheit“ in den Kreisen der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen zu sorgen, besonders ist in den Versammlungen auf das Blatt hinzuweisen.

Die Berliner Frauen-Agitations-Kommission und die Redaktion der „Gleichheit“ sind jederzeit bereit, so weit es möglich ist, Genossinnen und Genossen bei der Agitation unter der proletarischen Frauenwelt mit Rath und That zu unterstützen. Genossinnen und Genossen! Die obigen Punkte stellen nicht formell bindende Beschlüsse einer Konferenz dar, vielmehr nur die Rathschläge von Leuten, welche seit Jahren dafür wirken, das weibliche Proletariat aufzuklären und zum zielbewußten Klassenkampf zu rufen.

Nichtsdessenweniger ist dringend wünschenswert, daß diese Vorschläge beachtet werden, und daß damit der erste Versuch gemacht wird zu einer einheitlichen, geregelten Agitation unter der Masse der Proletarierinnen allerwärts. Gelingt dieser erste Versuch, so ist ein weiterer, vollkommenerer Ausbau des begonnenen Werks nur eine Frage der nächsten Zeit. Genossinnen und Genossen, konzentriren wir unsere Kräfte, um durch planmäßige Arbeit die Frauen und Töchter des werththätigen Volks in Masse dem Heere der für seine Befreiung kämpfenden Proletariats zuzuführen, um sie zum Kampfe gegen die widerständig gewordene kapitalistische Gesellschaft zu rufen.

Die Berliner Frauen-Agitations-Kommission:
Frau Wengels, Fruchtstr. 30, Quergeb. 2 Tr., Berlin O.
Die Redaktion der „Gleichheit“:
Frau C. Zetkin, Rothebühlstraße 147, Stuttgart.
Die Arbeiterpresse wird um Abdruck obiger Mittheilungen ersucht.

An die Bildhauer! Laut Beschluß unterzeichneter Kommission soll am Freitag, den 24. d. M., bei Ehrenberg, Annenstraße 16, eine Zusammenkunft der Vertreter sämtlicher Werkstätten behufs Besprechung einer einheitlichen Regelung der Delegirtenorganisation stattfinden. Bei der Wichtigkeit, welche die Sache erfordert und bei der leider bis jetzt schwachen Theilnehmung ist es Pflicht der Kollegen jeder Werkstatt, einen Vertreter zu entsenden. Kollegen! bedenkt die traurige Lage, in der sich unsere Branche befindet, und Ihr werdet zu der Einsicht kommen, daß vorläufig etwas zur Befestigung derselben geschieht.

Die Werkstattdelegirten-Kommission.
J. A.: P. Brachwitz.

Achtung! Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Dienstag, den 21. November, im Gambirius zu Steglitz, Ahornstraße 18a, die regelmäßigen Les- und Diskussionsabende vom Arbeiter-Bildungsverein beginnen. Wir ersuchen die Genossen, im Interesse der Sache recht zahlreich zu erscheinen, auch Nichtmitglieder haben Zutritt. Auch sind noch Formulare zum Austritt aus der Landesliste bei dem Vorsitzenden, Genossen Ernst Sudrows, in jeder Versammlung, sowie in der Wohnung: Steglitz, Schildhornstr. 74, I, zu haben.

Der Vorstand.

An alle in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin und Umgegend. Am Montag, den 27. November, Abends 8 Uhr, findet bei Volk, früher Feuerstein, Alte Jakobstraße 78, eine öffentliche Schuh-

macherversammlung statt. Die Kollegen werden ersucht, nach besten Kräften für diese Versammlung zu agitieren. Gleichzeitig richten wir an diejenigen, die einer Organisation bisher fernstanden, die Mahnung, sich uns anzuschließen. Kollegen! Die ihr in den Fabriken oder in dumpfen Kellerwerkstätten bei 12 bis 15stündiger Arbeitszeit und largem Lohn Euer Leben fristet, wacht auf aus Eurem Schlaf! rafft Euch auf! tretet ein in die Reihen der Kämpfer! holt die Indifferenten heran, damit Jhnen in den Versammlungen die Augen geöffnet werden und sie zu Mittkämpfern der gerechten Sache zur Befreiung des Proletariats herangezogen werden können! Darum erscheint zahlreich und pünktlich in dieser Versammlung.

Die Agitationskommission der Schuhmacher
Berlins und Umgegend.
J. A.: P. Strud, Feldstraße 18.

An die Mitglieder der Orts-Krankenkasse des Töpfer-gewerbes zu Berlin. Laut Bekanntmachung des Vorstandes unserer Orts-Krankenkasse findet am Donnerstag, den 23. d. M., Abends 6 Uhr, eine Generalversammlung, Bergstr. 68, statt. Die Tagesordnung ist wichtig genug, um es jedem Mitgliede zur Pflicht zu machen, in dieser Versammlung zu erscheinen, und nur solche Delegirte der Arbeiternehmer zu wählen, welche im stande und willens sind, die Rechte und Pflichten der Mitglieder sowohl, wie auch die Interessen und das Ansehen der Kasse nach jeder Seite hin zu wahren. Um die Wahl der Delegirten aber nun in diesem Sinne vornehmen zu können, ist es Pflicht jedes wahlberechtigten Kassenmitgliedes, in dieser Generalversammlung zu erscheinen, um so durch seine Stimmabgabe auch seine Interessen zu wahren.

E. Thiem.

Zur Liquidation des „Rechtsschutz-Vereins“ der Bergleute im Saarevier geht uns ein ausführlicher Bericht zu über eine zu diesem Zweck in Wildslock stattgehabte Versammlung. Wir lassen den Bericht in fast ungeläuterter Form folgen, da er ein recht großes Schlaglicht wirft auf die Verhältnisse in den staatlichen „Musterbetrieben“ des Saareviere. Er zeigt uns, wie die Organisation der Bergleute, verfolgt, gehetzt von den Behörden, mißleitet aber auch von den „Führern“, zu Grunde gehen mußte. Unser Berichterstatter schreibt uns über den Verlauf der Versammlung:

In Wildslock fand am Mittwoch Nachmittag die bereits seit einem Monate angekündigte „große Bergarbeiter-Versammlung“ statt, einberufen durch das Komitee des Rechtsschutz-Vereins. Auf der Tagesordnung stand die Liquidation des Rechtsschutz-Vereins. Die Versammlung war so schwach besetzt, daß sie nicht im Saalbau des Rechtsschutz-Vereins tagte, sondern vollständig Platz fand in dem Gastzimmer eines benachbarten Wirthshauses.

Abgesehen von der trostlosen Apathie, mit welcher die Bergarbeiter-Bevölkerung des hiesigen Reviers seit dem Scheitern des letzten Streiks ihrem eigenen Schicksal gegenübersteht, hatten die Grubenbehörden noch besondere Maßregeln getroffen, daß die Versammlung nicht zu Stande käme, oder daß doch wenigstens kein Bergmann an ihr unkontrollirt Theil nehmen könnte. Auf den einzelnen Inspektionen waren, wie ein Redner mittheilte, die Leute am Morgen desselben Tages beim Verlassen vor dem Besuch der Versammlung gewarnt worden, und diese Warnung fand ihren genügenden Nachdruck in der Anwesenheit einer Reihe von Bergunterbeamten in der Versammlung. Außerdem seien, behauptete ein Redner, ohne Widerspruch zu finden, von den wenigen aktiven Bergleuten (nicht 40 im Ganzen), die anwesend waren, ein Drittel mindestens Spitzel. Unter den abgelegten Bergleuten der Versammlung befanden sich die bekannten Führer der Bergarbeiterbewegung, Barken, Bachmann, Schillo, Berwanger und Andere, die sich zum Theil in der letzten Zeit, als die Organisation zusammenbrach, vollständig aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hatten. Aus Saarbrücken waren einige Sozialdemokraten erschienen, auch Herr Rechtsanwält Heyder aus Metz, der noch Forderungen an den Verein hat, war anwesend.

Die Versammlung selbst nahm einen wahrhaft kläglichen Verlauf. Die Situation des Rechtsschutz-Vereins, dieser einst so glänzenden Organisation, ist, daß von ihm eigentlich bloß mehr das Eingangs erwähnte Komitee, bestehend aus fünf Mann, existirt, der „Riesensaal“ in Wildslock, eine Druckerpresse und eine Menge Schulden, die sich, wie mitgeteilt wurde, auf ca. 18 000 M. belaufen.

Der Bau des Saales soll mehr als 100 000 M. gekostet haben; was bei einem eventuellen Verkauf gelöst werden könnte, wenn sich überhaupt ein Abnehmer des Riesensalles fände. Jedenfalls aber fordern die Schulden des Vereins, welche, da derselbe nicht die Rechte einer juristischen Person besitzt, von den einzelnen Leuten, wie sie gerade an der Spitze standen, kontrahirt worden sind und zum Theil jetzt eingeklagt werden, dringend eine wenigstens finanzielle Regelung der Angelegenheit. Seit Januar sind, wie in der Versammlung konstatiert wurde, keine Mitgliederbeiträge mehr eingelaufen, im Dezember ist leider eine größere Summe zu bezahlen, findet sich keine andere Deckung, so muß der Saal etc. verkauft werden.

Wie unklar und verworren die ganze Situation sogar für die Leiter der Bewegung ist, zeigt sich daraus, daß heftige Meinungsdivergenzen zwischen den gegenwärtigen und früheren „Führern“ darüber bestehen, wem ein bei der Liquidation des Vereins sich eventuell herausstellender Ueberschuss angehören soll. Das ursprüngliche Statut hatte bestimmt, daß bei der Auflösung des Vereins dessen Vermögen zehn Jahre lang zur Verfügung eines event. neu zu gründenden Vereins mit ähnlichen Tendenzen deponirt werden, und, falls ein solcher Verein nicht gegründet würde, zu wohltätigen Zwecken verwendet werden solle. Die jetzigen Mitglieder des Vereins hatten aber diesen Paragraphen ungestoßen und bestimmt, daß das Vermögen den vorhandenen Mitgliedern zufalle. Diese sehr wichtige Frage wurde merkwürdiger Weise zwar von einzelnen Rednern berührt, aber nicht klargestellt. Ueberhaupt vergaßen die meisten Redner, statt ruhig und besonnen zur Tagesordnung zu sprechen, Zeit und Worte auf die unwürdige Weise mit persönlichen Inzereien und Stänkereien und großen gegenseitigen Beleidigungen und Anschuldigungen. Aber ein Gutes haben diese „Ausinandersehen“ der „Führer“ wenigstens gehabt: wer es nicht mußte, weiß es jetzt wenigstens, was neben dem Vorgehen der Behörde den Untergang des Rechtsschutz-Vereins verurteilt hat. Mögen auch die Beschuldigungen der Unterthatsache etc. bloß der rothe Ausdruck einer unter den „Führern“ bestehenden tiefgehenden Eifersucht sein, soviel steht fest, daß die meisten derselben in kleinlichem Ehrgeiz ihre Person über die Sache gestellt haben.

In der Versammlung machte sich übrigens endlich Widerspruch gegen diese Art der Verhandlungen geltend. „Mit einem Fuß stehen wir im Grabe und drehen uns noch selber die Hälse um“, rief ein Redner aus. Aber so sei es stets gewesen, alle Vertrauensmänner-Versammlungen hätten dasselbe traurige Bild geboten. Darum fort mit diesem Komitee, wir brauchen eine neue Kommission mit einem neuen Statut!

Darüber herrschte übrigens bei allen Rednern Einigkeit, daß, wenn es irgend möglich sei, der Saal nicht veräußert

werden solle. Aber ebenso einig waren die meisten auch in der Ansicht, daß, wie die Verhältnisse heute liegen, die Möglichkeit, den Saal zu behalten, das heißt, den Rechtschutzverein wieder in die Höhe zu bringen, eben nicht existiert. Dazu sei der Verein in den Augen der Bergleute zu sehr diskreditiert, und das Vorgehen der Behörden mache ihn auch unmöglich. Einen Ausweg aus diesem Widerspruch zwischen seinen Wünschen, den Saal zu behalten, und der rücksichtslosen Notwendigkeit, ihn loszuschlagen zu müssen, fand niemand, und so wurde die Frage einfach vertagt und ein Antrag Schillo angenommen, demgemäß die Bergleute durch einen Aufruf zur Stellungnahme in der Rechtschutzvereins-Frage aufgefordert werden sollen und eine neue „definitive“ Versammlung zum 15. Dezember einberufen werden soll. Diese Versammlung solle auch über die Gründung einer neuen Organisation beraten, die den Rechtschutzverein ablöse und seine Erbschaft antreten solle.

Die Debatte über diesen Antrag war übrigens stellenweise recht interessant. Als Worten darauf hinwies, daß damit die Angelegenheit bloß in die Länge gezogen würde und daß eine neue Versammlung infolge der Chancen der Behörden nicht zahlreicher besetzt werden würde als die gegenwärtige, schlägt Rechtsanwalt Heyder vor, für das Zustandekommen der projektirten Versammlung das Wohlwollen der Grubenbehörden anzurufen. Mit dem Auftreten dieses Herrn kam auch der Humor, allerdings der unfreiwillige, in dieser trostlosen Sitzung zu seinem Rechte. Herr Heyder wußte nämlich nicht nur von dem Wohlwollen der Bergbehörden zu erzählen — eine starke Leistung angesichts dieser armen Teufel, die durch dieses „Wohlwollen“ wie Hunde gehet und materiell ruiniert worden waren —, Herr Heyder pachtete auch noch anderes Wohlwollen aus, einen ganzen Keiselfloßer voll Wohlwollen. Der Bund für Bodenbesitzreform in Leipzig, vor dem er einen Vortrag über den letzten Streik gehalten, habe ihm sein Wohlwollen für die Bestrebungen der Bergleute des Saarreviers ausgedrückt, in Berlin „hege man überall“ Wohlwollen für sie, die Regierung, Se. Majestät, alles sei voller Wohlwollen für die Bergarbeiter. Die Bergarbeiter sollten nur kommen, dieses Wohlwollen gefälligst in Empfang zu nehmen, aber freilich zuerst kommen müßten sie. Die Illusionen, die dieser 50jährige Schwärmer vor den erstaunten Bergleuten auspackte — aufzupacken wagte würden wir sagen, wenn wir ihm das Bewußtsein seiner ganzen grotesken Persönlichkeit zutrauen dürften — hätten hingereicht, die arme hoffnungslose Bevölkerung dieses ganzen Saarreviers mit Lebensfreudigkeit betrunken zu machen. Wie es in Wahrheit diesen armen Gesellen zu Muth war, zeigte in greller Beleuchtung der Vorklage des Vorlesenden zum Antrag Schillo, es möge in dem Aufruf an die Bergleute darauf hingewiesen werden, daß die abgelegten Führer ein G n a d e n g e s u c h um Wiederanlegung an die Bergbehörde richten wollten, sie seien in den Streik gerathen, sie wählten selber nicht wie. Kein Wort der Empörung weckte diese Bankrotterklärung in der ganzen Versammlung, in dumpfer Resignation wurde sie angehört.

Was half es, daß diese Leute unser Genosse Duandt sorhielt, ihr Kampf sei ein Klassenkampf und dieses Gnaden-gesuch sei nutzlos, wie jenes Wohlwollen illusionär, die Bewegung sei gescheitert an der Prinzipienlosigkeit ihrer Führer, und die Bergarbeiter-Bewegung werde Erfolg haben nur als Glied des allgemeinen Befreiungskampfes des Proletariats, der seinen Ausdruck finde allein in der Sozialdemokratie...

Nicht einmal lachen konnten wir über die „Entgegnung“ des Herrn Heyder, der Kapitalismus herrsche zwar, aber nicht überall, z. B. nicht hier im Saarthal u. c. Aber als wir nach Hause marschirten über diesen unterminirten und ausgehöhlten Boden, da wollte uns nicht in dem Sinn die Zukunftsfreudigkeit des jungen Stephan im „Germinal“, der in diesem Graben und Pochen unter seinen Füßen einen neuen Reichthumsfrühtling leimen hört —, da sprach der und jener unter uns davon, wie hier „tief unten in der Nacht und in der Arbeit dunklem Schooß“ durch die langsam absterbende Generation um Generation aufreibenden Wirkungen der allerhöchsten Arbeit und der allerelendsten Existenzbedingungen ein neuer Typus Mensch herangeführt werde, eine Art Unter-mensch, mit lischigen Maulwurfsaugen, rachitischen Knochen, blödem Gehirn, ohne soziale Instinkte, nur mehr auf die brutalen Reize des Alkohols und des Fortpflanzungstriebes reagierend...

Ein Wdruf an die Berliner Müller. Die Organisation unter den Müllern ist noch im weiten Rückstande, und speziell die Berliner Müller, zirka 80 Kollegen, bringen der Organisation gar keine Unterstützung entgegen. Wir schaden uns dadurch sehr, daß wir der Willkür unserer Arbeitgeber machtlos gegenüberstehen. Schließen wir uns daher der Organisation an und besuchen wir Versammlungen, damit wir unsere Lage verbessern. Wir Berliner Müller haben dies erst recht nötig, zumal von Solidarität unter uns gar keine Spur vorhanden ist. Der Fachverein der Müller und Mühlenarbeiter für Berlin und Umgegend existirt nur noch dem Namen nach. Es wäre daher am zweckdienlichsten, daß wir Berliner Müller uns dem Verbande deutscher Müller und Mühlenarbeiter wieder anschließen, denn nur vereinte Kräfte können Siege erringen. Es sei hiermit noch darauf hingewiesen, daß gerade die Aelteren von den Berliner Müllern der Organisation sehr fern stehen, mögen sich dieselben bestimmen und ein Ansporn für die Jüngeren sein.

Vielleicht genügt diese Anregung, um den Vorstand vom Fachverein der Müller und Mühlenarbeiter zu veranlassen, unsere Organisation aufs neue in Fluß zu bringen.

Eine recht charakteristische Antwort erhielten die Gubener Arbeiter auf ihr Gesuch, in dortiger Stadt ein Gewerbegericht zu errichten, welches dieselben gleichzeitig mit einer Beschwerde gegen den ablehrenden Bescheid der Gubener Stadtverwaltung an den Regierungspräsidenten zu Frankfurt a. O. gelangten ließen. Sie lautete: „Auf Ihre Vorstellung vom 12. v. M. erhalten Sie im Aufruf des Igl. Regierungspräsidenten zu Frankfurt a. O. zum Bescheide, daß die endgültige Entscheidung über Errichtung eines Gewerbegerichts hierseits bis zum Sommer nächsten Jahres ausgesetzt wird. Der Magistrat.“ Weitere Beschwerde beabsichtigen die Arbeiter Gubens beim Regierungs-Präsidenten einzulegen.

Situationsbericht. In Neustadt a. d. Orda ist den sämtlichen Arbeitern der Müllerschen Möbelfabrik am 1. November gekündigt worden, weil dieselben eine ihnen vorgelegte Fabrikordnung nicht unterschreiben wollten. Die Fabrikordnung enthält Bestimmungen, mit denen die Arbeiter sich unter keinen Umständen einverstanden erklären können. Die 20 zum Ausstand kommenden Arbeiter gehören sämtlich dem Holzarbeiter-Verband an, und dürfte demnach der Ausgang des Konflikts für die Arbeiter günstig sein, sobald genügend Sorge getragen wird, daß der Zugang von Arbeitskräften ferngehalten wird.

Adresse: H. Doh!, Orlagasse 121, Neustadt a. d. Orda.
In der Militärstellens-Fabrik von Jansen in Stralsburg i. G. dauert der Ausstand unverändert fort. Da dem Fabrikanten der Lieferungsstermin hinausgeschoben ist, so fühlt er noch keine Veranlassung, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Wenn aber nicht von außerhalb Arbeitskräfte kommen, so werden die Anstehenden bei ihrer festen Haltung den Sieg davon tragen. Die Polizei läßt es, wie gewöhnlich, auch hier sich nicht nehmen, den Arbeitern den Kampf zu erschweren, und sollen verschiedene Anklagen gegen die Streikenden erhoben worden sein.
Adresse: P. Sfgl., Fischerstaben 17, I, Stralsburg i. G.
Die Generalkommission.

Zugang von Schneidern ist bis auf weiteres fern zu halten von Nürnberg.

Gegen die Tabak-Fabrikanten protestirte eine stark besuchte Versammlung von Tabakarbeitern in Heiligenstadt

(Gießfeld) durch Annahme einer Resolution. Die dortigen Fabrikanten petitionirten ihrerseits mit dem Magistrat und den Stadtverordneten an die Staatsregierung; die Petition ist gleichfalls den Abgeordneten zugesandt.

Wegen Lohnunterschieden, die in verschiedenen Werkstätten Wiens ausgebrochen, ist Zugang von Stockdrehkern nach dort fern zu halten.

Die provisorische Kommission der Gewerkschaften Oesterreichs beruft für den 24. bis 27. Dezember einen Gewerkschaftskongress nach Wien ein. Es ist dies der erste derartige Kongress in Oesterreich und handelt es sich gewissermaßen um eine „Deerschau“ über die Gewerkschaften Oesterreichs, deren Stärke, Thätigkeit und zukünftige Organisation. Auch soll ein Gewerkschaftssekretariat geschaffen werden.

Aus New-York wird uns unter dem 7. Novbr. geschrieben: Es ist jetzt wenigstens in einem unserer Staaten Aussicht vorhanden, daß eine der schlimmsten „amerikanischen Eigenthümlichkeiten“ beseitigt wird, welche der fortschrittlichen Entwicklung im Wege stehen, nämlich die, daß irgend ein Gericht von der Legislatur erlassene Gesetze zum Schutze und Vortheil der Arbeiter als „unconstitutionell“ erklären kann. Dies ist kürzlich seitens des Illinoiser Obergerichts (Supreme Court) bezüglich des von der Legislatur im vorigen Jahre geschaffenen Gesetzes über die wöchentliche Lohnzahlung an die Arbeiter seitens der Korporationen geschehen, nachdem dasselbe schon früher in gleicher Weise mit einem Gesetze gegen das „Trinkstern“ (Auszahlung der Löhne in Waaren) verfahren war. Auf Anregung des Gouverneurs Altgeld hat nun die Legislatur Gebrauch von einer Verfassungsbestimmung gemacht, welche dahin geht, daß die Legislatur berechtigt war, mit zwei Dritteln Majorität (in beiden Häusern) Verfassungänderungen zu beschließen, welche in Kraft treten, wenn eine zugleich mit den nächsten Wahlen stattfindende Volksabstimmung sie gutheißt. Die nun von der Legislatur beschlossene Verfassungänderung giebt jener das Recht, irgend welche Gesetze in bezug auf das Verhältnis zwischen Arbeitern und in Korporationen vereinigten Unternehmern zu erlassen, so daß also von „Unconstitutionalität“ — wobei sich die Richter stets heuchlerisch darauf stützen, daß durch derartige Bestimmungen die „Freiheit des Individuums“ beeinträchtigt werde — nicht mehr die Rede sein kann. Das Gesetz bezieht sich zwar, wie angeführt, nur auf Korporationen, also großkapitalistische Unternehmungen, und würde es somit dem kleineren Ausbeuter freigestellt sein, mit seinen Arbeitern beliebige Kontrakte in jener Richtung zu schließen; aber zunächst kommen diese „Kleinen“ bei unserer großkapitalistischen Entwicklung immer weniger in Betracht, und zudem ist es den Arbeiter-Organisationen leichter, mit ihnen fertig zu werden. — Daß es bisher keinen der Herren „Arbeiterführer“ (allen Schläges) eingeleitet ist, für die Verwendung obiger Verfassungsbestimmung seitens der Legislatur durch Entsalzung einer energiegelben Agitation unter den Arbeitermassen zu wirken, kennzeichnet dieselben ebenso, wie das Verhalten ihrer Kollegen im Staate New-York in bezug auf die Wahlen zur Verfassungs-Konvention diese kennzeichnet.

Aus Illinois ist noch mitzutheilen, daß man, speziell in Chicago, seitens der Wahlbehörden, deren Mitglieder offene oder geheime Verehrer des „Blutrichters“ Gary sind, einen hinterlistigen „Trick“ angewendet hat, um dessen Wiederwahl zu ermöglichen. Das Wahlgesetz bestimmt nämlich, daß in verdächtigen Registrirungsbüchern die betreffende Person vor die Wahlbehörde zu zitiren ist, um vor dieser ihre Qualifikation als Wähler besonders nachzuweisen. Diese zur Verhütung betrügerischer Registrirung geschaffene Bestimmung ist nun auf eine Unmasse Wähler angewendet worden, die schon seit langen Jahren regelmäßig ihr Wahlrecht ausgeübt und ebenso seit Jahren denselben Wohnsitz haben, aber in Distrikten, von denen man voraussetzen kann, daß sie in überwältigender Majorität gegen Gary stimmen werden! Bei dem Trick wird angenommen, daß ein großer Theil der Leute, weil vermeintlich unndthig, es veräumen werden, der Vorladung Folge zu leisten, und sie somit ihres Wahlrechts verlustig gehen. Natürlich geschieht seitens unserer Genossen alles, um den Streich zu vereiteln.

Trotz erfolgtem Widerruf des Silberankaufs-Gesetzes Irself's nach wie vor weiter! Jetzt tröset man sich schon auf den Sommer!

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Parteigenossen des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises tagte am 19. November in Prochnow's Saal, Sebastianstr. 39. Genosse Frix erhaltete zunächst den Jahresbericht über seine Thätigkeit als Vertrauensperson. Die Abrechnung der Reichstagswahl weist eine Einnahme von 5286,59 M., eine Ausgabe von 2454,15 M., mithin einen Ueberschuß von 2832,44 M. auf. Mit diesem Ueberschuß betragen die Gesamteinnahmen in der Zeit vom 1. November 1892 bis 1. November 1893 = 7044,22 M. Davon wurden 4993,10 M. an die Parteikasse, und 500 M. an die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg abgeliefert, ferwar 516,55 M. für Agitation im Kreise und in der Provinz und alles übrige bis auf einen Bestand von 421,50 M. für anderweitige Zwecke veranlagt. Auf Antrag der Revisoren Koblhardt und Schweizer wurden die Vertrauensperson Frix und sein Stellvertreter Wörner entlastet und hierauf beide einstimmig auf ein Jahr wieder gewählt. Hasched gab dann einen kurzen Bericht über die Thätigkeit der Preßkommission, an den sich eine längere Diskussion angeschlossen. Genosse Frank wandte sich gegen die vielen marktstreuerischen Inserate, deren der „Vorwärts“ hauptsächlich an Sonntagen oft 4-5 Seiten enthalte. Die unreinlichen Geschäftspraktiken des „Prophet“ und ähnlicher „Arbeiterfreunde“ fördern zu helfen, dazu dürfe sich das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie nicht hergeben. Dieser Korruption vorzubeugen gebe es ein einfaches Mittel: entschiedene Jurandwielung. Was der Parteivorstand dadurch an Einnahmen einbüße, könne er sofort wieder einbringen, indem er der Druck des „Vorwärts“ in die Hand nimmt und nicht mehr länger in Entreprise an Privatunternehmer vergiebt. (Zustimmung.) Koblhardt warf die Frage auf, ob überhaupt eine Preßkommission bestehe, resp. welchen Einfluß sie auf den Inhalt des „Vorwärts“ besitze? Wiederholte Beschwerden seinerseits haben die in den Sitzungen anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes entschieden, nicht die Preßkommission; letztere sei also ohne jede Bedeutung. Wörner suchte die Haltung des Vorstandes in betreff des „Vorwärts“ mit dem Hinweis auf seine Verantwortlichkeit dem Parteitag gegenüber zu rechtfertigen. Schulz schloß sich im Wesentlichen der Meinung Frank's an. Seine Gewerkschaft (die Schneider) würde Material sammeln und ganz energisch die Enttarnung der Schwindelannoncen eines Lindenbaum, Reissner, Prophet u. c. fordern. Eine Reihe weiterer Redner äußerten sich in ähnlichem Sinne. Genosse Wagner verteidigte die Preßkommission und den „Vorwärts“. Er bestritt, daß sich erstere hätte irgend wie vom Parteivorstand über's Ohr hängen lassen. Um die Schwindelinserate genau festzustellen, wäre für jede Branche eine Extrakommission nötig. Dieser Ueberschuß, den er zum Theil zugab, sei bei allen unseren Partei-Organen vorhanden. Nach Annahme eines Schlusantrages wurden die Genossen Lichernig und Hoch zu Mitgliedern der Preßkommission gewählt und beauftragt, für einen Wandel nach dieser Richtung hin mit aller Energie einzutreten. — Namens der Lokalkommission erstattete Genosse König deren Jahresbericht, der ohne Debatte entgegengenommen wurde. Die Neuwahl der Kommissionmitglieder fiel auf Feinrich und König. — Der Bericht der Delegirten vom Parteitag in Köln wurde der vorgerückten Zeit wegen vertagt.

In einer öffentlichen Kürschner-Versammlung sprach am letzten Sonntag Frau Palm über das Thema: „Die Frau in der Industrie und ihre geistigen Fähigkeiten.“ Rednerin wies unter anderem darauf hin, daß die große Zahl derjenigen Frauen, die gezwungen sind mit Scheere und Nadel thätig zu sein, unter der Lohndrückerei der sog. Beamtenfrau am meisten leidet. Um ihrerseits standesgemäß zu leben, drücken diese die armen Arbeiterinnen noch vielfach unter deren „standesgemäße“ Ernährung — Brot und Kaffee — herab. (Beifall). Fr. Paader nahm in der Diskussion Gelegenheit auf die Kinderausbeutung der von lücklicher Seite in Brüssel geänderten Klappelschule einzugehen. Kleine sechs-jährige Mädchen sitzen dort unter Aufsicht frommer Mönche in feuchten Kellerräumen (weil das feine Material der feuchten Luft bedarf) bei schlechter Beleuchtung, bis sie krank dem Siedthum anheimfallen. In der weiteren Diskussion wurden durch die Koll. Niem, Krid, Bier und andere noch mehrere Fälle krasser Ausbeutung angeführt und die Frauen namentlich ermahnt, dem Ruf zur Organisation Folge zu leisten. Da festgestellt wurde, daß in vielen Fällen die Arbeitgeber speziell die geschlechtliche Bestimmung, am Sonnabend um 5 1/2 Uhr die Arbeitsräume zu schließen, umgehen, beschloß die Versammlung, die Vertrauensleute mit der Verfolgung dieser Angelegenheit zu beauftragen. Beschwerden nehmen entgegen die Kollegen: Gaser, Weinstr. 11; Freyer, Christinenstr. 29; Bjer, Weberstr. 29; Dittmann, Gildabesthr. 47; Fric, Mannstr. 12; Witter, Weisenburgerstr. 50; Schulz, Landsbergerstr. 97 und Frau Kiebe, Christinenstr. 29. Hier forderte die Rednerin auf, umgehend die Sammellisten vom letzten Streik bei ihm abzuliefern, damit die Abrechnung in der öffentlichen Versammlung erfolgen kann. Als Revisoren für die Abrechnung wählte man die Kollegen Wenzl, Nonnenprediger und Ahnert.

In der Versammlung der Metallarbeiter sprach am 12. d. M. Genosse Hoffmann in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Erhaltung der Arbeit.“ Nach der Wahl der Agitationskommission und eines Stellvertreters für die Gewerkschafts-Kommission trat die Versammlung in die Behandlung der Lohnfrage in der Stadtfabrik bei Brise u. Co., Charlottenburg, ein.

Um billig fabriziren zu können, hat genannter Herr ungarische Arbeiter engagirt mit dem Versprechen, sie würden hier das doppelte wie dort, wenigstens 2 1/2 Gulden (4,40 M.) verdienen. Wie hat der Herr nun sein Versprechen gehalten? Zuerst bezahlte er den Ungarn 19 M. Lohn, um dann später Mordarbeit einzuführen. Im Mord verdient nun ein Arbeiter in den verschiedenen Wochen laut Lohnbuch 10,25 M., 15,45 M., 22,72 M., 12,38 M., 15,15 M., 20,64 M.; im Durchschnitt 16,07 M. Berliner Arbeiter verdienen dort 12 M., 13,80 bis 17 M. Als ein Arbeiter dem Chef erklärte, mit 14 M. nicht auskommen zu können, erhielt er ein Geschenk von 2 M. In abfälliger Weise wurden die Verhältnisse dieser Fabrik von den Herren J. Hildebrand, Menzel, Steffen, Ludwig und Krug gekehrt und folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung verurtheilt die Handlungsweise des Herrn Brise gegenüber seinen ungarischen Arbeitern; sie richtet die Aufforderung an die Berliner Stadarbeiter, die Werkstatt des Herrn Brise u. Co. zu meiden und fordert die Arbeiter bei Herrn Brise auf, sobald als möglich anderweitig sich Arbeit zu verschaffen, um auf diese Weise Herrn Brise zu zwingen, die Löhne anzubessern. Durch vorstehende Verhandlung sind wohl die Behauptungen des Herrn Brise im Sprechsaal-Artikel des „Vorwärts“ ins rechte Licht gerückt. Unter anderem wurde bekannt gegeben, daß am 9. Dezember ein Tanzkränzchen stattfindet.

In der Branchen-Versammlung der Mechaniker vom Verband aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter sprach am 15. November Genosse Borchardt über das Thema „Wer ist Sozialist?“ Nach dem Referat entspann sich eine lebhafteste Debatte, in der theils für, theils gegen den Referenten gesprochen wurde. Unter „Verschiedenem“ theilte Kollege Berger mit, daß die Delegirtenwahlen zur Ortskrankenkasse der Mechaniker vom 20. August für ungültig erklärt worden sind, und die Wahlen nunmehr am Mittwoch, den 22. d. M., in den „Armin-Hallen“ stattfinden. Die Kollegen werden ersucht, fleißig dafür zu agitiren, damit die Liste der organisirten Kollegen auch diesmal wieder den Sieg davonträgt. Ferner wurden verschiedene Mißstände in der Telephon-Apparat-Fabrik, Engel-Werke aufgezeigt und den Kollegen zur Pflicht gemacht, obige Firma bis auf weiteres zu meiden. Mehrere Kollegen sprachen den Wunsch aus, daß der Vertrauensmann der Mechaniker so schnell wie möglich eine öffentliche Versammlung einberufe, um Stellung zu nehmen gegen die zur Zeit bestehenden Mißstände.

In der Versammlung der Vereinigung eingeschriebener Hilfskassen für Berlin und Umgegend wurde am 19. d. M. der Boykott über die Charitee verhandelt und nach reger Debatte, in welcher alle Redner für die vom Vorstand vorgelegte Resolution eintraten, dieselbe einstimmig angenommen. Resolution: Die Versammlung spricht ihre Mißbilligung über die Zustände in der Charitee betreffend die Behandlung und Verpflegung ihr zur Heilung überwiegender Kranken aus. Da es aber nicht in dem Wesen der freien Hilfskassen liegt, einen Zwang auf die Mitglieder auszuüben, in welchem Krankenhause sie sich eventuell behandeln lassen, verpflichten sich dieselben, den Boykott über die Charitee moralisch zu unterstützen, indem sie die Mitglieder auf die in der Heilanstalt unwürdigen Verhältnisse aufmerksam machen und zu verhindern suchen, daß sich Erkrankte zur Heilung in dieselbe begeben bis von der Verwaltung andere Zustände geschaffen sind.

Groß-Lichtersfelde-Lankwitz. Am 15. ds. Mts. fand hier eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt, in der Genosse Robert Schmidt über das Thema „Der Nutzen der Gewerkschaftsbewegung“ einen Vortrag hielt. Die Ausführungen des Referenten fanden allseitige Zustimmung und die in der Diskussion sprechenden Redner waren mit dem Referenten darin einverstanden, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht vernachlässigt werden dürfe, sondern nach allen Seiten hin gefördert werden müsse. Es fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Volksversammlung erachtet es als die Pflicht eines jeden Arbeiters, daß, wenn es ihm irgend möglich ist, er sich seiner Berufsorganisation anschließe, sowie auch der politischen Arbeiterbewegung voll und ganz widme, denn die eine oder die andere Bewegung kann nie zur Befreiung des Proletariats vom Kapitalistenjoch führen.“

Nachdem nun der Vertrauensmann seinen Jahresbericht erstattet und die Revisoren dessen Angaben bestätigt, wurde für das nächste Jahr der Genosse Labuhn einstimmig zum Vertrauensmann wiedergewählt. — Unter „Verschiedenem“ wurde über die Auflösung des hiesigen „Volks-Bildungsvereins“ Bericht erstattet und das vom Verein hinterlassene Vermögen einer aus sieben Personen bestehenden Agitationskommission übergeben, die dasselbe im Interesse der Agitation am hiesigen Orte zu verwenden hat.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 13. 1. Wird die Frau für den schuldigen Theil erklärt, so hat sie die Kosten des Rechtskreises zu tragen. 2. Kosten, die der Frau nach der Scheidung erwachsen, hat der Mann nicht zu tragen. 3. Die Eidespflicht besteht ohne Unterschied, welcher politischen oder religiösen Richtung der Zeuge angehört. Daß Dissidenten nicht eidspflichtig seien, ist eine irrige Annahme.

Schneberg Nikoland. Nein.
N. 2. Etwa 25 Mal ist an dieser Stelle die Frage, ob der Reichstag nur drei Mal aufgelöst werden dürfe, mit Nein beantwortet und diese Antwort nach Auflösung des Reichstages ausführlich begründet.